

69. Sitzung

am Freitag, dem 19. Mai 2006, 8.30 Uhr,
in München

Geschäftliches	5271	Beschluss	5293
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der SPD-Fraktion „Jungen Menschen in Bayern Zukunft geben- mehr Ausbildungsplätze schaffen“		Antrag der Abg. Franz Maget, Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD), Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung möglicher Versäumnisse und etwaiger unzulässiger Einflussnahmen bei der staatlichen Kontrolle der Firma Deggendorfer Frost GmbH, der Unternehmensgruppe Berger und anderer Fleisch verarbeitender Betriebe in Bayern und zu den Konsequenzen, die sich hieraus zur Verbesserung des Verbraucherschutzes ergeben (Drs. 15/5306) und Festlegung der Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz des Untersuchungsausschusses	
Christa Steiger (SPD)	5271	Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 15/5513)	
Joachim Unterländer (CSU)	5272	Herbert Müller (SPD)	5293
Eike Hallitzky (GRÜNE)	5274	Adi Sprinkart (GRÜNE)	5296
Christine Haderthauer (CSU)	5276	Alexander König (CSU)	5297
Karin Pranghofer (SPD)	5276	Beschluss	5298
Ingrid Heckner (CSU)	5278	Beschluss über Einsetzung und Mitglieder (s. a. Anlage)	5298
Reinhold Strobl (SPD)	5278	Bestellung des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden	5298
Sylvia Stierstorfer (CSU)	5279	Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD) Vorsorge gegen Hochwasser (Drs. 15/4845)	
Dr. Linus Förster (SPD)	5280	Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/5261)	
Bernd Sibling (CSU)	5282	Johanna Werner-Muggendorfer (SPD)	5299
Gudrun Peters (SPD)	5283	Johannes Hintersberger (CSU)	5300, 5303
Staatsministerin Christa Stewens	5284	Dr. Christian Magerl (GRÜNE)	5302
Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (Drs. 15/5476) – Erste Lesung –		Ludwig Wörner (SPD)	5302
Staatsminister Siegfried Schneider	5285	Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard	5303
Dr. Christoph Rabenstein (SPD)	5286		
Gerhard Wägemann (CSU)	5286		
Simone Tolle (GRÜNE)	5287		
Verweisung in den Bildungsausschuss	5288		
Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD) Schulversuch „Ganztagsklassen an Grundschulen“ angemessen ausstatten (Drs. 15/4950)			
Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 15/5490)			
Angelika Weikert (SPD)	5288		
Reinhard Pachner (CSU)	5290		
Simone Tolle (GRÜNE)	5290		
Staatsminister Siegfried Schneider	5292		

Beschluss 5304

Geszentwurf der Staatsregierung
über **die Förderung der mittelständischen Unternehmen sowie der Freien Berufe (Mittelstandsförderungsgesetz – MfG)** (Drs. 15/5475)

– Erste Lesung –

Staatsminister Erwin Huber..... 5304

Dr. Thomas Beyer (SPD) 5305

Klaus Dieter Breitschwert (CSU) 5306

Dr. Martin Runge (GRÜNE) 5307

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 5308

Schluss der Sitzung 5308

(Beginn: 8.31 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 69. Vollsitzung. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde wie üblich erteilt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat die Aktuelle Stunde beantragt zu dem Thema **„Jungen Menschen in Bayern Zukunft geben – mehr Ausbildungsplätze schaffen“**. Die Regeln der Geschäftsordnung sind Ihnen bekannt. In der ersten Rednerrunde beträgt die Redezeit zehn Minuten. Danach beträgt sie fünf Minuten. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag für eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. – Erste Rednerin ist Frau Kollegin Steiger.

Christa Steiger (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Ausbildungsplatzsituation und die Aussichten auf die Zukunft für junge Menschen in Bayern sind schlecht, sie sind dramatisch schlecht. Das ist nicht neu, sondern zeichnet sich seit Jahren ab. Wir als SPD-Fraktion haben Jahr für Jahr den Finger immer auf diese Wunde gelegt und vor allem auch Initiativen ergriffen. Zuletzt bezog sich das auf das „Werkstattjahr statt einen Tag Berufsschule ohne Perspektive“, das von der CSU-Fraktion am 25. April abgelehnt worden ist.

Seit 2001 ist die Zahl der Ausbildungsplatzangebote in Bayern gesunken. Die Zahl derjenigen jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, ist aber gestiegen. Derzeit haben wir die Situation, dass 22 000 junge Menschen ohne Ausbildungsvertrag die Berufsschule besuchen, weil sie noch berufsschulpflichtig sind. Davon – das ist das Dramatische – sind 12 000 bis 13 000 Jugendliche in Bayern ohne irgendein Angebot in Jungarbeiterklassen, ohne irgendeine Maßnahme.

Wir verzeichnen einen Rückgang an Ausbildungsplätzen und einen deutlichen Anstieg von Maßnahmen, wobei man auch einmal kritisch hinterfragen muss: Wie wirkungsvoll sind solche Maßnahmen? Wo sind sie Parkplätze ohne Perspektive? Und wo führen sie zu einem Ziel, indem sie in einen Ausbildungsplatz münden? Ich nenne als Beispiel EQJ, das Sonderprogramm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher, wo die Evaluation durch das IAB, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, zu der Feststellung geführt hat, dass 60 bis 80 % der Jugendlichen einen Ausbildungsplatz finden. Das ist zwar positiv, aber diese Frage muss grundsätzlich gestellt werden.

Aktuell ist das Ausbildungsplatzangebot verheerend schlecht. Wir haben 4,3 % mehr gemeldete Bewerber und Bewerberinnen und 6,6 % weniger Stellen als 2005. Bayernweit haben wir durchschnittlich 70 Ausbildungsplatzangebote auf 100 Bewerber und Bewerberinnen.

Auch die regionalen Unterschiede, die wir seit Jahren anprangern, manifestieren sich. Zum Beispiel ist in der Oberpfalz die Relation 57 zu 100, in Oberfranken 41 zu 100. Wenn wir das auf die Einzelregionen übertragen, wird das Missverhältnis noch deutlicher. Im Agenturbereich Bamberg kommen zum Beispiel 35 Stellen auf 100 Bewerber. In Bayreuth und Hof sind es 40 und in Coburg 44 Ausbildungsplatzangebote. Bayern ist keine Insel der Seligen mehr. Gerade noch München und Weilheim bieten mehr Ausbildungsplätze an, als Bewerber vorhanden sind.

Kürzlich hat der Rektor einer Hauptschule geschrieben, dass von 22 Schülern erst zwei eine Lehrstelle haben. Das ist dramatisch und ein verheerendes Signal für junge Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Denn junge Leute wollen – bis auf einen verschwindend kleinen Teil – einen Beruf ergreifen. Sie brauchen Perspektiven und auch Motivation.

Ich frage Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Wie würden Sie sich fühlen, wenn Sie sich immer wieder bewerben würden, ohne dass Sie Erfolg haben, wenn Sie von Maßnahme zu Maßnahme durchgereicht würden, ohne dass ein Ausbildungsplatz nachfolgt? Es gibt Unternehmen, die über Bedarf ausbilden, und zwar – dankenswerterweise – über Jahre hinweg. 63 % aller Betriebe in Bayern haben eine Ausbildungsberechtigung, aber nur 52 % bilden tatsächlich aus.

Es stellt sich auch die Frage: Was macht der Freistaat? Gehen die Staatsregierung, die Ministerien und die nachgeordneten Behörden mit gutem Beispiel voran? Wo wird ausgebildet, auch über Bedarf? Ich erinnere an den Appell von Frau Ministerin Stewens und des Staatssekretärs an die Wirtschaft. Dieser Appell wurde zu Recht ausgesprochen. Aber was macht man hier in eigener Verantwortung? – Gut, es gibt „Fit for Work“. Auch hier muss man die verschiedenen Maßnahmen untersuchen. Zum Beispiel ist die mobile Beihilfe ein Flop. Diese Maßnahmen muss man auch auf ihre Sinnhaftigkeit hinterfragen. Es muss gefragt werden, ob das Geld anderswo vielleicht sinnvoller eingesetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Der Gesamtblick auf die Situation ist wichtig. Was tut die Staatsregierung, um den Ausbildungsmarkt zu stärken, um die Jugendlichen zu stärken, um ihnen Chancen zu geben? Damit spreche ich die so genannten Rahmenbedingungen für Ausbildungsfähigkeit, Chancengerechtigkeit und Ausbildungsmöglichkeiten an. Sie bilden selbst zu wenig aus.

10 % unserer Kinder verlassen die Schulen ohne Abschluss. In diesem Zusammenhang finde ich eine Aussage von Herrn Staatsminister Dr. Goppel bemerkenswert, der gestern zur Hochschuldebatte gesagt hat: Seit 1958 gibt die CSU die Strukturen vor. Genau! Diese Strukturen verursachen die 10 %. Sie verursachen diese Zahl durch Auslese und Ausgrenzung.

(Beifall bei der SPD)

Das reparieren Sie durch die Möglichkeit, Schulabschlüsse nachzuholen, aber dann auf Kosten der Bundesagentur, des Bundes und der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds. Diese Mittel fehlen dann dafür, berufsbildende Maßnahmen zu finanzieren, wie es in anderen Bundesländern gemacht wird.

Herr Staatssekretär Heike hat in einer Rede zum Ausbildungsmarkt ausgeführt: Zur Ausbildungsfähigkeit gehört ein qualifizierter Schulabschluss. Das ist ganz richtig: Dazu gehört ein Schulabschluss. Aber wer trägt die Verantwortung dafür, dass die jungen Menschen in Bayern einen Schulabschluss machen können?

(Beifall bei der SPD)

Weiter muss man sich fragen: Was ist Bayern ein Berufsschüler und eine Berufsschülerin wert? – Weniger als der bundesdeutsche Durchschnitt. Da steht bezüglich Finanzierung der Freistaat Bayern unter den 16 Bundesländern an elfter Stelle. Bei den Studierenden ist es genau umgekehrt. Da steht Bayern bezüglich dessen, was Sie für die Studierenden ausgeben, in Deutschland an fünfter Stelle, also über dem deutschen Durchschnitt. Da passt etwas gewaltig nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Studiengebühren, die gestern von Ihnen beschlossen worden sind, führen zu Verdrängungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Abiturienten verdrängen die Realschüler, weil es vermehrt junge Menschen gibt, die eine Ausbildung suchen, statt zu studieren. Ebenso verdrängen die Realschüler die Hauptschüler.

Mit Blick auf die Haushaltskürzungen von 2004 und deren Folgen sehen wir auch: Wenn die Kommunen kein Geld zum Investieren haben, bekommen Handwerk und Baugewerbe keine Aufträge, können somit also weniger ausbilden, als sie wollen.

Ihre Politik der schwarzen Null verhindert Ausbildungsplätze. Wenn die Kommunen kein Geld haben, können sie selber auch nicht ausbilden. Ich erinnere an unseren Antrag, die Kommunen finanziell zu unterstützen, wenn sie vermehrt ausbilden. Diesen Antrag haben wir schon vor Jahren gestellt, auch der ist von Ihnen abgelehnt worden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Alle Anträge von uns aus den vergangenen Jahren, die sich mit dem Ausbildungsmarkt beschäftigt und Lösungen aufgezeigt haben, wurden von Ihnen abgelehnt. Das Fazit lautet: Die Chancen junger Menschen für eine berufliche Zukunft beginnen nicht erst mit der Ausbildung. Ihre bisherigen Bemühungen erkenne ich durchaus an, die Programme reichen aber bei weitem nicht aus. Die Staatsregierung selbst ist verpflichtet, jungen Menschen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Sie ist verpflichtet, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken, damit diese sowohl investieren als auch selbst ausbilden können. Wir

sind unbedingt dafür, Jungarbeiterklassen abzuschaffen und das Werkstattjahr einzuführen, wie es auch der Oberste Rechnungshof schon deutlich gemacht hat. Die Wirtschaft, das Handwerk, die Industrie und das Dienstleistungsgewerbe sind gefordert auszubilden. Bei diesem dringenden Appell kann ich Sie nur unterstützen; denn wer heute nicht ausbildet, hat morgen keine Fachkräfte. Das kommt schneller, als manche denken.

(Beifall bei der SPD)

Nicht Beschwichtigung ist angesagt nach dem Motto, das Ausbildungsjahr beginnt erst im September, da passiert noch vieles; sondern es ist aktuell notwendig zu handeln, um den jungen Menschen eine Chance zu geben, damit sie in Bayern eine Ausbildung bekommen und somit auch in ihrer Region bleiben können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Steiger, das Bild, das Sie hier gezeichnet haben, hat mit der Realität im Freistaat Bayern nichts zu tun. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist die Situation auf dem Ausbildungsmarkt im Freistaat Bayern wesentlich besser. Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Franz Schindler (SPD): Das ist schon ein zynisches Argument!)

Von einer guten beruflichen Bildung profitieren die jungen Menschen genauso wie die Unternehmen, die ausbilden. Die Ausbildungsplätze sind für die Entwicklung der Persönlichkeit junger Menschen ebenso von Bedeutung wie für ihre Existenz. Deshalb ist die berufliche Bildung auch in den Gesamtkontext einer umfassenden Gesellschaftspolitik zu stellen. Wir müssen aufgrund dieser praktischen wie auch politischen Bedeutung gerade nach der Verabschiedung des Hochschulgesetzes eindeutig fordern, dass die berufliche Bildung und die Hochschulbildung in der politischen Bedeutung und in der politischen Gewichtung gleichzustellen sind. Es darf keinen Nachrang der beruflichen Bildung geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der SPD: Tosender Beifall bei der CSU!)

Die Zahl der angebotenen Lehrstellen hängt immer von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ab. Deshalb ist eine gute wirtschaftliche Entwicklung ein Garant für die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen. Wenn man diesen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und den Möglichkeiten der Unternehmen, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt, muss auch darauf hingewiesen werden, dass gerade Handwerksbetriebe und

mittelständische Unternehmen trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und trotz betriebswirtschaftlicher Probleme über den Durchschnitt hinaus ausgebildet haben und ausbilden.

(Christa Steiger (SPD): Und was macht der Freistaat Bayern?)

Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Rahmenbedingungen für diese Betriebe gestärkt und verbessert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ein nicht unerheblicher Teil der circa 3700 nicht vermittelten Jugendlichen im Freistaat Bayern benötigt Unterstützung bei der Ausbildungsbefähigung. Darauf haben Sie auch hingewiesen. Das Ziel muss dabei aber in erster Linie sein, dass die Integration in den regulären Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erreicht wird. Ich glaube, darüber kann auch Konsens hergestellt werden. Dazu ist es aber notwendig, dass wir die Ausbildungsfähigkeit Jugendlicher ebenso stärken, wie wir Bereitschaft zur Verbesserung politischer Rahmenbedingungen zeigen.

(Christa Steiger (SPD): Dazu machen wir viel zu wenig Jugendsozialarbeit!)

Für die rund 21 000 Jugendlichen, die nach dem Schulabgang ohne Lehrstelle sind und sich in der Berufsschule befinden, gibt es sehr wohl von der Bayerischen Staatsregierung geschaffene und bewährte Programme. Aber auch hier ist ein politisch ganzheitlicher Ansatz notwendig, den wir in der CSU-Landtagsfraktion durchaus sehen. Die Ausbildungsfähigkeit beginnt schon mit einer guten frühen Förderung junger Menschen und nicht erst mit der Förderung Erwachsener.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deshalb haben wir auch Klassen mit 36 Kindern!)

Auch die Förderung der Eltern ist ein notwendiger Ansatz. Ich glaube schon, dass mit der Eltern- und Familienbildung die Grundlage dafür geschaffen wird, welche Ausbildungsmöglichkeiten junge Menschen später haben. Die Ausbildungsfähigkeit muss weiterhin in der Schule – und hier insbesondere in der Hauptschule – gestärkt werden. Praxisorientierung und Förderung theorieschwacher junger Menschen sind ein Schwerpunkt. In der Berufsschule sind kooperative Ansätze, die sich bewährt haben, für betroffene Jugendliche ohne Ausbildungsplatz von entscheidender Bedeutung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Eckdaten der Berufsberatungstatistik zeigen, dass es im Freistaat Bayern bessere Ergebnisse gibt als in vielen anderen Ländern. Die ernste Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist dennoch eine politische Verpflichtung und Herausforderung. Bei den gemeldeten Stellen haben wir einen Rückgang um 6,6 %. Bei den gemeldeten Bewerbern haben wir gegenüber dem vergangenen Jahr einen Zuwachs von 4,3 %. Im Jahr 2006 – das müssen wir in dem Kontext auch sehen – erreichen wir in demographischer Hinsicht den Höhepunkt beim Zugang Jugendlicher zu den Ausbil-

dungsmärkten. Der Freistaat Bayern hat im Bundesvergleich bezüglich des Verhältnisses zwischen gemeldeten Stellen und gemeldeten Bewerbern eine gute Position. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass der Freistaat Bayern mit dem Programm EQJ, mit „Fit for Work“, mit dem Vollzug des Ausbildungspakts des Bundes und mit der berufsbezogenen Jugendhilfe gute Antworten gegeben hat.

(Christa Steiger (SPD): EQJ ist ein Bundesprogramm der Agentur für Arbeit!)

Meine nach mir redenden Kolleginnen und Kollegen werden zu diesen Programmen noch gezielt Stellung nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich halte es für außerordentlich wichtig, dass wir miteinander versuchen, in einer Gemeinschaftsaktion „Berufliche Bildung“, die das Zusammenwirken aller verantwortlichen Kräfte voraussetzt, eine Weiterentwicklung und Verbesserung der Situation zu erreichen. Zum einen sind hier die Arbeitgeber gefordert. Wir appellieren an die bayerische Wirtschaft, auch in Zukunft in ausreichendem Maße Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die Unternehmen profitieren letztlich selbst von qualifiziert ausgebildeten jungen Arbeitskräften. Die Gewerkschaften sollten sich Einstiegsmodellen und flexibleren Lösungen, die insbesondere lern- und theorieschwachen Jugendlichen helfen sollen, nicht verschließen.

Häufig werden von den Gewerkschaftsvertretern in der falsch verstandenen Sorge, das Niveau könnte sinken, positive Entscheidungen blockiert und boykottiert.

(Ludwig Wörner (SPD): Dafür hätten wir aber gerne ein Beispiel!)

Das kann nicht im Interesse der betroffenen Jugendlichen sein; es ist deshalb auch arbeitnehmerunfreundlich. Ich appelliere an die Gewerkschaften, sich flexiblen Lösungen nicht zu verschließen.

(Beifall bei der CSU)

Ich appelliere an die Politik – und sehe sie hier in der Pflicht –, Rahmenbedingungen zur Förderung unbürokratischer Ausbildungsbereitschaft, zur besonderen Unterstützung der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen und zur Stärkung der Mobilität zu schaffen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Machen Sie doch einen Vorschlag!)

Auch die Verkürzung der Ausbildung auf zwei Jahre kann für theorieschwächere Jugendliche ein Einstieg sein. Es gibt Berufsbilder, bei denen dies praktiziert wird. Es ist aber noch mehr notwendig. Wir brauchen in verstärktem Maße kürzere Ausbildungsgänge. Es ist deshalb notwendig, die bereits bewährten Maßnahmen in der von mir angesprochenen Form künftig zu fördern. Dazu gehört auch die Unterstützung der Mobilität junger Menschen bei unterschiedlicher Ausbildungsnachfrage in den einzelnen

Regionen. In den Ballungsräumen beispielsweise ist das Angebot an Ausbildungsplätzen größer als die Nachfrage; Sie haben das vorhin bereits angesprochen. Dieser Umstand wurde bisher kaum beachtet. Deshalb sind Wohnungshilfen in unterschiedlicher Form und Struktur ein geeigneter Ansatz, um die Mobilität der jungen Leute zu fördern.

Im Gesamtkontext ist es schließlich Aufgabe der Arbeitsagentur, die Vermittlung der Jugendlichen, aber auch Initiativen vor Ort, zu unterstützen und passgenaue Hilfen, die mit der Reform des Arbeitsmarktrechtes verbunden sind, im Interesse der Schaffung von Ausbildungsplätzen zu gewährleisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur mit einem Gesamtkonzept aus Bildungs-, Familien-, Jugendhilfe- und Wirtschaftspolitik, an dem sich alle Gruppen mit den genannten Zielen beteiligen, werden wir diese Zukunftsaufgabe meistern. Dafür haben die Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion eine gute Grundlage geschaffen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein technisches Problem. Die Uhr am Rednerpult funktioniert nicht. Bitte lassen Sie sich davon nicht irritieren. Die Uhr zeigt die Redezeit nicht richtig an.

(Allgemeine Heiterkeit – Zuruf von den GRÜNEN)

– Es ist trotzdem besser, wenn die Redezeiten zentral angezeigt werden. Wenn jemand es wünscht, können wir gerne eine Stoppuhr hinlegen. – Herr Worm, bitte legen Sie eine Stoppuhr an das Rednerpult. – Nächster Redner: Herr Kollege Hallitzky. Bitte.

Eike Hallitzky (GRÜNE) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Unterländer, Sie haben es nicht gesagt, und ich weiß nicht, ob Sie es noch realisieren werden oder schon realisiert haben, es ist Fakt: Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich von der Entwicklung der Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Jugendlichen im dualen System abgekoppelt. Die einfache Gleichung – Wirtschaft brummt: Ausbildungsplätze explodieren – funktioniert nicht mehr. Auch in diesem Jahr zeigt sich das, und zwar schärfer als bisher. Wir haben 4,3 % mehr Nachfrage an Ausbildungsplätzen, so die letzten Zahlen. Wir haben 6,6 % weniger Ausbildungsstellen. 100 Bewerberinnen und Bewerber schlagen sich um 70 Ausbildungsstellen. In manchen Gegenden Bayerns ist die Situation noch sehr viel schlechter. Ich sage deshalb gleich vorweg an Ihre Adresse, Herr Kollege Unterländer, bitte führen Sie sich das vor Augen: 100 Bewerberinnen und Bewerber schlagen sich um 70 Stellen.

Sie aber sagen im Rahmen Ihrer Appelle – auf die Appellkultur der CSU und der Staatsregierung komme ich später noch zu sprechen –, die Unternehmen mögen „auch in Zukunft in ausreichendem Maße“ Ausbildungsstellen zur Verfügung stellen. Ihnen sollte nicht entgangen sein, dass

die Wirtschaft schon bisher nicht in ausreichendem Maße Ausbildungsplätze bereitstellte. Die Formulierung „auch in Zukunft“ ist die billigste Form der Bitte. Damit wird außerdem so getan, als wäre das, was die Unternehmen bisher unzureichend leisteten, ausreichend. Das ist es aber nicht.

Trotz relativ guter konjunktureller Aussichten klappt die Schere zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt immer weiter auseinander. Die Situation verschärft sich dramatisch. Das ist, leider, eine Art politischer Bankrotterklärung für Sie. Viel schlimmer aber ist, dass sich hier eine gesellschaftliche Katastrophe anbahnt. Deshalb ist es richtig, dass wir uns dieses Themas im Rahmen der Aktuellen Stunde annehmen. Es geht um nichts weniger als um die Unfähigkeit – ich sage nicht Unwilligkeit – der Bayerischen Staatsregierung, jedem Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu machen. Die Staatsregierung hat es bis heute nicht einmal geschafft, einen Bericht über die Situation der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz in Bayern zu verfassen und darüber Auskunft zu geben, wie sie dieses Problem zu lösen gedenkt. Diesen Bericht hat sie nicht geschafft. Das zeigt nicht gerade, dass die Staatsregierung den Willen hätte, den Ausbildungsnotstand zu beenden. Offensichtlich hat sie nicht die Kraft dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich nenne hier einmal exemplarisch das unverdrossene Setzen der Staatsregierung auf die so genannten Jungarbeiterklassen. Jeder, der sich in den Berufsschulen bei den Lehrern und Schülern umgehört hat, weiß, dass diese Klassen Beschäftigungstherapie sind. So wird es von den Lehrern gesehen, aber auch von den Schülerinnen und Schülern. Die Jugendlichen sind frustriert und fühlen sich abgeschoben. Das Lehrpersonal sieht sich als Dompoteure, nicht als Pädagogen. Unsere Aufgabe besteht eben nicht darin, die Jugendlichen in solche – teuren – Warteschleifen zu schicken, die nur dazu führen, dass wir diese Jugendlichen anschließend wie eine Art Stausee vor den betrieblichen Ausbildungsplätzen liegen haben. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, sie aus diesen Warteschleifen herauszuholen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nichts, aber auch gar nichts, wird unsere Gesellschaft so teuer zu stehen kommen wie die Folgen dieser Gegebenheiten, wenn wir weiterhin tatenlos zusehen. Ein erheblicher Teil unserer Jugendlichen fällt in eine prekäre Zukunft ohne stabile Berufs- und Erwerbsperspektive. Wir müssen uns aber auch darüber im Klaren sein, dass staatliche Maßnahmenprogramme das Problem einer nicht ausreichenden Nachfrage der Unternehmen nach Jugendlichen und damit das Problem der Integration der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt nicht lösen können.

Bundeskanzlerin Angela Merkel – als Kronzeugin ist sie für mich unverdächtig – hat in einer kürzlich gehaltenen Rede betont, das deutsche duale System der Berufsausbildung sei ein gutes System. Da hat sie Recht. Als internationale

Kronzeugen führt sie unter anderen – solche Kronzeugen habe ich nicht direkt, sondern nur mittelbar – Kofi Annan und einige Staatspräsidenten an, die davon schwärmten, so Frau Merkel, dass die berufliche Ausbildung ein Markenzeichen Deutschlands sei. Wenn das so ist, dann ist es nicht nur ein Skandal gegenüber den Jugendlichen, sondern ein volkswirtschaftliches Desaster, wenn heute in über 70 % der Unternehmen keine betriebliche Ausbildung mehr stattfindet. In über 70 %!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist deshalb unsere Aufgabe, die Unternehmen zu zwingen, sich ihrer Aufgabe zu stellen. Deshalb ist Ihre Politik des immerwährenden Appells, eine Politik, Herr Kollege Unterländer, der Sie sich in Ihrem Beitrag angeschlossen haben – ich sehe hier gerade Frau Kollegin Scharfenberg, da fällt mir der Appell an den Immerwährenden Reichstag in Regensburg ein –, des immerwährenden Appells an den Industrie- und Handelstag, an die Handwerkskammer, an ausländische Unternehmen oder wen auch immer nicht ausreichend. All diese Appelle sind zwar gut gemeint, doch die Entwicklung zeigt: Sie sind alle gescheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil die Unternehmen trotz dieser Appelle immer weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, sind wir es dem Land schuldig, hier nicht tatenlos weiter zuzusehen. Die Frage der Ausbildungsplatzumlage gehört deshalb unbedingt wieder auf die arbeitsmarktpolitische Agenda.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen die Unternehmen fördern, die ihren Ausbildungsverpflichtungen über das Soll hinaus nachkommen. Mit dem Programm „Fit for Work“ kommen Sie diesem Auftrag nach, wenn auch in viel zu kleinem Umfang. Die Tendenz ist richtig, auch wenn Sie dafür EU-Mittel einsetzen und nicht bayerische Landesmittel. Das gibt wieder einen Eindruck von der geringen Wertigkeit dieser Aufgabe in der bayerischen Politik. Fordern und Fördern, davon redet die große Koalition an allen Ecken und Enden. Fordern und Fördern heißt aber auch, dass wir die Unternehmen bestrafen müssen, die ihrem gesellschaftlichen Auftrag der Förderung der jungen Generation nicht nachkommen und sich an ihr versündigen. Anders werden wir das Problem der sinkenden Ausbildungsbereitschaft nicht in den Griff bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Unternehmerinnen und Unternehmer beklagen als Grund für ihre rückläufige Ausbildungsbereitschaft das bei vielen Schulabgängerinnen und Schulabgängern mangelnde Fachwissen, Sozialverhalten und mangelnde Leistungsbereitschaft. Wie Sie wissen, ist das nicht eine reine Schutzbehauptung, sondern die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen haben Recht mit ihrer massiven Kritik am bayerischen Bildungssystem.

Stichpunktartig ein paar Gedanken dazu:

Erstens. Für keine Schulart wird deutschlandweit so wenig Geld ausgegeben wie für Berufsschulen. Das ist systembedingt so; okay. Warum aber nur in vier ostdeutschen Bundesländern weniger Geld für Berufsschüler zur Verfügung gestellt wird als in Bayern und warum in Baden-Württemberg pro Schüler rund ein Drittel mehr zur Verfügung gestellt wird als in Bayern, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich sehe hierin eine mangelnde Wertigkeit des Systems der dualen Ausbildung in der tatsächlichen Politik dieser Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine für so manche ländliche Region fatale Konsequenz dieser Sparpolitik am falschen Ende zeigt sich auch darin, dass Sie Berufsschulstandorte dort schwächen, wo ihre Bedeutung für die regionalen Arbeits- und Ausbildungsmärkte besonders groß ist. Ich nenne beispielhaft die Diskussion um den Berufsschulstandort Regen; Regen möchte etwas behalten, was Sie in die Zentren abführen wollen, obwohl die Ausbildungsbetriebe überwiegend im Landkreis Regen sitzen. Auch die Frage der Schulstandorte – dies am Rande – ist Regionalpolitik und möglicherweise eine der wichtigsten Facetten von Regionalpolitik überhaupt.

Der zweite Gedanke betrifft Wirtschaftsschulen. Wirtschaftsschulen sind erfolgreich. Sie sind erfolgreich, weil sie es offensichtlich schaffen, auf dem Ausbildungsmarkt nachgefragte Qualifikationen zu vermitteln. Deswegen entscheiden sich viele Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit ihren Eltern für den Gang auf die Wirtschaftsschule. Doch statt nach Kräften zu unterstützen, dass Wirtschaftsschulen zusätzliche Klassen anbieten können, wird die Bayerische Staatsregierung einmal mehr zum limitierenden Faktor – so nennt man das wohl. Kein Geld, keine Klassen – vielen Jugendlichen wird damit sozusagen von Staats wegen der Wirtschaftsschulweg in eine erfolgreiche Zukunft verbaut. So viel Unvermögen können und wollen wir an dieser Stelle nicht akzeptieren.

Wenn es stimmt, dass jede Kette – das ist der dritte Gedanke – nur so stark ist wie ihr schwächstes Glied, dann braucht Bayern Schulsozialarbeit nicht nur in homöopathischen Dosen zur Beruhigung des Gewissens der Mitglieder der Staatsregierung, sondern in einem Umfang, welcher der Problemlage an unseren Schulen, an unseren Hauptschulen, Berufsschulen und anderen Schularten, tatsächlich angemessen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie versagen hinsichtlich der Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel – es ist nicht die Opposition, die Sie daran hindert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, solange Bayern weiter jene Jugendlichen vernachlässigt, die nicht an der Spitze, sondern am unteren Ende unserer Bildungspyramide stehen, solange wird sich unsere Gesellschaft den eigentlich unleistbaren Luxus weiter leisten müssen, dass bei immer mehr Jugendlichen die Integration in den ersten

Arbeitsmarkt und damit auch in die Gesellschaft – denn wir wissen um diese Verbindung – nicht gelingt. Wir, die bayerische Landespolitik – ich fordere uns alle auf –, sind gefordert, die Hoffnungen der Jugendlichen auf Zukunft in diesem Punkt nicht zu enttäuschen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Haderthauer.

Christine Haderthauer (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ausbildungsplätze werden von Unternehmen und Betrieben geschaffen. In Bayern bildet der Mittelstand 83,7 % - und allein das Handwerk 35 % - unserer Lehrlinge aus. Diese Betriebe sind die tragende Säule unseres dualen Berufsausbildungssystems. An dieser Stelle ist auch einmal ein großer Dank für diese enorme Ausbildungsleistung und deren soziale Verantwortung angebracht.

(Beifall bei der CSU)

Gerade weil die berufliche Ausbildung in unserem System von der Wirtschaft, von den Betrieben geleistet wird, hängt die Lage auf dem Ausbildungsmarkt eben auch eng mit der Situation in der Wirtschaft zusammen. Diese ist gerade für die ausbildungsintensiven Handwerksbetriebe und Mittelständler in den Jahren der rot-grünen Bundesregierung immer schlechter geworden. Natürlich hat das auch, und zwar ganz erheblich, auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt durchgeschlagen; das ist doch ganz klar.

Allein die jahrelange Diskussion um die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe – wir haben das eben wieder gehört – hat zu enormen und lang anhaltenden Verunsicherungen geführt und die Ausbildungsbereitschaft stark reduziert. Diese Schuld von Rot-Grün wirkt auch immer noch nach;

(Christa Steiger (SPD): Ja, selbstverständlich!)

denn obwohl sich der DGB davon bereits verabschiedet hat, gibt es bei Ihnen noch einige Ewiggestrige, die daran festhalten.

Die mangelhafte Regelung der Niederlassungsfreiheit hat unseren bayerischen Handwerksbetrieben ein Preisdumping, meist aus Osteuropa, beschert, dem viele nicht gewachsen waren. Meine Damen und Herren, jedes Unternehmen, das in den letzten Jahren aufgeben musste – in der Spitze waren dies mehr als 40 000 pro Jahr –, ist natürlich auch vom Ausbildungsmarkt verschwunden. Bei vielen anderen ist nach der Abschaffung des Meisterzwangs die Ausbildungsbereitschaft deutlich zurückgegangen. Dennoch hat die Wirtschaft den Pakt für die Ausbildung mit der Bundesregierung übererfüllt und mehr Ausbildungsplätze als vorgesehen geschaffen – das muss auch einmal deutlich gemacht und anerkannt werden.

Meine Damen und Herren, eines ist aber auch klar: Der Ausbildungspakt funktioniert eben auch wie ein Markt. Heutzutage erfordert Ausbildungstätigkeit von den

Betrieben oftmals einen wesentlich höheren Sach- und Personalaufwand als zum Beispiel noch vor zehn Jahren. Das liegt zum einen an den gestiegenen Ausbildungsvergütungen und sonstigen Leistungen für die Azubis und zum anderen an dem erhöhten Organisations- und Unterweisungsaufwand, auch aufgrund der von Ihnen schon angesprochenen vielfach nicht hinreichenden Ausbildungsfähigkeit der jungen Leute. Dieser gestiegene finanzielle und personelle Aufwand ist ein Grund dafür, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen derzeit nicht der Nachfrage entspricht und der eine oder andere kleine Betrieb sogar davon Abstand nimmt, auszubilden.

Meine Damen und Herren, für diese Rahmenbedingungen stehen aber ganz besonders die Tarifvertragsparteien in der Verantwortung. Gerade die Gewerkschaften sind es doch, die bei einem Mangel an Ausbildungsplätzen schnell die moralische Keule gegen die Wirtschaft schwingen oder nach dem Staat rufen und sich gleichzeitig selbst aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall bei der CSU)

So mancher Jugendlicher wäre doch heute bereit, sich eine Ausbildungsvergütung mit einem anderen Kollegen zu teilen, wenn er dafür nur einen Ausbildungsplatz bekäme – dies umso mehr, als heutzutage ohne einen Berufsabschluss keine realistischen Chancen auf unserem Arbeitsmarkt bestehen.

In dieser Situation genügt es nicht mehr, meine Damen und Herren, nur über soziale Verantwortung zu sprechen, sondern jetzt sind die Arbeitgeber und vor allem auch die Gewerkschaften gefordert, diese auch mitzugestalten, sich auf ihre Weise an einem Pakt für die Ausbildung zu beteiligen, beispielsweise durch größeren Spielraum bei den Ausbildungsvergütungen mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, um den momentanen Engpass zu bewältigen, der für diejenigen, die keinen Ausbildungsplatz finden, existenziell ist. Zumindest bis diese Talsohle durchschritten ist und wir wieder mehr Ausbildungsplätze als Bewerber haben, sollte es im Interesse unserer Jugendlichen in dieser Richtung keine Denkverbote geben.

Zusammengefasst: Wir brauchen wieder bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, wir brauchen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, wir brauchen aber auch die Leistungsbereitschaft der jungen Leute und die Verantwortung von uns allen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Ich habe in der Reihenfolge einen Fehler gemacht. Ich habe nicht registriert, dass Frau Kollegin Pranghofer vorher an der Reihe gewesen wäre. Sie hat jetzt das Wort. Bitte.

Karin Pranghofer (SPD): Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich meine, die Vorrednerinnen haben aufgezeigt, dass die Hürden für einen Ausbildungsplatz immer höher werden. Damit meine ich nicht unbedingt die Anforderungen, die heute an die Auszubildenden gestellt werden, sondern vor allen Dingen die wenigen, die knappen Chancen, die Jugendliche heute haben, über-

haupt ausgebildet zu werden. Da nützt es wenig hier zu hören: Der Ausbildungsmarkt ist eben ein Markt. Da nützt es auch wenig, zu hören: In Bayern ist alles besser. Diese Jugendlichen haben keinen Ausbildungsplatz und damit keine Chancen für eine weitere Perspektive in ihrem Leben.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir wissen alle, die Schere geht weiter auseinander. Das wird auch im nächsten Jahr, im übernächsten Jahr und noch mindestens fünf Jahre lang so bleiben, weil wir an den Schulen hohe Schülerabgänge haben. Heute wurde von den Rahmenbedingungen gesprochen, die notwendig seien, damit Jugendliche ausbildungsfähig sind und damit die Chance auf einen Ausbildungsplatz haben. Ich möchte noch einmal auf diese Rahmenbedingungen zurückkommen. Ich kenne Abschlussklassen an Hauptschulen, in denen – Stand 19. Mai – noch kein Schüler einen Ausbildungsplatz hat. Die Ausbildungschancen von Hauptschülern sind erschreckend gesunken.

Die Chancen der Jugendlichen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, hängen vor allem davon ab, dass sie eine gute Grundlage in der Schule bekommen. Wenn wir davon sprechen, Rahmenbedingungen zu schaffen, sollten wir einmal sehen, was sich tatsächlich an den Schulen in Bayern tut. Ich stelle fest: Sie schaffen nicht die notwendigen Rahmenbedingungen für diese Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der SPD)

Sie tragen dazu bei, dass die Kinder heute wieder in größeren Klassen lernen müssen. Wir haben eine Zunahme der Zahl von Klassen mit 32 Schülern. Sie tragen nicht zu einer besseren Förderung an den Schulen bei.

(Beifall bei der SPD)

Bayern hat die schlechteste Lehrerversorgung pro Schüler.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist völliger Unsinn!)

– Das ist wahr. Das ist ausgerechnet in der Schulart der Fall, die die größten Probleme hat, Schüler in die Ausbildung zu bekommen, nämlich in den Hauptschulen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Dort sind die kleinsten Klassen!)

Ausgerechnet in dieser Schulart ziehen Sie Lehrerstellen ab, anstatt den dortigen Schülerrückgang zu nutzen, um mehr Förderung zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Bayern hat auch keine Angebote für schwache Schülerinnen und Schüler. Wer nicht mitkommt, bekommt eben schlechte Noten. Das ist heute übrigens ein großes Hindernis, wenn es darum geht, einen Ausbildungsplatz zu

bekommen. Wer nicht mitkommt, wird sitzen gelassen oder muss in eine andere Schule.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Wir haben 1600 Förderlehrer!)

Dass die Zahl der Schüler und Schülerinnen an den Förderschulen extrem steigt, ist nicht auf das Versagen dieser jungen Menschen zurückzuführen, sondern Ausdruck einer wirklich miserablen Schulpolitik, die nur als Skandal bezeichnet werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen immer wieder, dass die Durchlässigkeit gegeben sei und in Bayern ein Schulsystem bestehe, das nach oben offen sei. Alle Abschlüsse könnten nachgeholt werden: kein Abschluss ohne Anschluss. Das sind Ihre derzeitigen Redewendungen. Theoretisch ist das richtig. Viele Schüler von M-Klassen besuchen, als Alternative zur Ausbildung oder zur Arbeitslosigkeit, eine Fachoberschule. Was finden sie dort vor? – Sie erhalten keine Förderung, keine Differenzierung und haben keine Chance, durch diese Schule zu kommen. In der Folge scheitern fast 50 % an den dortigen Anforderungen. Aufgrund der schlechten Lernbedingungen können diese Menschen ihr Ausbildungsziel nicht erreichen.

Auch die Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss sind ausgegrenzt. Die Zahlen wurden schon genannt. 10 % der Schülerinnen und Schüler verlassen in Bayern die Schule ohne Abschluss. Die Entwicklung dieser Schüler lässt sich inzwischen in der Langzeitarbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit nachlesen.

Der Vorstandschef der BA, Frank-Jürgen Weise, hat in einem Interview im Wirtschaftsmagazin „Capital“ erklärt, dass es klüger sei, einen Teil der 6 Milliarden Euro, die in die Berufsvorbereitung investiert werden, für arbeitslose Jugendliche schon in der Schule zu investieren und nicht erst, wenn die Jugendlichen mit 22 Jahren ohne Abschluss und oft kaum deutsch sprechend bei uns aufkreuzten. Da hat er Recht. Allerdings weiß ich nicht, ob man dafür plädieren sollte, die Mittel der BA auch noch in das Schulsystem zu investieren. Schließlich handelt es sich hier um Mittel aus der Arbeitslosenversicherung. Trotzdem wäre das ein guter Schritt und ist eine gute Idee. Ich hoffe, dass Sie diese Idee aufgreifen und etwas daraus machen werden.

Meine Damen und Herren, das Geld ist vorhanden. Es wird aber leider häufig falsch investiert.

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin Pranghofer, ich habe Ihnen bereits einen Zeitzuschlag gegeben. Jetzt sind wir aber gut über der Zeit.

Karin Pranghofer (SPD): Ich bitte um Entschuldigung. – Ich möchte noch einmal betonen: Das Geld ist vorhanden. Leider wird es falsch investiert. Wir investieren in Nachsorge und nicht in Ausbildungsplätze. Wir haben zu wenige Ausbildungsmöglichkeiten. Wir müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Schülerinnen und Schüler fähig sind, eine Ausbildung zu machen. Allerdings

müssen wir dann auch die Plätze und die Angebote bereitstellen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Heckner.

Ingrid Heckner (CSU): Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorredner haben erklärt, dass wir derzeit eine sehr schwierige Ausbildungsplatzsituation haben. Darin sind wir uns alle einig. Wir haben eine hohe Abgangsquote von Schülern nach den Schulabschlüssen und eine rückläufige Zahl von Ausbildungsplätzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies sollte jedoch kein Anlass sein, unsere duale Berufsausbildung auch nur ansatzweise in Zweifel zu ziehen. Wenn wir die Arbeitslosenzahlen von jungen Menschen in den europäischen Ländern mit unseren vergleichen, so sehen wir, dass wir in Deutschland mit unserer dualen Ausbildung am unteren Rand angesiedelt sind. Wir setzen schon aus der Historie heraus darauf, die Berufsausbildung unter die gemeinsame Verantwortung von Staat und Wirtschaft zu stellen.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich müssen wir alles unternehmen, um die jungen Menschen, die nicht auf Anhieb einen Ausbildungsplatz finden, nicht aus dem Tritt kommen zu lassen. Wir alle wissen, dass es bei jungen Leuten ungeheuer wichtig ist, in einem geregelten Lebenslauf zu bleiben. Sie müssen in Qualifizierungsmaßnahmen bleiben, um das Arbeitsethos für das spätere Leben nicht zu verlieren.

Die öffentliche Hand hat zur dualen Ausbildung ergänzende Maßnahmen zu leisten. Dies geschieht in vorbildlicher Weise. Sicherlich ist es der falsche Weg, von Ausbildungsplatzabgaben zu sprechen und zu sagen, dass Appelle an die Wirtschaft nicht ausreichen. Wir sollten keine Wirtschaftsschelte betreiben. Frau Kollegin Hadert-hauer hat dargestellt, welche Ausbildungshemmnisse die Betriebe sehen. Wir müssen die Wirtschaft als Partner und nicht als Feind ansehen.

Die ergänzenden Angebote, die staatlicherseits gemacht werden, sind beachtenswert. 35 Berufsfachschulen stehen in einer Wirtschaftskooperation. Gerade diese kooperativen Berufsfachschulen weisen ungeheuer große Vermittlungsquoten in den ersten Arbeitsmarkt auf, teilweise bis zu 100 %. Wir haben außerdem kooperative BVJs – Berufsvorbereitungsjahre – zusammen mit den Berufsschulen. Wir haben 24 Berufsfachschulen im Rahmen des Beschäftigungspakts Bayern und außerdem zusätzliche Eingangsklassen bei der hervorragenden Schularart Wirtschaftsschule sowie bei Berufsfachschulen.

Meine Damen und Herren, die Forderung, dass der öffentliche Dienst in dieser Zeit vermehrt ausbilden sollte, kann keine Lösung sein. Was nutzen uns Verwaltungsleute, die später in der Wirtschaft keinen Arbeitsplatz finden? Wir brauchen ergänzend Runde Tische, an denen auch die

Arbeitgeber, die Kommunen, die Träger der Jugendhilfe und die staatlichen Stellen sitzen, sei es auf Landes-, auf Bundes- oder auf europäischer Ebene. Wir haben hier eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu bewältigen.

Es wird immer wieder Klage in der Wirtschaft geführt, dass unsere jungen Leute nicht qualifiziert genug sind. Diese Klage müssen wir ernst nehmen. Es gibt eine wissenschaftliche Untersuchung zu dem Thema, was Ausbildungsreife ist. Dabei sind mitnichten die Schulnoten ausschlaggebend. Es werden Grundwissen und Grundfertigkeiten, vor allem in Deutsch und Mathematik, als notwendig angeführt. Ferner werden Defizite bei den Kulturtechniken sowie die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Leute, an der es heute offensichtlich auf vielen Ebenen noch fehlt, genannt.

Es ist unsere Aufgabe, an den Schulen, vor allem an den Hauptschulen, mit unseren Sprachförderklassen die sprachlichen Defizite der Schüler zu beheben. Es ist unsere Aufgabe, im Hauptschulbudget für Teilungsstunden zur individuellen Förderung Raum zu lassen. Ein hervorragendes Beispiel, gerade im Hinblick auf die Vermittlung von Ausbildungsplätzen, sind unsere Praxis-klassen an den Hauptschulen. Auch die steigenden Schülerzahlen an den M-Klassen, die von der Wirtschaft verstärkt im Zusammenhang mit der Ausbildungsplatzoffensive akzeptiert werden, sind zu nennen.

Wir bieten eine ganze Reihe von Nachqualifizierungsmaßnahmen. Es ist das A und O, dass wir unsere jungen Leute nach dem Abschluss der allgemeinbildenden Schulen nicht auf der Straße stehen lassen. Die viel gescholtenen Jungarbeiterklassen, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, sollten Sie sich einmal näher ansehen. Es sind Modellversuche gelaufen, die jetzt flächendeckend umgesetzt werden. Es wird ein starkes Engagement der Lehrkräfte an den Schulen entwickelt, um die jungen Leute individueller zu fördern. Es werden individuell an die Region angepasste Lehrpläne angeboten. Wir haben mittlerweile, um den Stellenwert der Tätigkeit der Lehrkräfte zu honorieren, Funktionsstellen angeboten. Es gibt Stellen für Fachbetreuer für junge Leute ohne Ausbildungsplatz. Es wird ungeheuer viel geleistet. Wir brauchen aber weiterhin die Partnerschaft aller, die für die jungen Leute Verantwortung tragen. Ich bin sicher, dass wir auch bei den anstehenden Verhandlungen zum Doppelhaushalt die angemessenen Mittel dafür finden, damit unsere jungen Leute mit Defiziten genauso gefördert werden wie die Hochschulzugangsberechtigten, über die gestern diskutiert worden ist.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Strobl. Anschließend – um einen Überblick für alle zu geben; ich sehe, dass die Leute plötzlich erschrecken –: Frau Kollegin Stierstorfer, Kollege Dr. Förster, Kollege Sibley, Frau Kollegin Peters und die Frau Staatsministerin.

Reinhold Strobl (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit mehreren Jahren haben sich die Unternehmen in Bayern im Rahmen des Ausbildungspaktes Bayern verpflichtet, für

alle ausbildungswilligen Jugendlichen eine Ausbildungsstelle oder eine Qualifizierung anzubieten. Jetzt ist das Ausbildungsjahr zur Hälfte vorbei, und die Halbzeitbilanz ist deprimierend. Wir müssen feststellen, dass nach wie vor auf dem Lehrstellenmarkt in Bayern eine große Lücke klafft. Ende März 2006 kamen auf jeweils 100 Bewerber lediglich 70 gemeldete Stellen. Meine Kollegin Steiger hat schon darauf hingewiesen, dass es 81 800 Bewerber gibt, dagegen nur 57 000 Ausbildungsplätze. Da heute darauf hingewiesen wurde, dass Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern besser dasteht – wir in Bayern sind ja immer die Besten –, müssen Sie sich an diesem Anspruch aber auch messen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen fest: Bisher fehlen über 24 000 Ausbildungsstellen im Freistaat. Die Bewerber um eine Ausbildungsstelle werden in einen gnadenlosen Wettlauf gezwungen. Bei mir in Schwandorf zum Beispiel kommen auf 100 Bewerber gerade einmal 56 Ausbildungsstellen. In Weiden kämpfen 100 Jugendliche um 36 angebotene Stellen, und in der Oberpfalz insgesamt kommen auf 100 Bewerber 57 Ausbildungsstellen. So ist die Situation vor Ort. Sie müssen sich diese Situation einmal zu Gemüte führen.

Im März 2006 waren in Bayern über 72 000 Jugendliche unter 25 Jahren ohne Arbeit. Uns allen muss klar sein: Hier geht es um nichts weniger als um die beruflichen Zukunftschancen ganzer Generationen; es geht um die jungen Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Vor kurzem sagten Sie, Frau Stewens, wir müssten der Ausbildung unserer jungen Menschen unsere ganze Aufmerksamkeit widmen; denn die Situation auf dem Ausbildungsmarkt sei nach wie vor ernst. Sie, Herr Schneider, pflichteten dem bei, indem Sie sagten, es müsse unser zentrales Anliegen sein, unseren Kindern eine Ausbildungs- und Berufsperspektive zu eröffnen. Diesen Aussagen pflichten wir sicherlich bei, aber man muss den Worten auch Taten folgen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich, warum der Anteil arbeitsloser Jugendlicher im Freistaat höher ist als im Bundesdurchschnitt. Wie gesagt: Wir sind der Meinung, dass wir es nicht bei schönen Worten belassen dürfen. Wir sind – darin stimmen wir alle in diesem Haus überein – der Ansicht, dass wir die Wirtschaft nicht aus ihrer Verantwortung entlassen dürfen. Viele bilden – das betonen auch wir – lobenswerterweise über ihren eigenen Bedarf hinaus aus. Andere aber entziehen sich dieser Verantwortung.

Wie sieht es denn beim Staat aus? – Nachdem in Bayern die 42-Stunden-Woche eingeführt wurde, hat kürzlich Innenminister Beckstein festgestellt, dass in seinem Ministerium stark Stellen eingespart werden müssen und von fünf frei werdenden Stellen derzeit nur eine wiederbesetzt wird. Nur so ist es wahrscheinlich zu erklären, dass beim Innenministerium für das Einstellungsjahr 2007

gerade 24 Ausbildungsplätze vorgesehen sind, davon drei in der gesamten Oberpfalz und einer in Mittelfranken – das ist schön, immerhin einer. Beim Justizministerium sind es 31 Stellen und beim Finanzministerium 101 Stellen – das sind Zahlen, die sich auf alle Einrichtungen, ob es Finanzämter, Straßenbauämter oder Wasserwirtschaftsämter sind, das heißt auf alle Dienststellen in Bayern erstrecken. Im Finanzressort entfallen von 101 Stellen gerade einmal sechs Plätze auf die Oberpfalz. Der Stellenabbau im öffentlichen Dienst ist drastisch. Es sind über 9 % weniger Ausbildungsverträge zu verzeichnen. Deswegen ist die Forderung des DGB berechtigt, dass die Zahl der Ausbildungsplätze auch im öffentlichen Dienst sofort um 10 % erhöht werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Es stimmt, es ist an der Zeit, dass die öffentliche Hand ihre Ausbildungsleistung deutlich steigert, und zwar auch im eigenen Interesse, um die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung auch in Zukunft zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ausbildungsplatzsuchende Jugendliche brauchen sofort Perspektiven, und diese Perspektiven dürfen nicht der Sparpolitik geopfert werden. Nun wird angeblich zugunsten nachfolgender Generationen auf Teufel komm raus gespart. In Wirklichkeit ist es aber so, dass man die jetzt lebenden Menschen im Regen stehen lässt und deren Chancen verbaut, man könnte auch sagen: versaut.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb meinen wir, dass nicht nur die Wirtschaft in der Verantwortung steht, sondern auch das Land Bayern. Wir fordern Sie auf: Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Stierstorfer.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausbildung unserer jungen Frauen und Männer in Bayern müssen wir unsere ganze Aufmerksamkeit widmen; denn – es ist heute bereits angeführt worden – die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist nach wie vor ernst. Eine Ausbildung ist zwar keine Arbeitsplatzgarantie, sie erhöht aber die Chancen junger Berufsanfänger auf dem Arbeitsmarkt ganz entscheidend. Wir wissen, dass zwei von fünf Arbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Der Freistaat Bayern unternimmt deshalb seit langem große Anstrengungen, um jeder jungen Frau und jedem jungen Mann einen Ausbildungsplatz zu verschaffen.

Im Mittelpunkt unserer Maßnahmen steht die bayerische Ausbildungsinitiative „Fit for Work“, die erneut sehr gute Resultate vorweisen kann. Im vergangenen Jahr haben wir ausbildungswilligen Jugendlichen mit dem Programm

„Fit for Work“ rund 4500 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen können. So konnten und können wir für jeden ausbildungsfähigen und jeden ausbildungswilligen gemeldeten Bewerber in Bayern einen freien Ausbildungsplatz oder ein anderes Angebot bereitstellen. Das ist für diese jungen Menschen ein großer Erfolg, den ruhig einmal auch die Opposition würdigen darf.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

So hat sich das betriebliche Förderprogramm durch zusätzliche Ausbildungsstellen in Klein- und Mittelbetrieben, die mit bis zu 2500 Euro gefördert werden, zu einem echten Erfolgsmodell entwickelt.

Großen Anteil am Vermittlungserfolg haben die 43 Ausbildungsakquisiteure, die landesweit für Ausbildungsplätze werben. Ich möchte ihnen an dieser Stelle für die engagierte Arbeit sehr herzlich danken. Mit dem Programm „Fit for Work“ hat Bayern allein im Jahr 2005 18 Millionen Euro für zusätzliche Ausbildungsangebote bereitgestellt, um die Förderung von Betrieben bei der Schaffung von Lehrstellen gezielt zu unterstützen.

(Zuruf von der SPD)

Durch „Fit for Work“ können jugendliche Auszubildende auch bei auswärtiger Unterbringung eine Mobilitätshilfe von 150 Euro erhalten, und es wurden insgesamt für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten, circa 3150 Plätze für Ausbildungs- bzw. Berufsqualifizierungen vorgehalten.

Eine weitere Fördermöglichkeit für sehr schwache Jugendliche ist das Praxisklassenprogramm. Hier gibt es zwei Förderschienen, in deren Rahmen die Jugendlichen aktiv unterstützt werden.

Wir müssen uns natürlich auch überlegen, was wir noch tun können. Wir müssen die Jugendlichen beim Eintritt in das Berufsleben aktiv unterstützen. Deshalb haben das bayerische Sozialministerium und das bayerische Kultusministerium mit den Regionaldirektoren, Direktion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, eine neue Vereinbarung für die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung getroffen. Mit dieser intensiven Zusammenarbeit zwischen den Regionaldirektoren in Bayern, dem Kultus- und dem Arbeitsministerium wollen wir die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Berufswahlvorbereitung aktiv unterstützen. Wir müssen aber auch die Tatsache bedenken, dass durch die Novellierung der Handwerksordnung viele Handwerksbetriebe nicht mehr im bisherigen Maß ausbilden. Auch das ist ein großes Problem.

Wir brauchen vor allem auch mehr theorieentlastete Berufsbilder, wie sie bereits geschaffen worden sind, zum Beispiel den Maschinenbediener. Ich hatte ein Gespräch bei der IHK. Dabei wurde nochmals darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, bei der Ausbildung zu differenzieren und diese den individuellen Begabungen der Jugendlichen anzupassen.

Eines der neuen Berufsbilder, die geschaffen werden können bzw. geschaffen werden, ist zum Beispiel die

zweijährige Ausbildung als Objektschutzkraft. Das ist eine von Theorie entlastete Tätigkeit und gibt auch den Jugendlichen, die schwächer sind, eine Chance.

Wir brauchen mehr Durchlässigkeit. Deutsche Berufsabschlüsse müssen im europäischen Raum angemessen eingeordnet werden. Die nationale Umsetzung des europäischen Qualitätsrahmens muss mehr Transparenz und Mobilität schaffen, sie darf nicht zu mehr Bürokratie führen.

Ausbildung ist Zukunft. Deshalb wollen wir Ausbildungsmaßnahmen berufs- und grenzübergreifend fördern. Wir wollen die Berufsschulen von belastender Bürokratie befreien. Das Lehren und Lernen soll im Mittelpunkt stehen, nicht der bürokratische Mehraufwand. Jugendliche, die sich in der Einstiegsqualifizierung auf eine Ausbildung vorbereiten, sollen diese Leistungen angerechnet bekommen. Insgesamt stellt der Freistaat Bayern aus Privatisierungsmitteln, aus dem „Zukunftsfonds 2“ für den Arbeitsmarkt 22 Millionen Euro zur Verfügung. Es wurden 320 – davon 22 neue – Projekte gefördert.

Es gibt auch auf der Ebene der Gemeinden und der Kreise viele Initiativen. Auch die Städte engagieren sich. Bei uns im Landkreis Regensburg gibt es die beispielhafte Aktion „Jugend für Jugend“, das heißt, Jugendliche engagieren sich für Jugendliche, damit diese einen Ausbildungsplatz finden.

Außerdem müssen wir natürlich die Wirtschaft verstärkt in das Boot nehmen, die eben wegen der demographischen Entwicklung zukunftsweisend bereits im Voraus ausbilden muss. Wir sind mit einem Bündel von Maßnahmen auf dem richtigen Weg, damit Jugendliche bessere Zukunftschancen bekommen. Je nach Talent und Fähigkeit gibt es im Freistaat Bayern eine Vielzahl von Maßnahmen, die Jugendlichen den Weg in das Berufsleben erleichtern. Wir haben viel getan und werden auch weiterhin viel tun.

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, Sie sind bereits deutlich über der Zeit.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Die Jugend von heute ist unsere Zukunft, und ihr geben wir eine Chance; denn wer die Jugendlichen gewinnt, gewinnt die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Förster.

Dr. Linus Förster (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Der Kapitalismus hat den Kommunismus nicht besiegt, der Kommunismus hat den Kapitalismus nur überlebt“, dieses Grafiti habe ich bereits 1993 an einer Mauer in Vilnius fotografiert. Ich sage das an dieser Stelle nicht deshalb, weil ich den alten Klassenkampf wiederhaben will oder weil ich hier reflexartig versuche, Sie mit dem bewährten Gespenst des Kommunismus aus Ihrem Parlamentsschlaf zu reißen. Ich bin kein Anhänger des Kommunismus, sondern überzeugter Sozialdemokrat und habe mich 1989 und auch später aufrichtig über das Ende des so genannten real

existierenden Kommunismus in Osteuropa gefreut. Aber hinsichtlich mancher Diskussion gebe ich zu, manchmal wünschte ich mir, es gäbe ihn noch – nicht wegen seiner Ideologie, sondern wegen der Drohkulisse; denn ohne die Bedrohung durch ein kommunistisches Konstrukt im Osten entwickelt sich unsere Marktwirtschaft offensichtlich immer weiter weg von sozialer Verpflichtung hin zu einer Einbahnstraße eines real existierenden Kapitalismus in einer globalisierten Welt.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Wenn ich schon nicht den sozial verantwortlichen, fürsorglichen Arbeitgeber oder Unternehmer haben kann, von dem man idealerweise bei der Konstruktion der sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ausgegangen ist, wünschte ich mir manchmal den verängstigten Unternehmer zurück, der vor dem revolutionären Umsturz Angst haben muss, wenn er seiner sozialen Verantwortung nicht gerecht wird. So erinnere ich mich fast nostalgisch daran, dass die Drohkulisse der Ausbildungsplatzumlage, die ich persönlich für eine sehr gute Idee halte, in die Geschichte immerhin etwas Bewegung gebracht hat, zumindest mehr als viele Appelle der Politik an die Freiwilligkeit.

Frau Haderthauer, ich schließe mich zwar Ihrem Dank an die verantwortungsbewussten Unternehmer, die ausbilden, an, aber es sind mir zu wenige. Die Politik muss vielleicht auch wieder mehr Druck aufbauen.

(Beifall bei der SPD)

Aber vielleicht reichen ja auch der Druck und die Szenarien von Straßenschlachten in Frankreich oder die Ausichten eines legal gewählten Indiopräsidenten in Bolivien, der die ausbeutenden Unternehmen und Heuschrecken kurzerhand enteignet und deren Kapital an das Volk zurückgibt. Vielleicht reichen ja solche Szenen aus, damit mancher Unternehmer zu seiner gesellschaftlichen Verantwortung in einer sozialen Marktwirtschaft zurückfindet und kapiert, dass sozialer Friede nicht nur ein äußerst wertvolles Gut, sondern – lassen Sie uns wieder betriebswirtschaftlich argumentieren – ein enormer Standortvorteil und langfristig eine Voraussetzung für das Gelingen unserer Gesellschaft ist.

(Beifall bei der SPD)

Sozialer Frieden wird in unserem Land nicht zuletzt davon abhängen, dass die Probleme des Arbeitsmarktes und in der Folge natürlich auch die Distribution der Güter, des Vermögens und somit des Wohlstandes organisiert werden.

Die Frage ist aber auch, welche Qualifikation wir den Jugendlichen mitgeben. Herr Unterländer, es ist schön, wenn wir von den Rahmenbedingungen reden. Aber größere Klassen und weniger Lehrer – allein in Oberbayern fehlen demnächst 200 Berufsschullehrer – sind für mich keine verbesserten Rahmenbedingungen. Dabei zählt die schwierige Situation auf dem Ausbildungsmarkt zu den

größten Problemen und Ängsten, mit denen heute die Jugend konfrontiert wird.

Die alarmierenden Zahlen auf dem Ausbildungsmarkt und die Tatsache, dass in weiten Kreisen der Bevölkerung fast jeder jemanden kennt, der von dieser Misere betroffen ist, setzt Jugendliche auch in ihrer privaten Lebensgestaltung unter Druck. Sie sind sich dessen bewusst, dass sie bereits mit einem mittelmäßigen Schulabschluss möglicherweise auf diesem Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben werden und dass selbst ein guter Abschluss nicht unbedingt eine Lehrstelle garantiert.

Glauben Sie mir, unsere Jugendlichen ohne Ausbildung sind viel besser, als wir oft wahrhaben wollen. Mit der Ausbildungsfähigkeit bzw. der Ausbildungsunfähigkeit ist es so ähnlich wie mit dem wunderschönen Zitat von Sokrates, das Sie, weiß Gott wie oft, gehört haben, in dem er über die Jugend schimpft.

Von wann ist dieses Zitat? Alle sagen: Na ja, vom letzten Jahr. Dabei ist es 2000 Jahre alt.

(Beifall der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

Ähnlich ist es mit der Ausbildungsunfähigkeit. Bereits in den Sechzigerjahren, so hat eine Studie des DGB ergeben, hat man darüber geklagt, dass die Jugendlichen Lesen und Rechnen usw. nur unzureichend beherrschen und dass sie eigentlich ausbildungsunfähig sind. Wann fangen wir denn an, die Ausbildungsfähigkeit zu verbessern, indem wir das Bildungsniveau entsprechend anheben?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber neben diesem subjektiven Erleben und dem Gefühl, nicht gebraucht zu werden, allein gelassen zu werden, leidet auch das Verhältnis der Jugendlichen zu unserer Gemeinschaft, zu unserer Gesellschaft. Menschen, die das Gefühl haben, von der Gesellschaft und der Politik verstoßen oder nicht unterstützt zu werden, reagieren darauf häufig mit der Ablehnung des ganzen Systems. Die Politikabstinz, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Wahlenthaltung oder Wahlverweigerung wird dabei den traditionellen Parteien sicherlich lieber sein als eine Radikalisierung nach rechts oder links; denn bei einer Wahlenthaltung sinkt halt die Wahlbeteiligung auf 50, 40, 30 %, aber die Zahl der uns treu wählenden Rentner und Rentnerinnen wird hoffentlich weiterhin für einen stabilen Landtag sorgen.

(Bernd Sibler (CSU): 18 %, Herr Kollege!)

Aber was werden wir dann bei den Haushaltsberatungen der Zukunft diskutieren, liebe Kollegen und Kolleginnen? – Ich sage es Ihnen. Wir werden diskutieren, für welche sozialen Maßnahmen wir die immer dünner werdenden Steuermittel dann noch einsetzen werden: für die Bekämpfung der Volkskrankheit Alkoholismus oder für Drogenopfer. Oder wir werden eine Neudefinition von Sozialpolitik vornehmen und Sozialpolitik als Sicherheitsaufgabe an Polizei und Ordnungsdienste infolge randalierender ausgegrenzter Gruppen oder rechtsextremer Schlägertruppen geben. Wenn wir den jungen Leuten heute nur schöne Reden präsentieren oder, Herr Unter-

länder, einfach beschwichtigen, dass es in Bayern doch besser ist, – –

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, bevor Sie ein neues Thema beginnen: Sie sind schon eine Minute drüber.

Dr. Linus Förster (SPD): Ich denke, bei diesem wichtigen Thema wären auch drei Minuten drüber bestimmt – –

(Widerspruch des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU) – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Komm zum Schluss!)

Präsident Alois Glück: Dann kann es nicht für alle gleich sein, und das geht nicht. Bitte.

Dr. Linus Förster (SPD): Dann wiederhole ich einfach meinen Appell: Lassen Sie uns nicht nur schöne Reden halten, denen ich jetzt vielleicht auch noch zu viele Minuten hinzufüge, sondern lassen Sie uns handeln. Setzen wir uns zusammen, um zu überlegen, mit welchen Maßnahmen wir dieser Dramatik gerecht werden und den Jugendlichen Perspektiven geben können; denn es heißt ja immer so schön: Die Jugend ist unsere Zukunft. Der Vorsitzende der Jugend-Enquetekommission wird sicherlich mit mir in dasselbe Horn stoßen – oder, Bernd?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Sibler.

Bernd Sibler (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Hornblasen habe ich es nicht so. Auch von den klassenkämpferischen Parolen des Kollegen Förster lassen wir uns die gute bayerische wirtschaftspolitische Bilanz nicht verderben. An dieser Bilanz hat nicht nur die Politik Anteil, sondern daran hat vor allem unser treuer Mittelstand großen Anteil, der über Bedarf ausgebildet hat, unterstützt von der Bayerischen Staatsregierung mit dem Programm „Fit for Work“. Dabei haben die Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern mehr geleistet, als Sie einräumen wollen.

(Christa Steiger (SPD): 22 000 ohne Ausbildungsplatz in Bayern!)

Nicht ohne Grund stehen Sie nach den heutigen Wahlprognosen bei 18 %.

Sehr geehrte Damen und Herren, hohes Engagement zeigt der Freistaat Bayern natürlich auch im Bereich Bildung. Wir haben halt einmal die kleinsten Hauptschulklassen, wir sind das einzige Bundesland, das Förderlehrer einsetzt. So können wir Gott sei Dank mithelfen, bessere Perspektiven für die jungen Menschen aufzuzeigen.

Wir haben die Projekte in der arbeitsbezogenen Jugendsozialarbeit und neue Projekte auf dem Arbeitsmarkt vorfinanziert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Viel zu wenig!)

Wir haben 38 Projekte aus den Modellen der offenen Hilfe zur Erziehung und 109 Projekte immerhin über den Europäischen Sozialfonds finanziert. Da tut sich also eine ganze Menge.

Welche Antworten kriegen wir von der SPD? – Die Uralantwort von der Ausbildungsplatzabgabe, oh großer Zufall.

(Widerspruch der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Ich möchte nicht wissen, welche Studien Kollege Dr. Förster zitiert, vermutlich aus dem Jahr 1909 oder von irgendwann.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Auf jeden Fall hat die Abgabe dazu geführt, dass viele sich gezwungen gesehen haben, Ausbildungsplätze anzubieten!)

Im Baubereich gibt es das schon. Das ist gescheitert, weil die Leute lieber die Abgabe zahlen, als neue Plätze zu schaffen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt überhaupt nicht! Außerdem ist das keine Abgabe!)

Eine Ausbildungsplatzabgabe schafft nur Bürokratie und zeigt keine Ergebnisse. Das macht das ganze staatspolitische Denken der SPD deutlich.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Staat allein wird das nicht ausgleichen können, was in der Wirtschaft nicht geleistet werden kann. Auf eines soll schon einmal hingewiesen werden: Nach sieben Jahren rot-grüner Bundesregierung haben wir auch eine schwere Erblast zu tragen.

(Kopfschütteln der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

– Das glaube ich, Frau Steiger, dass Sie den Kopf schütteln. Das wollen Sie natürlich nicht hören. Dann bietet die SPD als Antwort auch noch das Werkstattjahr an, das in Nordrhein-Westfalen total in den Graben geht. Das ist auch so ein SPD-Konzept.

(Christa Steiger (SPD): Das ist ein Irrtum, das ist ein CDU-Konzept!)

– Übernommen von dem, was noch da war. Es scheitert auf alle Fälle, und mit dieser Antwort, Frau Kollegin Steiger, werden wir nicht weiterkommen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Lieber einen Tag in der Woche in die Schule!)

Ich darf, weil Sie es so ungerne hören, auf die Erblast von Rot-Grün zurückkommen. Wir hätten sicherlich, Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, eine deutlich bessere Bilanz, wenn Altkanzler Schröder in seiner Amtszeit das gleiche wirtschaftliche Engagement gezeigt hätte, das er heute bei der Regelung seiner eigenen wirtschaftlichen Zukunft zeigt.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Herr Kollege Dr. Förster, das scheint das Unternehmerbild zu sein, das Sie vorhin aufgezeigt haben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wollen den jungen Menschen Zukunft geben. Das wollen wir nicht schlecht reden, sondern wir wollen es durch hohes Engagement im Freistaat Bayern aufzeigen.

(Christa Steiger (SPD): Welche Perspektiven zeigen Sie denn auf?)

– Da tut sich eine ganze Menge. Die Kolleginnen und Kollegen haben es aufgezeigt. Wir werden uns auch von Ihren Zwischenrufen und der falschen Perspektive, die Sie aufzeigen in Form von Ausbildungsplatzabgabe und ähnlichen Dingen, nicht vom Weg abbringen lassen.

(Beifall bei der CSU – Christa Steiger (SPD): Da sagen Sie lieber gar nichts, nur Plattheiten! Das ist die Lösung! Jetzt wissen wir es! Das war der Vorsitzende der Jugend-Enquetel)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Peters.

Gudrun Peters (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, Kollegen, Kolleginnen! Es ist wirklich schwer, nach so flammenden Worten und so viel Lob für die Staatsregierung noch etwas zu finden, lieber Kollege Sibler. Aber dass man die ganz alten Platten auflegen muss, das ist schon fast traurig,

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Bernd Sibler (CSU))

noch dazu für den Vorsitzenden der Enquetekommission. A bisserl jung sein, Herr Sibler!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nicht gar so staatstragend!)

– Zum Staatstragenden haben Sie noch Zeit genug.

Frau Haderthauer, das Wirtschafts- und das Bildungsministerium sind mittlerweile in süddeutscher Hand, sprich CDU und CSU. Wenn Sie da monieren, klopfen Sie sich bitte an die eigene Brust.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Stierstorfer lobt Praxisklassen und M-Klassen. Kollegen, Kolleginnen, dazu muss man sagen: Das ist ein Hilfskonstrukt, weil man in Bayern nämlich frühzeitig Auslese macht und im Nachhinein dann mit M-Klassen und Praxisklassen fördern muss. Das könnte man ab der ersten Klasse machen. Ich bitte darum.

(Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und die 10. Hauptschulklasse haben wir schon vor 15 Jahren gemacht!)

Kolleginnen und Kollegen, ich lasse mein Konzept liegen. Zahlen sind genug genannt. Lassen Sie mich ein Beispiel darstellen. Stellen Sie sich vor, Sie leben in Mauth im Bayerischen Wald. Sie haben einen Ausbildungsplatz in Passau – schön, sehr schön, wenn man hinkommen könnte. Sie müssten um 6.05 Uhr wegfahren, um um 8.10 Uhr – das sind rund 45 Kilometer – in Passau zu sein. Und dann sind Sie immer noch nicht im Betrieb. Wunderbar! Das ist Landespolitik, Herr Huber. ÖPNV-Unterstützung – ich bitte darum. Es hilft uns herzlich wenig, wenn wir Ausbildungsmöglichkeiten schaffen, aber die Jugendlichen keine Möglichkeit haben, zum Ausbildungsplatz zu kommen.

Jetzt können Sie sagen: Ein Lehrlingswohnheim wäre eine Möglichkeit. Wunderbar. Das haben wir alles gehabt, aber wir haben es nicht mehr. Die Caritas hat uns gegenüber beklagt, dass sie nicht einmal mehr die 300 000 Euro Unterstützung für die Wohnheime bekommt. Das ist Landespolitik.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben diese Mittel gestrichen.

Stellen Sie sich weiter vor, Sie wären ein Jugendlicher mit 15, 16 oder 17 Jahren und hätten 30 Bewerbungen geschrieben. Ein Vater hat mir erzählt: Es ist mittlerweile so weit, dass die Firmen nicht einmal mehr antworten. Das sind die gleichen Firmen, die Sozialkompetenz bei den Schülern und Lehrlingen einfordern. Selber beachten sie die einfachsten Regeln der Höflichkeit nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Nun noch zu einem Punkt der Landespolitik, der mich in der Seele wurmt. Ein Unternehmer hat gesagt, dass ihn mittlerweile die fehlende Sozialkompetenz und die fehlende Höflichkeit mehr ärgern und auf die Palme bringen als Lücken im Lesen und Schreiben. Die Schulsozialarbeit könnte das abfedern. Aber auch hier – Kollege Hallitzky hat es schon gesagt – stellen Sie nur homöopathische Dosen zum Ausgleich zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Die Landespolitik hätte die Möglichkeit, über die Verbesserung des ÖPNV die Wege für die Jugendlichen zu ebnen, damit sie ihren Ausbildungsplatz besser erreichen können. Mit der Schulsozialarbeit könnte sie die Sozialkompetenz, die von den Betrieben eingefordert wird, sozusagen nachliefern. Da, meine lieben Kolleginnen und

Kollegen von der CSU, sollten Sie bei den Haushaltsberatungen die Hand heben, und Sie sollten die flammenden Worte der Beschimpfung der Bundesregierung bezüglich ihrer Erblasten sein lassen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat jetzt Frau Staatsministerin Stewens.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Zuhören entnahm ich den Worten der Opposition im Hohen Hause, es sei eigentlich alles ganz furchtbar schlecht, wir hätten eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, die höher als im Bundesdurchschnitt liege.

(Christa Steiger (SPD): Bis zu 25 Jahren!)

Dagegen möchte ich Ihnen einmal die Zahlen vor Augen führen. Die Jugendarbeitslosenquote beträgt in Bayern 8,7 %, bundesweit sind es insgesamt 12,5 %. In den Bundesländern West liegt sie bei 10,6 %. Im April hatten wir übrigens den höchsten Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in Bayern mit 14,9 %, während es insgesamt auf Bundesebene einen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit nur um 12,7 % gab. Ich bitte Sie also wirklich, hier im Landtag nicht mit falschen Zahlen und falschen Informationen zu operieren.

Ich war immer sehr stolz darauf, dass in diesem Jahr die Jugendarbeitslosigkeit besonders stark zurückgegangen ist. Die Bayerische Staatsregierung hat ihr Augenmerk immer auf die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit gerichtet. Da haben wir auch sehr erfolgreiche Zahlen aufzuweisen. Dabei ist zugegebenermaßen Bayern das Wachstumsland Nummer 1, und auch im Jahre 2006 wird Bayern beim Wirtschaftswachstum deutlich über 2 % liegen, während der bundesweite Durchschnitt 1,8 % Wirtschaftswachstum betragen wird. Das wirkt sich Gott sei Dank entgegen Ihren Unkenrufen auch auf die Ausbildungsplatzsituation aus.

(Christa Steiger (SPD): Schön wär's!)

Wir wissen damit schon jetzt, dass sowohl bei der IHK als auch bei der Handwerkskammer mehr Ausbildungsstellen eingetragen werden.

(Christa Steiger (SPD): Wir haben aber auch eine steigende Anzahl von Schulentlassenen!)

– Frau Kollegin Stoiber – –

(Christa Steiger (SPD): Stoiber muss nicht sein! – Heiterkeit bei der SPD)

– Frau Kollegin Steiger, Entschuldigung, mein Gott, es ist schon toll, woran Sie sich festhalten!

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch lustig! Da müssen Sie sich doch nicht so erregen!)

Über diese Zahlen sollten Sie sich eigentlich freuen. Vom Grundsatz her, denke ich, sollten Sie sich darüber freuen.

Bezüglich des Berufsberatungsjahres 2004/2005 und Anfang 2006 haben wir folgende Zahlen. Es gab in Bayern 1924 unbesetzte Stellen und 3797 freie Einstiegsqualifizierungen. Frau Kollegin Steiger, Sie haben selbst auf den großen Erfolg dieser freiwilligen Einstiegsqualifizierungen hingewiesen.

(Christa Steiger (SPD): Weiß ich! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sie sagen doch immer, wir hätten alles nur schlecht geredet!)

Wir hatten fast 4000 freie EQJ-Stellen. Demgegenüber standen 3968 unvermittelte Bewerber.

(Christa Steiger (SPD): Sie differenzieren tatsächlich überhaupt nicht!)

Man kann gleichzeitig sagen, dass die deutsche Wirtschaft den Pakt für Ausbildung erfüllt hat, während die bayerische Wirtschaft ihren Pakt für Ausbildung übererfüllt hat.

(Christa Steiger (SPD): Aber es reicht nicht!)

Auch dafür möchte ich der bayerischen Wirtschaft ein herzliches Dankeschön sagen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass es etlichen nicht ganz so leicht gefallen ist, wobei ich immer sage, die Jugend ist unsere Zukunft und auch die Zukunft der Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund wiederhole ich auch immer wieder den Appell an die Wirtschaft, in unsere Jugend zu investieren.

Übrigens, Herr Kollege Hallitzky, Ihre Anfrage „Jugend ohne Beruf – die Lage auf dem Ausbildungsmarkt verschärft sich“ ging Mitte April in unserem Hause ein. Dass Sie jetzt Mitte Mai noch keine Antwort haben, bitte ich zu entschuldigen. Die Antwort wird kommende Woche rausgehen, und zwar gerade vor dem Hintergrund, dass wir gute Zahlen aufzuweisen haben.

Schauen wir uns noch einmal die aktuelle Situation im Bereich der Ausbildungsstellen an – die Zahlen sind schon genannt worden –: Wir haben circa 60 000 gemeldete Stellen und circa 88 000 Bewerber. Damit kommen auf je 100 gemeldete Bewerber je 67 gemeldete Stellen. Vor dem Hintergrund der von mir genannten Zahlen kann man sagen, dass die Situation zwar einerseits durchaus kritisch ist und die regionalen Unterschiede auch durchaus kritisch bewertet werden müssen, dass sie aber andererseits auch nicht überbewertet werden dürfen.

(Christa Steiger (SPD): Diese Beruhigungsspielle gilt leider nur bis zum 25. Lebensjahr!)

Das möchte ich ganz klar sagen. Anstatt dass Sie hier lediglich rasonieren, lassen Sie uns doch gemeinsam bei den Jugendlichen mehr für das EQJ werben. Da gibt es viele freie Ausbildungsstellen, die die Wirtschaft anbietet.

(Christa Steiger (SPD): Das ist ja auch eine Bundesgeschichte!)

Wir haben hier äußerst erfolgreiche Vermittlungsergebnisse.

(Christa Steiger (SPD): Ja, es ist ja eine Bundesinitiative!)

Deswegen meine ich schon, dass es wichtig ist, den Jugendlichen zu sagen: Nehmt dieses Angebot aus der Wirtschaft an.

Mit „Fit for Work“ haben wir in Bayern zusätzlich 4500 Ausbildungsstellen geschaffen. Frau Kollegin Steiger, ich glaube, Sie haben noch gar nicht gemerkt, dass wir die Fahrtkostenzuschüsse gar nicht mehr zahlen. Sie haben das angesprochen. Hinter den Mobilitätshilfen verbergen sich Zuschüsse für Miete und Unterkunft. Diese sind durchaus erfolgreich.

(Christa Steiger (SPD): Das stimmt eben nicht!)

Das möchte ich ganz klar zu Ihnen sagen. Sie sollten sich unser Programm „Fit for Work“ einmal genau ansehen.

(Christa Steiger (SPD): Unterstellen Sie uns nicht immer, dass wir nicht lesen können. Das ist Ihr Totschlagargument!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass gerade vor dem Hintergrund, dass uns die Ausbildung unserer Jugendlichen sehr am Herzen liegt, das Kultusministerium alles tut, um auch im Berufsschulbereich die notwendigen Eingangsklassen auch in diesem Jahr zur Verfügung zu stellen. Wir haben insgesamt rund 20 Millionen Euro in die berufliche Bildung investiert.

(Christa Steiger (SPD): Da stellt sich die Frage, ob es zielgerichtet investiert worden ist!)

Wir werden auch dieses Jahr, im Jahr 2006, wieder sehr erfolgreich mit unserem Programm „Fit for Work“ auf den Markt gehen.

(Beifall bei der CSU – Christa Steiger (SPD): Die Zielsicherheit ist wichtig, nicht die Masse!)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist damit beendet. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Reihenfolge der Tagesordnung zu ändern.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 e auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (Drs. 15/5476) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Das Wort hat Herr Staatsminister Schneider.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes begründen. Wie Sie sicherlich alle wissen, ist an den bayerischen Universitäten auch eine Umstellung der bisherigen Diplom- und Magisterstudiengänge auf das Zweistufensystem gemäß den Erklärungen des Bologna-Prozesses zur Schaffung eines europäischen Hochschulraumes im Gange. Dabei werden die bisherigen Abschlüsse Diplom und Magister durch die neuen Abschlüsse Bachelor und Master ersetzt werden.

Dies kann natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Lehramtsstudiengänge sein; denn eine Parallelführung herkömmlicher Studiengänge mit den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen ist nicht zu leisten. Deshalb ist auch eine Zusammenführung der Ziele eines Lehramtsstudiums mit den Zielen des Bologna-Prozesses erforderlich. Der vorgelegte Gesetzentwurf hat dieses Ziel zur Grundlage. Es geht darum, eine Modernisierung der Lehrerbildung zu erreichen, indem ihre Zielsetzungen auch in Zukunft erhalten bleiben, nämlich die wissenschaftlichen Grundlagen für die praktische Ausbildung im Referendariat zu gewährleisten und damit auch für eine spätere erfolgreiche Berufsausbildung.

Ziel ist aber auch, auf die Spezifika der einzelnen Schularten einzugehen und zu garantieren, dass wir das Ausbildungsniveau in den jeweiligen Studiengängen erhalten, die landesweit vergleichbar sind, und dass – das ist sehr wichtig – das Lehramtsstudium mit den Bachelor- und Masterstudiengängen kompatibel ist.

Deshalb sieht dieser Gesetzentwurf im Wesentlichen die Modularisierung des Lehramtsstudiums mit Leistungspunkten vor. Es wird nach wie vor eine schulbezogene Lehrerbildung geben, das heißt mit Anteilen an Fachwissenschaften, Fachdidaktik, Erziehungswissenschaft und Schulpraxis vom ersten Semester an. Wir halten auch an der schulartbezogenen Ausbildung fest. Die erste Lehramtsprüfung besteht aus einem universitären Prüfungsteil und aus dem Ersten Staatsexamen. Dabei sind die einzelnen Fachnoten der ersten Lehramtsprüfung zu mindestens 60 % aus den Leistungen der Staatsprüfung und zu 40 % aus den Leistungen der universitären Modulprüfungen gebildet. Dabei soll die Möglichkeit eröffnet werden, einen Bachelor-Abschluss und gegebenenfalls auch einen Master-Abschluss zu erwerben, der von der Universität als akademischer Abschluss vergeben wird.

Wir haben in das Gesetz eine Klausel zur Erprobung neuer Strukturen des Studiums und der ersten Lehramtsprüfung im Rahmen von Modellversuchen eingefügt. Der Landtag hat am 21. April 2005 zwei Beschlüsse zur Reform der Lehrerbildung gefasst. Diese wurden ebenfalls in den Gesetzentwurf eingearbeitet und umgesetzt.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat die Anhörung der Universitäten und Fachverbände durchgeführt, und dabei wurde die Beibehaltung von Staatsprüfungen ausdrücklich begrüßt. Die Vorschriften für das Inkraft-Treten des Gesetzes wurden so umgestaltet, dass für die Hochschulen ausreichend Zeit zur Umstellung zur

Verfügung gestellt wird. Man kann bereits ab dem Wintersemester 2006/2007 das Studium nach den neuen Regelungen anbieten. Bis zum Beginn des Sommersemesters 2009 muss die Umstellung in jedem Fall vollständig abgeschlossen sein.

Ich erwarte mir in den Ausschüssen eine vertiefte Diskussion, und wir werden uns in der Zweiten Lesung im Plenum noch einmal damit auseinandersetzen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Wir kommen zur Aussprache. Jeder Fraktion stehen bekanntlich fünf Minuten zur Verfügung. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Rabenstein. Es folgen dann Herr Kollege Wägemann und Frau Kollegin Tolle.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Hohes Haus! Bei dem neuen Gesetz geht es um die Zukunft der Lehrerbildung in Bayern. Wir warten schon seit längerer Zeit auf den Entwurf; denn – Staatsminister Schneider hat das bereits ausgeführt – der Entwurf geht auf den Bologna-Prozess zurück, also auf das Jahr 1998. Dort wurde festgelegt, dass auf das Bachelor- und Mastersystem umgestellt werden soll. Wir haben das gestern mit der Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes vollzogen.

Die Umstellung, meine Damen und Herren, ist aber sicherlich auch deshalb notwendig, weil wir Schwierigkeiten an den Schulen haben. Außerdem wissen wir, dass die Lehrer besser ausgebildet sein müssten, um auf die neuen Herausforderungen, die in den Schulen auf sie zukommen, vorbereitet zu sein.

Nun liegt ein Entwurf vor, von dem ich insgesamt sehr enttäuscht bin.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das kann nicht sein!)

Er ist eine verpasste Chance.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Noch einmal lesen!)

– Ich habe den Entwurf nicht nur einmal, sondern mehrmals gelesen und konnte nicht entdecken, was ich gerne gesehen hätte.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das wird schon noch!)

– Vielleicht in der Diskussion, wenn unsere Vorschläge aufgegriffen werden, Herr Waschler. Ich glaube, die Gesetzesnovellierung wäre eine große Chance gewesen, die allseits bekannten Mängel der jetzigen Lehrerbildung zu beseitigen. Diese Chance wurde nicht ergriffen. Ich möchte darauf kurz eingehen.

Zunächst möchte ich allerdings mit dem Positiven beginnen. Positiv ist, dass die Lehrerbildung für alle

Lehrerstudiengänge an den Universitäten verbleibt; denn das Ergebnis der Mittelstraßkommission zeigt andere Vorschläge. Die meisten Bundesländer, bis auf Baden-Württemberg, haben die Lehrerbildung an den Universitäten. Ich glaube, dass das gut ist. Deshalb bin ich froh, dass die Empfehlung der Mittelstraßkommission nicht aufgegriffen wurde, sondern dass alle Lehrerbildungsstudiengänge an den Universitäten verbleiben.

Das Zweite, die zentrale Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge, wurde allerdings nur halbherzig vollzogen; denn die Staatsprüfung bleibt bestehen, wenn sie auch – wie ausgeführt – nur noch zu 60 % bewertet wird und 40 % aus den so genannten Modulprüfungen stammen, die während des Studiums universitär abgehalten werden. Der Nachteil ist, dass dadurch die Lehrerbildung mit den anderen Bundesländern nicht in der Art kompatibel ist, wie wir uns das wünschen würden.

Ziel des Bologna-Prozesses ist es, die Studiengänge zu vereinheitlichen und gegenseitig in ganz Europa anzuerkennen. Das war die Grundlage des Bologna-Prozesses. Wir haben es leider nicht geschafft, zwischen den einzelnen Bundesländern in Deutschland Regelungen zu finden, dass einheitliche Studienabschlüsse und Studiengänge entstehen. Wir werden wieder das Problem bekommen, dass der Abschluss der Lehrerbildung in den anderen Bundesländern nicht einfach übernommen wird, dass es wieder Zusatzprüfungen gibt usw.

Ich bedauere, dass sich von Anfang an nichts an der starren Aufteilung der sechs Lehrämter geändert hat. Als Mann der Praxis propagiere ich nicht den Einheitslehrer. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Ich halte nichts von einem Einheitslehrer, der von der Grundschule bis zur Abiturjahrgangsklasse unterrichten kann. Das wird es nicht geben. Allerdings hätte man in der ersten Phase, also bis zum Abschluss des Bachelors, weniger nach Schulstufen, sondern mehr nach Schulformen differenzieren müssen. Ich glaube, es wäre gut gewesen, wenn man zumindest in den ersten Studienjahren mehr Gemeinsames hat. Im Gesetzentwurf wird jedoch gleich von Beginn an entsprechend differenziert.

Wir werden bei den weiteren Beratungen noch viele Nachbesserungen vorschlagen. Ich würde mich freuen, wenn etwas davon aufgegriffen würde. Ich bin allerdings skeptisch; denn bei der Beratung des Hochschulgesetzes wurde uns bewusst, dass es sehr schwer ist, etwas Positives durchzusetzen und in einen Gesetzentwurf einzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wägemann.

Gerhard Wägemann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reform und die Modernisierung der Lehrerbildung sind nötig und sinnvoll, um den anerkannt hohen Standard für Unterricht und Erziehung an den bayerischen Schulen zu sichern. Die CSU-Fraktion hat daher unter dem Titel „Modernisierung der Lehrerbildung in Bayern“ im Januar 2005 einen Antrag eingebracht. Mit dem vorliegenden Bayerischen Lehrerbil-

derungsgesetz wird unserem Antrag in vollem Umfang entsprochen. Lieber Kollege Rabenstein, ich bin daher auch nicht enttäuscht, sondern darüber erfreut.

Mit diesem Lehrerbildungsgesetz werden einige positive Signale gesetzt: Die Studierenden erhalten mehr Flexibilität bei der Wahl der Studiengänge und auch beim Wechsel an eine andere Hochschule im europäischen Hochschulraum. Durch die Aufteilung in Module, die jeweils mit einer Prüfung abschließen, nehmen wir Prüfungsdruck weg, weil sich der Stoff so besser über die ganze Studienzeit verteilt. Das Leistungspunktesystem mit den Credit Points ist hier sehr sinnvoll. Diese Punkte werden auch übertragbar sein.

Der Praxisbezug des Studiums, der von Anfang an vorhanden ist, ist uns sehr wichtig. Er wird deutlich gestärkt. Die vier Säulen der Lehrerbildung – die Fachwissenschaften, die Fachdidaktik, die Erziehungswissenschaften und die Schulpraktika – sind nach wie vor in vollem Umfang vorhanden. Sie werden ebenfalls gestärkt.

Im Gegensatz zur SPD wollen wir am bewährten System des Staatsexamens festhalten, auch wenn künftig 40 % der Note aus den Modulprüfungen stammen, während die anderen 60 % der Note im Staatsexamen erreicht werden. Es ist sinnvoll, über das Staatsexamen eine Vergleichbarkeit des Ausbildungsniveaus der Absolventinnen und Absolventen zu sichern und die pädagogischen und didaktischen Spezifika der einzelnen Schularten angemessen zu berücksichtigen. Die anerkannt hohe Qualität der bayerischen Lehrerbildung wird daher auch mit dem Staatsexamen abgesichert und die fachliche Breite angemessen erhalten. Auch die Studiendauer, die bisherigen Regelstudienzeiten, bleiben erhalten und spiegeln sich nun in den erforderlichen Leistungspunkten wider. Wir gehen davon aus, dass das Studium etwas gestrafft wird. Das ist zum Vorteil der Studierenden, die dann entsprechend früher mit dem Studium fertig sind.

Ich bin sehr optimistisch, dass wir mit den ersten Studiengängen tatsächlich ab dem Wintersemester beginnen können und bis 2009 komplett umgestellt haben. Es ist auch vorgesehen, über eine Experimentierklausel Lehramtsstudiengänge mit besonderer Struktur zuzulassen und zu überprüfen. Mich freut sehr, dass die Lehrerverbände, selbst der uns in jüngster Zeit äußerst kritisch gegenüberstehende Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband, hier relativ breite Zustimmung signalisiert haben. Wir werden die fachlich-inhaltliche Diskussion in den Ausschüssen, besonders im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, aber auch im Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur weiterführen.

Der Gesetzentwurf ist ein deutlicher Beitrag dazu, das Lehramtsstudium und den Lehrerberuf attraktiver zu machen, die Lehrerbildung aufzuwerten und denjenigen, die für das Lehramt studieren, künftig noch mehr Möglichkeiten durch die ausgeprägte Polyvalenz des Studiums zu geben: Sie haben die Möglichkeit, einen akademischen Titel zu erwerben und einen anderen Studiengang anzuschließen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege Wägemann, auch dafür, dass Sie die Redezeit genau eingehalten haben. – Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister Schneider! Dem vorliegenden Gesetzentwurf würde ich die Überschrift geben: Viel Lärm um wenig. Herr Kollege Rabenstein, mir ging es genau wie Ihnen: Ich saß vor dem Gesetzentwurf und habe gedacht: Was ist das jetzt?

Er ist kein großer Wurf. Sie haben ein bisschen sprachlich geglättet, damit das Gesetz nachvollzieht, dass wir jetzt ein Ministerium für die Hochschulen und ein Ministerium für die Schulen haben; Sie haben die bürokratischen Vorschriften so hingedreht, dass wir international anschlussfähig bleiben. Die nationale Anschlussfähigkeit interessiert Sie anscheinend nicht die Bohne. Immerhin sind Sie doch jetzt selbst darauf gekommen, dass man ab und zu Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Bundesländern einstellen muss. Die Qualität, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bleibt außen vor.

Zwei Dinge könnte ich positiv sehen: Sie haben ausdrücklich erwähnt, dass das Lehramtsstudium von Anfang an die Bereiche Fachwissenschaft, Fachdidaktik, Erziehungswissenschaften und Schulpraktika umfasst und dass die fachwissenschaftlichen und die erziehungswissenschaftlichen Teile verzahnt werden. Sie lehnen eine zeitliche Trennung ab. Sie räumen den Praktika einen höheren Stellenwert ein, werten also die erziehungswissenschaftlichen Teile und Praktika auf.

Dann kommt der für mich entscheidende Punkt: „D) Kosten“. Da steht, dass außer den Kosten für die Entwicklung von ein bisschen Software keine Kosten zu erwarten sind. Das heißt für mich: Sie wollen zwar eine Veränderung, überlassen es aber den Universitäten, diese zu finanzieren. Eine bessere Lehrerbildung mit mehr Praktika zum Nulltarif gibt es aber nicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich zitiere aus den Ausführungen von Herrn Ministerialrat Glasl, der im Hochschulausschuss selbst wiederum einen Professor der LMU zitiert hat. Dieses Zitat lautet: Eine Stunde mehr Erziehungswissenschaften führt zum Zusammenbruch des Lehrbetriebs. – Wenn Sie genau diese Aufwertungen in Ihrem Gesetz vornehmen, ohne aber das Personal in Ihrem Gesetzentwurf zu erwähnen, ist das ganze Papier eigentlich für den Papierkorb.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mir fehlt ferner ein Instrument im Gesetz, um den Stellenwert der Lehrer- und Lehrerinnenbildung an der Universität aufzuwerten. Mir fehlt eine Aussage dazu, wie Sie verhindern wollen, dass man an der Universität Lehrerinnen- und Lehrerbildung eigentlich nur deshalb macht, um die Fachwissenschaften vor Ort zu halten.

Für meine Fraktion will ich sagen: Wir stellen die qualitative Aussage eines Staatsexamens infrage. Die Übernahme der Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst ist

doch heute nicht mehr vom Staatsexamen abhängig, sondern von dem, was der Finanzminister an Geld gibt. Wenn Förster und Verwaltungsbeamte – das ist letzte Woche deutlich geworden – lediglich keine 5 oder 6 haben dürfen, um in den Schuldienst übernommen werden zu können, müssen Sie sich schon fragen, was ein Staatsexamen für eine Lachnummer ist.

Sie haben lange an diesen Änderungen gearbeitet, Herr Minister Schneider, bereits zu der Zeit, als Sie noch Ausschussvorsitzender waren. Es ist nichts anderes dabei herausgekommen als das, was wir vor Jahren schon einmal im Ausschuss berichtet bekommen haben. Für mich ist das heiße Luft. Es ist keine Reform; nur ein kleines Lüftchen ist in die Lehrer- und Lehrerinnenbildung gekommen. Damit haben Sie eine große Chance vertan, Herr Kollege Wägemann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heiße Luft vergeht, Ihr Gesetz leider nicht. Wenn es so bleibt, dann stimmen wir natürlich nicht zu. Aber ich freue mich auf den Bericht des Ministers in der gemeinsamen Ausschusssitzung, und ich denke: Vielleicht kriegen wir dann auch noch etwas mehr Fleisch an dieses Skelett, weil dieses Gesetz alleine für sich gesehen noch nicht alles bringt. Ich erwarte mir dann auch einen Bericht über die anderen Vorschriften, die Sie noch ändern werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die Aussprache ist damit geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.

Eine Bitte des Stenografischen Dienstes: Die Niederschriften der heutigen Sitzung können nicht mehr bis zum Sitzungsende fertig gestellt werden. Deswegen können sie Ihnen auch nicht hier im Plenarsaal zur Korrektur überlassen werden. Aus diesem Grunde bitte ich die Redner, die ihre Reden korrigieren wollen, die gelben Zettel zu verwenden, die hier unten liegen, damit ihnen die Niederschriften zur Korrektur nach Hause geschickt werden können. – Herr Ludwig, ich bitte nur, dass die gelben Zettel nicht versteckt werden, sondern sichtbar am Rednerpult ausgelegt werden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD)
Schulversuch „Ganztagsklassen an Grundschulen“ angemessen ausstatten (Drs. 15/4950)

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Weikert.

Angelika Weikert (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Den Antrag, den wir heute noch einmal im Plenum vorstellen, haben wir schon im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport diskutiert. Bei diesem Antrag gab es zwar neun ablehnende Stimmen der CSU, aber es gab auch eine Enthaltung. Insofern dürfen wir vielleicht ein bisschen hoffen, dass wir mit unserem Anliegen bei Ihnen in der CSU doch noch ein offenes Ohr finden.

Es geht um die Ganztagschule. Die Ganztagschule bietet mehr Zeit zum Lernen und Üben. Sie ist die Schulform, die eine andere Pädagogik ermöglicht: weg von der starren Unterrichtseinheit hin zu einem methodisch anders ausgefüllten, ganzheitlichen Lernen nach völlig anderen Methoden. Die Ganztagschule – das ist uns Sozialdemokraten ganz wichtig – ist die Chance, vielleicht die einzige Chance, Chancengerechtigkeit in der Bildung herzustellen und an den Kennziffern, die unser Bildungssystem leider immer noch kennzeichnen, ein Stück zu arbeiten und Kindern und Jugendlichen zu einem besseren Bildungserfolg zu verhelfen.

Die Ganztagschule ist die Schulform, die der von Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, häufig beklagten Verwahrlosung von Kindern mit den negativen gesellschaftspolitischen Auswirkungen entgegenwirkt. Die Ganztagschule kann auch den Auftrag zu Bildung und Erziehung in angemessener Form erfüllen. Sie ist die erfolgreiche Schulform. Sie ist erfolgreicher als die anderen Schulformen. Kinder und Jugendliche, die eine Ganztagschule besuchen, haben die besseren Bildungsergebnisse.

Nicht ohne guten Grund bietet der vbw, der Verband der Bayerischen Wirtschaft, seine Kooperation beim Thema Ganztagschule an und hat, noch bevor das Kultusministerium dieses Thema für sich entdeckt hat, das Thema gesellschaftspolitisch sehr breit diskutiert und diese Schulform mit Geldern unterstützt. Damit hat der Verband dazu beigetragen, dass sich in Bayern hierzu überhaupt etwas bewegt.

Nicht zuletzt ist die Ganztagschule die Form, die es ermöglicht, Familie und Beruf am besten miteinander zu verbinden.

Die SPD-Fraktion fordert bereits seit langem den Ausbau der Ganztagschule in Bayern. Die Ganztagschule muss in allen Schularten in ganz Bayern als Angebotsschule vorhanden sein. Zu dem zurückliegenden Nachtragshaushalt hat die SPD-Fraktion entsprechende Anträge gestellt und ein konkretes Ausbauprogramm, geplant und gezielt für Bayern, vorgestellt. An diesem Thema wird die SPD dranbleiben. Wir werden Sie immer wieder damit konfrontieren. Bei diesem Thema wissen wir ganz viele Mitstreiter auf unserer Seite; denn die Ganztagschule ist einfach überzeugend. In der Pädagogik ist die Ganztagschule nicht mehr umstritten. Es gibt praktisch keine Gegner. Es wird immer wieder betont, dass die Ganztagschule die Antwort auf die derzeitigen bildungspolitischen Herausforderungen ist.

Zwischenzeitlich hat dies auch das Kultusministerium erkannt. Es kann sich der gesellschaftspolitischen Her-

ausforderung, mehr Ganztagschulen einzurichten, nicht mehr entziehen. Deshalb gab es vor zwei oder zweieinhalb Jahren ein groß angekündigtes Programm, die Ganztagschule in Bayern auszubauen. Damals hat mich besonders geärgert – ich muss das an jeder Stelle immer wieder sagen –, dass das Kultusministerium in einer groß angelegten Pressekampagne gesagt hat: Wir bauen Ganztagschulen in Bayern aus. Es waren aber immer nur Klassen. Klassen sind noch lange keine Schulen. Bis aus dem Ausbauprogramm für Klassen eine ganze Schule in Bayern zur Ganztagschule geworden ist, vergehen bei dem Tempo, in dem das Kultusministerium hier voranschreitet, unter Umständen Jahrzehnte. Es gibt viel zu wenige Kinder und Jugendliche, die in den Genuss dieser Schulform kommen und unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit in der Bildung ernst genommen werden.

Der Ausbau wurde also für Schulen angekündigt. Aber letztlich waren es nur Klassen. Jetzt gibt es vonseiten des Kultusministeriums – wir finden das sehr gut – die Einsicht, dass die Ganztagschule schon in der Grundschule anfangen sollte. Nun wird ein Modellversuch angekündigt, wonach an zehn Grundschulen in Bayern entsprechende Klassen eingerichtet werden sollen. Jetzt könnte man darüber streiten, ob man das Modell noch braucht; denn die Schulform Ganztagschule muss, wie ich bereits ausgeführt habe, nicht mehr erprobt werden. Man könnte im Grunde genommen sofort loslegen.

Das Kultusministerium hätte eine gute Chance gehabt, IZBB-Mittel zu bekommen. Alle Bundesländer außer Bayern haben Agenturen für Ganztagschulen eingerichtet. Dazu ist nur eine kleine Kofinanzierung notwendig. Aus dem IZBB-Programm hätten vonseiten der Bundesregierung Mittel nach Bayern fließen können. Diese Chance haben Sie nicht ergriffen. Im Wege einer Agentur für Ganztagschulen hätte in Bayern ein Austausch organisiert werden können. Natürlich könnte man dadurch auch Lehrerinnen und Lehrer motivieren, pädagogisch weiterbilden und so weiter. Diese Chance haben Sie leider nicht ergriffen.

Genauso wenig haben Sie Investitionsmittel aus dem IZBB-Programm für ein Programm zum Ausbau der Ganztagschule in Bayern genutzt. Vielmehr haben Sie die Mittel, wie wir es Ihnen schon oft vorgeworfen haben, im Wesentlichen in den Ausbau des G 8 gesteckt. Sie haben dafür auch keine bayerischen Mittel aufgewendet, sondern Gelder nur umgeleitet.

Jetzt machen Sie also einen Modellversuch, die Ganztagschule an der Grundschule zu verwirklichen. Gleichzeitig haben Sie Finanzierungsprobleme, weil Sie für das Programm Ganztagschule nie einen einzigen Euro im Bildungsetat vorgesehen haben. Stattdessen haben Sie für zusätzliche Dinge, an denen Sie nicht mehr vorbeikamen – das beobachten wir seit Jahren –, Finanzierungsanteile aus dem gesamten Bildungsetat herausgequetscht und in die neuen Modelle gesteckt. Die Finanzierungsprobleme haben Sie jetzt, weil Sie einen neuen Schritt machen. Nun kürzen Sie bei der Ausstattung der bisherigen Ganztagsklassen an Hauptschulen. Diese Form war bisher mit zusätzlich 19 Lehrerwochenstunden ausgestattet. Der neue Modellversuch bezieht sich auf die

Grundschule. Da haben Sie Finanzierungsprobleme. Deshalb kürzen Sie bei der Hauptschule.

Die Diskussion im Bildungsausschuss hat deutlich gezeigt – das finde ich besonders interessant –, dass die 19 Lehrerwochenstunden nicht von der SPD-Fraktion und auch nicht von der CSU-Fraktion erfunden worden sind, sondern aus einer Analyse entstanden sind, die vonseiten des Kultusministeriums durchgeführt worden ist. Dort hat man sich den Schulalltag angeschaut. Der veränderte Stundenplan bedingte eine höhere Anwesenheit von Lehrpersonal. Das hängt mit der längeren Zeit zum Lernen und Üben zusammen.

Dann wurde festgestellt, dass man diese 19 Stunden braucht. Jetzt sagt aber das Kultusministerium, dass es auch mit 12 Stunden geht, ohne dass eine Diskussion darüber geführt wird, wie eine Ganztagschule jenseits aller Forderungen und Wünsche, die wir haben, angemessen auszustatten ist. Wir sehen auch Grenzen und Möglichkeiten der Finanzierung. Darüber führen Sie aber gar keine Diskussion. Sie reduzieren diese 19 Stunden einfach auf 12, weil Sie den dadurch entstehenden finanziellen Freiraum für den Modellversuch an der Grundschule brauchen.

Ich frage mich, wo hier ein Konzept vorhanden ist, wo hier der ernsthafte Wille gegeben ist, das Angebot von Ganztagschulen in Bayern tatsächlich zu verbreitern, diese bildungspolitische Herausforderung anzunehmen und an den Bildungsdefiziten, die es im Freistaat Bayern gibt, ernsthaft zu arbeiten. Das müssen Sie uns in der nachfolgenden Diskussion schon noch beantworten. Die SPD-Fraktion wird sich jedenfalls für einen Ausbau von Ganztagschulen an allen Schularten und flächendeckend in ganz Bayern als Angebotsform einsetzen. Wir verfolgen das Ziel, dass in fünf Jahren 30 % aller Kinder und Jugendlichen in Ganztagschulen beschult werden. Wir sind davon überzeugt, dass das eine gute Investition in die Zukunft ist. Die Ganztagschule ist zwar nicht die Lösung für alle Probleme im Bildungswesen, sie ist aber eine anerkannte Form, mit der viele Probleme in diesem System sehr wirkungsvoll gelöst werden können. Wenn Sie die Ganztagschule wirklich wollen, werden es die Ergebnisse auch zeigen. Sie können sich dessen sicher sein, dass die SPD in den nächsten Wochen und Monaten diesen Weg deutlich machen wird. Wir werden Sie immer wieder mit diesem Thema konfrontieren.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich bitte um Entschuldigung dafür, dass ich Sie am Anfang wegen der gelben Zettel verwirrt habe. Die gelben Zettel werden in Zukunft auf dem Stenografentisch liegen. Dort gehören sie logischerweise auch hin, und dort sind sie in Empfang zu nehmen.

Die Aussprache wird fortgesetzt. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pachner. – Herr Pachner, sollen wir den langen Weg zum Rednerpult jetzt von der Redezeit abziehen?

Reinhard Pachner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, Sie wissen, mit über 60 muss man nicht mehr ganz so schnell laufen.

(Allgemeine Heiterkeit – Alexander König (CSU): Gut gekontert, Reinhard!)

Kolleginnen und Kollegen, man kann jeden Antrag, über den in den Ausschüssen bereits diskutiert wurde, ins Plenum bringen, um dort eine Generaldebatte über das Bildungssystem Bayerns heraufzubeschwören. Sie kritisieren immer das Bildungssystem in Bayern. Sie stellen es infrage. Haben Sie eigentlich den Artikel gelesen, der vorgestern in der „Welt“ erschienen ist?

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ich habe ihn gelesen!)

Joachim Peter hat in der „Welt“ geschrieben – ich zitiere:

Es ist schon kurios, wenn die Leiterin der OECD-Bildungsabteilung, Barbara Ischinger, die Abschaffung der Hauptschule fordert, die Pisa-Forscher aber längst nachgewiesen haben, dass es zahlreiche leistungsstarke Hauptschulen – vor allem im Süden des Landes – gibt. So erreicht beispielsweise ein durchschnittlicher bayerischer Hauptschüler etwa das Leistungsniveau eines durchschnittlichen Bremer Realschülers.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann kann das Bildungssystem in Bayern nicht gerade das schlechteste sein. Man muss nicht jeden Antrag, bei dem es nur um einen Versuch geht, ins Plenum bringen, um eine bildungspolitische Debatte vom Zaun zu brechen.

Jetzt zu Ihrem Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Antrag hat zum Ziel, einen Schulversuch zu Ganztagsklassen an Grundschulen analog zu den Ganztagsklassen an Hauptschulen mit zusätzlich mindestens 19 Lehrerwochenstunden auszustatten. Der Antrag geht schon insofern fehl, als es nicht 19 Lehrerwochenstunden an den Hauptschulen sind.

(Simone Tolle (GRÜNE): Es waren aber 19!)

– Schreien Sie doch nicht immer so, ich habe schon ein gutes Gehör. Ursprünglich waren 19 Lehrerwochenstunden beabsichtigt. Die Schulleiter haben aber zum damaligen Zeitpunkt darum gebeten, einen Teil dieser Lehrerwochenstunden in Geld für Honorarkräfte umzuwandeln.

(Widerspruch des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

– Es ist so, Herr Kollege Pfaffmann, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen. Honorarkräfte werden benötigt für Jugendarbeit, Jugendhilfe, Sozialpädagogik, Musik usw., damit die Schulen hier einfach flexibler sind. Des-

halb kamen wir auf diese 12 Lehrerwochenstunden und 6000 Euro pro Klasse.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Weikert?

Reinhard Pachner (CSU): Die hat doch selber gerade geredet, ich mag jetzt nicht.

(Heiterkeit bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie sind aber ganz schön charmant!)

Meine Damen und Herren, so kam es zu dem Ergebnis: zwölf Lehrerwochenstunden und 6000 Euro für Honorarkräfte. Damit ist die Schule wesentlich flexibler. Sie kann bei einem umfassenden Angebot der Betreuung durch Honorarkräfte wesentlich wirtschaftlicher handeln.

Das ist auch kein Sparmodell, wie Sie von der Opposition immer wieder gerne behaupten. Es ist ein zusätzliches Angebot an Ganztagsklassen und ein pädagogischer Fortschritt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Aber es wird doch gespart!)

– Es wird nicht gespart, Frau Kollegin.

Für den Schulversuch „Ganztagsklassen an Grundschulen“ stehen nun sieben Lehrerwochenstunden und 3000 Euro je Klasse für das pädagogische Angebot zur Verfügung. Diese sieben Lehrerwochenstunden für Ganztagsklassen sind ein Durchschnittswert. Wenn der Versuch gestartet wird, wird man in der ersten und in der zweiten Klasse vielleicht etwas mehr Stunden brauchen, dafür wird man in der dritten und in der vierten Klasse etwas weniger für die Ganztagsbetreuung brauchen. So kommt dieser Durchschnittswert zustande. Auch die Betreuungszeit und das zusätzliche Angebot sind differenziert zwischen Hauptschule und Grundschule zu sehen. Wir wollen den Schulversuch durchführen, damit sich herausstellt, wie wir in Zukunft weiterarbeiten können.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Diskussion im Bildungsausschuss, in der ich das Gleiche gesagt habe. Ich bleibe bei meiner damaligen Aussage: Wenn Ergebnisse aus dem Modellversuch vorliegen, werden diese geprüft. Etwaige Korrekturen können dann vorgenommen werden. Der Antrag mit einer Pauschalforderung nach 19 Lehrerwochenstunden wird von uns abgelehnt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Ganztagsangebote, die es im Moment an den Grundschulen gibt, würden wir in Unterfranken Sparbrenner nennen. Das ist die knickrigste

Knickrigkeit. Ich möchte noch einmal darstellen, was wir mit diesem Antrag wollen und was wir im Moment haben. Herr Kollege Pachner, wir brauchen keinen Modellversuch. Ich kann mir vorher ausrechnen, wie es ausgeht, und ich rechne es Ihnen auch vor. Die Ausstattung der Ganztagsangebote durch die CSU ist skandalös, aber sie ist auch konsequent, weil Sie damit Ihre Flickschusterei fortsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf den Anfang kommt es an. Das haben Sie zumindest verbal ausgedrückt. Deshalb müssen wir gerade für die Grundschulen mehr Energie aufwenden. Selbst wenn wir zwölf zusätzliche Lehrerwochenstunden für Ganztagsangebote an den Hauptschulen akzeptieren würden, erschließt es sich mir nicht, warum der Tag in der Grundschule kürzer sein soll als in der Hauptschule. In der Hauptschule bleiben die Kinder bei Ganztagsbetreuung bis 15.30 Uhr in der Schule, und in der Grundschule auch. Warum dann aber die eine Schulart zwölf Stunden bekommt, die andere aber nur sieben, erschließt sich nicht einmal einem kleinen Kind. Ich rechne es Ihnen vor. Gehen wir einmal von einer Ganztagschule aus, die von 8.00 Uhr bis 15.30 Uhr dauert.

Nehmen wir einmal die erste Klasse. Dort gibt es derzeit 23 Unterrichtsstunden. Nehmen Sie 7 dazu, dann haben wir den Vormittag abgedeckt. Ist das richtig?

(Reinhard Pachner (CSU): Ja!)

Dann bräuchte man noch Personal für den Nachmittag. Wenn man die Zeit für das Mittagessen nicht mitrechnet, weil beispielsweise die Stadt in dieser Zeit für die Betreuung der Kinder sorgt, dann sind das pro Tag 2,5 Zeitstunden. Bei 180 Unterrichtstagen mal 2,5 Stunden komme ich auf 450 Stunden. 3000 Euro geteilt durch 450 Stunden macht 6,67 Euro pro Stunde. Können Sie mir sagen, welches Personal – außer vielleicht Studenten, wir haben gestern gehört, dass diese 7 Euro pro Stunde bekommen – für 6,67 Euro pro Stunde arbeitet? Ich habe mich informiert: Eine Dame, die die Wohnung putzt, bekommt mehr. Ich denke, Sie brauchen keinen Modellversuch, um das auszuprobieren. Wenn Sie Ihr Gehirn einschalten und rechnen können, dann sagt Ihnen der gesunde Menschenverstand, dass der Versuch mit dieser Finanzierung und mit dieser Stundenzahl nicht funktioniert. Herr Minister Schneider, ich fordere Sie auf, mir einen Personalplan vorzulegen, wie diese Aufgabe für eine erste Klasse in der Grundschule bewerkstelligt werden kann. Darum bitte ich Sie. Wenn Sie meinen, dass Ihre Ausstattung ausreicht, dann beweisen Sie mir das auch bitte personaltechnisch.

Wir können also feststellen – ich habe es dargelegt –, es gibt kein oder wenig Geld für das Personal am Nachmittag. Dafür können wir keine Qualität einkaufen. Sie riskieren in meinen Augen von vornherein das Scheitern des Modellversuchs.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist doch so gewollt!)

– Genau, Frau Kollegin, das wollte ich gerade sagen: Man könnte meinen, Sie wollen gar nicht, dass der Modellversuch klappt. Wenn man ein Bild bemühen will, dann könnte man sagen: Das ist wie ein 100-m-Lauf, bei dem Sie sagen: Ihr müsst gewinnen, doch mit Fesseln an den Füßen. Robbt doch ans Ziel!

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das geht auch!)

– Natürlich, Herr Kollege Waschler. Das ist doch zynisch. Machen Sie es doch!

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Der Vergleich stimmt nicht!)

Herr Kollege Waschler, Sie verletzen sich dabei und tun sich weh. Machen Sie es mir doch vor.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Der Vergleich hinkt!)

Wenn ich es mir aussuchen könnte, dann liefere ich ungefesselt. Wenn Sie gerne Fesseln haben, bitte schön. Mit dem gesunden Menschenverstand stelle ich fest: Der ganze Tag in der Grundschule ist genauso lang wie der ganze Tag in der Hauptschule. Die Grundschule braucht deshalb die gleiche Lehrerstundenzahl wie die Hauptschule.

(Beifall der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Ich komme auf 19 Stunden und nicht auf 12 Stunden. Es erschließt sich mir nicht, wie Sie auf 12 Stunden kommen. Wenn Sie meinen, dass Sie mit Geldäquivalenten arbeiten müssen, dann geben Sie den Schulen doch das Geld für 19 Lehrerwochenstunden. Dann können die Schulen selbst damit machen, was sie wollen.

Wir brauchen auch nicht, wie Herr Kollege Pachner gesagt hat, den Schulversuch erst einmal laufen zu lassen. Sie können rechnen, Herr Kollege Pachner. Wenn Sie mir zugehört haben, dann haben Sie auch festgestellt, dass es nicht geht. Herr Minister Schneider, ich habe noch einmal ein bisschen herumgelesen und festgestellt: Im Frühjahr 2005 haben Sie in einer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage zu Ganztagschulen geschrieben:

Um Ganztagschulen pädagogisch sinnvoll und Erfolg versprechend führen zu können, ist ein zusätzlicher Lehrereinsatz in erheblichem Umfang erforderlich.

Herr Minister, die Erkenntnis ist also vorhanden. Ich warte auf ihre Umsetzung. Die Ganztagschule ist eine Chance, weil sie die wirkungsvollste Form der individuellen Förderung ist. Wir können uns dort um hochbegabte, um schwache und um Migrantenkinder besser kümmern. Wenn Sie nicht die notwendigen finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stellen, dann geht das Ganze aber nicht.

Ich wollte noch einmal feststellen, wie eine Ganztagschule aussehen sollte. Der Kern ist ein rhythmisierter Tagesablauf. Der Pflichtunterricht verteilt sich gleichmäßig auf den gesamten Schulalltag. Unterrichtsfächer, Übungs- und Vertiefungseinheiten wechseln sich mit Phasen der Entspannung ab. Hier wird deutlich, warum das Personal gebraucht wird. Jede Klasse erhält 19 zusätzliche Lehrerstunden. – Diese Angaben habe ich dem Leitfaden „Die Ganztags Hauptschule in Bayern“ entnommen. Die Chancen der Ganztagschule sind: Erstens. Mehr soziales Lernen, was gerade in der heutigen Zeit wichtig ist, in der wir uns über Gewalt an den Schulen beklagen. Die Ganztagschule birgt die Chance, soziale Herkunft und Bildungserfolg zu entkoppeln.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

Die Ganztagschule bietet zweitens eine Chance, Kinder zu integrieren, die nicht in Deutschland geboren wurden. Drittens bietet die Ganztagschule auch mehr Betreuung an. Die Halbtagschule mit ihren Hausaufgaben ist eigentlich auch eine Ganztagschule. Hier müssen allerdings die Eltern die fachliche Betreuung der Hausaufgaben übernehmen. Ich war kürzlich bei einer Gruppe der Landeselternvereinigung. Da ging es um Schulbücher, und dabei haben Vertreter der Verlage gesagt, wenn die Eltern die Betreuung wirkungsvoll übernehmen sollen, dann müssen die Schulbücher so geschrieben werden, dass die Eltern sie verstehen. Da sind wir also mittlerweile angekommen! In einer Ganztagschule kann diese Aufgabe den Eltern wieder abgenommen werden, zumal viele Eltern diese Aufgabe gar nicht übernehmen können, beispielsweise wenn sie berufstätig sind oder aus bildungsfernen Schichten stammen. Ganztagschulen haben also sehr viele Vorteile.

Ich möchte noch einmal meine Kritik an einem Modellversuch wiederholen. Ich halte es für lächerlich, sogar in höchstem Maße für lächerlich, zehn Ganztagsgrundschulen als großen Wurf zu verkaufen. Herr Minister Schneider, wir brauchen keine Modellversuche mehr. Das pädagogische Wissen ist vorhanden. Modellversuche haben leider den Nachteil, dass sie verhindern, dass mehr Ganztagschulen an den Grundschulen kommen können. Ich vermute, dass Sie nicht mehr Schulen wollen und deshalb sagen, dies sei ein Modellversuch. Der Modellversuch verhindert also die Ausweitung der Ganztagschulen. Außerdem gibt es dann keine Mittel mehr nach dem „Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung“ des Bundes. Es werden auch keine mehr nachkommen, weil Ihre seltsame Föderalismusreform das verhindert.

Wir brauchen mehr Geld und mehr Lehrer, damit wir pädagogisch sinnvolle Ganztagschulen nicht nur an den Grundschulen einrichten können. Die Vorteile habe ich aufgezeigt. Eine simple Rechenaktion zeigt, dass die Ausstattung, die Sie zur Verfügung stellen, nicht ausreicht. Ich fordere Sie hiermit auf, mir einen Personalplan vorzulegen, wie Sie mit 7 Lehrerwochenstunden und mit 3000 Euro im Jahr einen Ganztagschultag von 8.00 bis 15.30 Uhr bestreiten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Schneider.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst zu Frau Weikert. Zu Ihrer Information: Wir haben nach der Landtagswahl 2003 in einer Regierungserklärung angekündigt, dass wir Ganztagschulen einrichten. So viel, um das zeitlich zu fixieren.

(Angelika Weikert (SPD): Das habe ich doch gesagt!)

– Sie wussten nicht mehr, wann es genau war. Es war im Herbst 2003. Damals wurde beschlossen und vom Ministerpräsidenten angekündigt, dass wir in dieser Legislaturperiode 100 gebundene und 1000 offene Ganztagschulen schaffen werden. Dieses Ziel werden wir konsequent verfolgen, und wir werden es bis zum Ende dieser Legislaturperiode auch erreicht haben. Wir wollen ganz bewusst nicht die ganze Schule als Ganztagschule, sondern einzelne Klassen in der gebundenen Form, um die Freiwilligkeit zu erhalten und den Eltern weiterhin die Wahl zu ermöglichen, ob sie ihre Kinder in eine Ganztagschule geben wollen oder nicht.

(Angelika Weikert (SPD): In einer Stadt gibt es mehrere Schularten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Ganztagschule sind wir mit einem Modell mit 19 Lehrerwochenstunden gestartet. Kollege Pachner hat darauf hingewiesen, dass es auch der Sinn eines Modells ist, dass Modifikationen möglich sind, und dass es zielführend ist, nicht nur Lehrerstunden zuzuweisen, sondern auch andere Professionen einzubeziehen. Deshalb forderten Schulen auch, neben Lehrerstunden Geldmittel zu bekommen, damit sie beispielsweise andere Professionen aus Verbänden, aus Sport, Musik und anderen Bereichen einbeziehen können. Deshalb gibt es künftig zwölf Lehrerstunden und 6000 Euro pro Klasse. Somit steht für die einzelne Schule doch eine gute Ausstattung mit Mitteln zur Verfügung.

Bei der Grundschule wurde bisher allein die Mittagsbetreuung gewährleistet. Ich möchte gerade im Hinblick auf die Sprachförderung und deren Intensivierung in einem Modell die Grundschule auch als Ganztagsform führen. Dazu sind sieben Lehrerstunden plus 3000 Euro angesetzt. Wie Kollege Pachner gesagt hat, ist dies ein Durchschnittswert. Unsere Berechnungen gehen davon aus, dass wir im Miteinander auch hier eine gute Ausstattung für die Grundschulen erreichen können.

Zu Ihren Vorschlägen, Frau Tolle: Sie können immer alles toll berechnen. Ich erinnere mich an die Debatten, wie Rot-Grün Hartz IV berechnet hat und was letztlich herausgekommen ist.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie uns rechnen. Rechnen Sie nicht; denn was dabei herauskommt, wenn Sie rechnen, spüren nicht nur

die Kommunen bei uns, sondern auch Kommunen, die von Ihnen regiert werden.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum zweiten Thema, dem Vorwurf von Frau Weikert, wir hätten Agenturen einrichten sollen, um die IZBB-Mittel zu verteilen: Bei uns sind sie in die Räumlichkeiten gegangen, die für Ganztagsangebote genutzt werden, nicht, wie der Bundesrechnungshof in anderen Ländern feststellt, in Bauzäune, in Dächer, in Fassaden und in Heizungen. Schauen wir also immer genau hin: Dort, wo wir verantwortlich sind, werden wir unserer Verantwortung gerecht werden. Wir werden natürlich auch bei allen Maßnahmen die Finanzierbarkeit im Blick haben müssen. Deshalb wird modellhaft die Ganztagschule an der Grundschule erprobt werden. Dazu ist nach unserer Überzeugung eine Ausstattung mit sieben Lehrerstunden und 3000 Euro im Durchschnitt zielführend. Nachdem dann der vom ISB – dem Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung – begleitete Modellversuch durchgeführt ist, kann man sicher darüber nachdenken und diskutieren, ob das zielführend und ausreichend ist, ob weniger oder ob mehr notwendig ist. Vor einer Entscheidung aber schon immer alles genau zu wissen, ist das Privileg der Opposition.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrages. Wer entgegen dieser Empfehlung dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? –

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Die Mehrheit hat dafür gestimmt!)

Die CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Antrag der Abg. Franz Maget, Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD), Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung möglicher Versäumnisse und etwaiger unzulässiger Einflussnahmen bei der staatlichen Kontrolle der Firma Deggendorfer Frost GmbH, der Unternehmensgruppe Berger und anderer Fleisch verarbeitender Betriebe in Bayern und zu den Konsequenzen, die sich hieraus zur Verbesserung des Verbraucherschutzes ergeben (Drs. 15/5306) und Festlegung der Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz des Untersuchungsausschusses

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz ruhig bleiben!

Ich eröffne die Aussprache. Wir haben 15 Minuten Redezeit pro Fraktion vereinbart. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Müller.

Herbert Müller (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Über den Hintergrund wird zu gegebener Zeit zu beraten sein.

Ich möchte als Erstes auf die Bedeutung des Verbraucherschutzes hinweisen. Er ist der eigentliche Grund, um den es geht. Der Verbraucherschutz hat eine Bedeutung erlangt, die dazu geführt hat, dass im Januar 2001 ein eigenes Ministerium eingerichtet worden ist. So etwas macht man nur, wenn man davon überzeugt ist, dass dies etwas Wichtiges ist. Dass dies auch damit zu tun hatte, dass zwei andere Ministerien nicht so gearbeitet haben, wie sie hätten arbeiten sollen – so sagt man –, will ich nur am Rande erwähnen.

Es ging um Defizite, die im Verbraucherschutz aufgetreten sind. Verbraucher sind alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Diesen Defiziten wurde mit der Bildung eines eigens dafür zuständigen Ministeriums begegnet, das als erstes die Aufgabe hat, Vorkommnisse zu kontrollieren und zu informieren, um dem Verbraucher das Gefühl zu geben, dass er sich in Bayern auf den Verbraucherschutz und auf die Qualität verlassen kann.

(Beifall bei der SPD)

Das war die Begründung für die Einrichtung eines eigenen Ministeriums.

Lassen Sie mich kurz auf den Inhalt eingehen. Wir wollen in diesem Untersuchungsausschuss drei Punkte aufgeklärt haben. Wir wollen wissen: Erstens. Gab es Versäumnisse? Zweitens. Gab es unzulässige Einflussnahmen? Drittens. Wie kommen wir zu einer Verbesserung des Verbraucherschutzes? Das ist der entscheidende Punkt. Ich darf für mich noch einen vierten Punkt hinzufügen, der nicht im Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses steht, dessen Besprechung aber schon notwendig ist: Ich nenne ihn Merkwürdigkeiten, die wir natürlich auch aufzuklären haben.

Lassen Sie mich vielleicht als Erstes eine kurze Chronologie geben. Sie werden überrascht sein, dass ich mit dem Gammelfleisch-Skandal beginne. Am 11. Oktober 2005 erhält das Ministerium nach eigenen Angaben Kenntnis vom Deggendorfer Ekelfleisch-Skandal durch das niedersächsische Verbraucherschutzministerium. Dass der Zoll bereits vorher ermittelt habe, habe der Zoll dem bayerischen Verbraucherschutzministerium nicht mitgeteilt.

13. Oktober 2005:

Mit einer sofort angeordneten Großrazzia bei 39 bayerischen Zwischenbehandlungsbetrieben für „Fleischnebenprodukte der Kategorie 3“ hat Bayerns Verbraucherschutzminister Werner Schnapp-

auf den ersten Schritt getan, Licht in die offenbar hochkriminellen Machenschaften zweier bayerischer Fleischbetriebe zu bringen.

– Das ist ein Zitat aus einer Erklärung des Ministeriums. Ich könnte jetzt der Reihe nach weitermachen und Ihnen die Chronologie-Happen weiter erläutern.

Die Reaktion auf den Gammelfleisch-Skandal war der übliche bayerische Viererschnitt: Erstens eine große Diskussion, zweitens Aktionismus, drittens Sonder- und Aktionsprogramme und viertens – oder war das doch erstens? – das Argument, wir in Bayern sind die Größten. Ich habe natürlich gewusst, wie das gemeint war, wo wir die Größten sind. Aber auch das werden wir in diesem Untersuchungsausschuss feststellen.

Die Probleme, die sich nach dem Gammelfleisch-Skandal aufgetan haben, waren folgende: Regelungs- und Kontrollmechanismen funktionierten definitiv nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Ein Informationsaustausch zwischen den einzelnen Behörden – die Informationen sollen in Ihrem Haus zusammenlaufen, um darauf reagieren zu können – fand definitiv nicht statt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Ich habe gerade über den Gammelfleisch-Skandal im Oktober 2005 gesprochen. Ab 2006 kam Berger Wild dazu.

Wie gesagt: Der Untersuchungsausschuss hat vier Aufgaben. Erstens. Die Versäumnisse sind aufzudecken. Ich darf Ihnen etwas aus dem Jahr 2005 vorlesen, was Berger insgesamt angeht: Nach Angaben der Gewerkschaft NGG werde die Bezirksregierung die Staatsanwaltschaft Landshut und die Kriminalpolizei in Passau auch über die hygienischen Mängel bei Berger Wild informieren. Die Staatsanwaltschaft dementiert. Das war am 13. Juli 2005. Das Hauptzollamt in Landshut übergibt drei Aktenordner an die Kriminalpolizei in Passau. Im sechsseitigen Ermittlungsbescheid heißt es, es bestehe auch der Verdacht, dass die Gesundheit von Menschen geschädigt werde, indem nicht genussfähiges Wildbret unter falschen Angaben in den Verkehr gebracht werde.

Genannt werden das Auffrischen durch injizierte Stärke und die Verwendung von Stabilisatoren. Auf eine weitere Aufzählung verzichte ich, weil Sie nachher noch zum Mittagessen gehen wollen. Weiter heißt es, bei zu erwartenden Kontrollen würden die Kühlhäuser geleert. Das Schreiben des Landrats Dorfner ist nach eigenen Angaben nicht bekannt. Das Polizeipräsidium stellt fest: Dazu gab es keine Veranlassung. Das Landratsamt wusste von Anfang an Bescheid.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her!)

Juli 2005: Nach Informationen des Bayerischen Rundfunks wird die Kriminalpolizei Passau von einem nicht genannten Briefschreiber über haarsträubende Hygienemängel und Manipulationen informiert. Ich möchte diese Punkte nur als kleine Details anfügen. Bei verschiedenen Behörden waren schon sehr lange Kenntnisse vorhanden. Passiert ist nichts.

Wir müssen uns außerdem im Untersuchungsausschuss über unzulässige Einflussnahmen unterhalten. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur den stellvertretenden Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Herrn Dr. Gerd Müller, nennen. Er hat sich zu diesem Thema – ich nehme an kenntnisreich – geäußert. Er hat als Erster den Begriff „Filz“ erwähnt. Das war nicht die SPD oder die Opposition.

(Thomas Kreuzer (CSU): Woher wissen Sie, dass das Kenntnisse sind?)

Das hat uns neugierig gemacht. Wenn Herr Müller schon weiß und sagt, dass es offensichtlich Filz gibt, muss man dem natürlich nachgehen. Wir werden das sehr genau und sehr ordentlich tun.

Damit komme ich zu den – wie ich sie nennen möchte – Merkwürdigkeiten. Wegen des Gammelfleisch-Skandals gab es eine Razzia. Ich habe in diesem Hause schon erklärt, was eine Razzia ist. Ich habe bereits den einen oder anderen Tatort gesehen und weiß, dass eine Razzia nur funktioniert, wenn sie nicht angekündigt ist. Jeder weiß, dass eine Razzia andernfalls etwas komisch wäre. Deshalb wurde in Bayern am 28. November – übrigens auf Veranlassung des Bundeslandwirtschaftsministeriums – eine Razzia durchgeführt, die 14 Tage dauerte. Prima! Am Tage des Beginns dieser Razzia gab es um 16.30 Uhr eine Pressemitteilung des Ministeriums. Das war am Beginn dieser Razzia.

(Henning Kaul (CSU): Herr Kollege, Sie schauen sich zu viele Krimis an!)

– Dieser Krimi wird vielleicht noch spannend. Bislang spreche ich nur über Merkwürdigkeiten. Zu Beginn dieser Razzia gab es eine Pressemitteilung des zuständigen Ministeriums und des zuständigen Ministers, wonach eine Razzia stattfindet. Das hat beeindruckt. Die Firmen haben sich gesagt: Aha, die kommen jetzt, dass mir keiner mehr was anrührt, die sollen das so vorfinden, wie es vorher war. So viel zum Thema Merkwürdigkeiten. Ich könnte noch viele solcher Punkte ansprechen.

Der entscheidende Punkt ist aber, dass bei der Regierung von Niederbayern, der Staatsanwaltschaft, dem Landratsamt, dem Landrat, der Kripo, den Veterinären usw. ein Wissen über die Vorgänge bei der Firma Berger vorhanden war, und zwar seit langer, langer Zeit. Was ist passiert? – Nichts.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das gibt es doch nicht!)

– Sie wissen offensichtlich auch schon so viel, wie ich vermute zu wissen.

Ich stelle fest, dass es auf anderen Gebieten eine sehr rührige Regierung und sehr rührige Vollzugsbeamte gibt. In Niederbayern gibt es eine Vorschrift, dass derjenige, der eine neue Wurst kreiert, nur drei bekannte Wurstsorten wieder neu verwursten darf. In Niederbayern hat sich ein Metzger gedacht, dass fünf Würste besser schmecken würden. Ihm war es egal, wie viele Würste drin sind, er hat nur danach entschieden, ob es ihm schmeckt oder nicht. Dann hat jemand festgestellt, dass dieser Metzger von dieser bürokratischen Norm, für die ihr zuständig seid, abgewichen ist. Dieser Fall ist dann aufgegriffen worden, und der Metzger hat ein Bußgeld von 200 Euro zahlen müssen. Bei einem solch „großen Sünder“ ist der Staat eingeschritten und hat sofort reagiert. Dieser Metzger hat eine Strafe erhalten.

(Zustimmung bei der SPD)

Bei der Firma, mit der wir es heute zu tun haben, gab es gar nichts. Das ist schon nicht mehr zum Lächeln oder zum Lachen. Hier wird es ernst. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Wir wollen in dem Untersuchungsausschuss außerdem eine Verbesserung des Verbraucherschutzes erreichen und deshalb über das Thema diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Der Verbraucherschutz kann durch eine solche Diskussion an Bedeutung gewinnen und aufgewertet werden, weil alle Menschen davon betroffen sind. Ich hoffe, dass dadurch die Kontrollmechanismen in Zukunft besser funktionieren und die Regeln eingehalten werden. Der Verbraucherschutz wurde – das ist meine momentane Kenntnis – in diesem Fall in gar keiner Weise angemessen berücksichtigt.

(Beifall bei der SPD)

Die Hauptaufgabe des Untersuchungsausschusses ist es deshalb, dafür zu sorgen, dass Verbraucherschutz für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern stattfindet. Dafür wird die Opposition sorgen, weil Sie dazu nicht in der Lage sind.

(Beifall bei der SPD)

Das ist für uns der entscheidende Punkt.

(Henning Kaul (CSU): Herr Kollege, Sie sehen als Verbraucherschützer sehr schlecht aus!)

Dieses Thema ist entscheidend, weil vor uns wichtige Fragen stehen.

(Henning Kaul (CSU): Die Verbraucher sind aufgeklärt!)

Vor uns liegt die Einführung der grünen Gentechnologie. Ich möchte zu diesem Thema nicht weiter ins Detail gehen. Ich sage aber: Egal, auf welcher Seite man steht, man wird nur etwas erreichen, wenn das Vertrauen in den

Verbraucherschutz in Bayern wieder gewährleistet ist. Dafür werden wir sorgen. Sie haben das mit Ihrem Haus und mit den zuständigen Behörden nicht geschafft. Die Skandale haben gezeigt, dass Sie dazu unfähig sind. Der Verbraucherschutz wird durch uns, durch diesen Untersuchungsausschuss, in Bayern wieder ordentlich vollzogen werden.

(Henning Kaul (CSU): Herr Kollege, Sie leben in einer Scheinwelt!)

Wir werden für diesen Erfolg kämpfen. Das wird Ihnen wehtun. Sie brauchen nur die Zeitung zu lesen. Ich kann Ihre Aufregung verstehen. Hier sind Sie nämlich ins Mark getroffen worden. Sie haben nicht nur mit Ministerien auf diese Herausforderung reagiert, sondern mit Inkompetenz und Unfähigkeit. Mit der Philosophie von drei asiatischen Affen können Sie in Bayern keine Politik machen.

(Alexander König (CSU): Was hat das alles mit dem Fragenkatalog zu tun? Das ist doch unglaublich! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Ich mache trotzdem weiter. Die Bürger brauchen wieder Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Behörden und der Ministerien. Dafür werden wir sorgen. Um was geht es eigentlich?

(Alexander König (CSU): Sagen Sie doch endlich etwas zum Fragenkatalog!)

– Das ist ein Bestandteil des Fragenkatalogs. Ich werde heute nicht die 180 Fragen auflisten. Das hätten Sie wohl gerne. Ich gehe vielmehr auf die Grundsätze ein. Entscheidend für diesen Untersuchungsausschuss ist, dass die Grundsätze derjenigen, die geschädigt wurden, nämlich derjenigen, die bisher für eine gute Qualität standen, also unsere Bauern, die Metzger und der Mittelstand, durch Ihre Politik ad absurdum geführt werden. Diesen Leuten müssen wir den Rücken stärken. Unsere Bauern produzieren gute Waren und haben es nicht verdient, dass sie durch schlampige Bürokratie ins Abseits gestellt werden.

(Alexander König (CSU): Das ist eine Regierungserklärung des Herrn Abgeordneten Müller! Herr Müller, hier geht es doch um den Untersuchungsausschuss!)

Qualität aus Bayern wird durch uns auch künftig wieder ein Gütesiegel werden.

(Henning Kaul (CSU): Das ist ja ein völlig neuer Müller!)

– Du wirst dich noch wundern. Ich komme zum Schluss. Herr Minister, ich habe etwas gehört, von dem ich nicht weiß, ob es stimmt. Wir werden im Ausschuss dazu Fragen stellen.

(Henning Kaul (CSU): Sie werden sich über die Antworten wundern!)

Ich habe gehört, dass Sie sich nach dem Wildfleisch-Skandal Berger im Ministerium bestätigen ließen, dass Sie von all diesen Dingen nichts gewusst haben. Ich weiß nicht, ob das stimmt. Ich habe es gehört. Wir werden dazu Fragen stellen. Wenn das so wäre, wäre das in der Tat lustig, wenn ich es einmal höflich formulieren darf. Das würde bedeuten, dass sich ein Minister dies bestätigen lässt in der Hoffnung, dass er dann nicht verantwortlich ist. Herr Minister, ich hätte erwartet, dass Sie als Erstes darüber sprechen, wer in Ihrem Haus dafür zuständig ist, dass Sie so lange Zeit – wie der Gammelfleisch-Skandal gezeigt hat – nichts gewusst haben. Das würde ich mir wünschen. Das wäre vernünftig.

Wie gesagt: Wir werden durch den Untersuchungsausschuss den Verbraucherschutz in Bayern wieder herstellen. Das ist das erste Ziel. Was dann noch kommt, werden wir sehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Redner folgt nun Kollege Sprinkart.

Adi Sprinkart (GRÜNE) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf vielleicht vorweg die Worte des Kollegen Müller aufnehmen: Wenn es so wäre, dass im Jahre 2001 der Verbraucherschutz dadurch an enormer Bedeutung gewonnen hat, dass ein eigenes Verbraucherschutzministerium gegründet worden ist und der Verbraucherschutz aus dem Sozialministerium herausgenommen worden ist, müsste auch der Umkehrschluss gültig sein, wonach durch die Auflösung des Ministeriums und die Eingliederung in das Umweltministerium der Verbraucherschutz in Bayern deutlich an Bedeutung verloren hat. Ich glaube, dass die Herauslösung des Verbraucherschutzes aus dem Sozialministerium und die Gründung eines eigenen Ministeriums dem zweiten Punkt Ihres Viererschrittes geschuldet ist, nämlich dem Aktionismus, und keine anderen Hintergründe hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wir im Zusammenhang mit den Skandalen sehen, war der Verbraucherschutz beim Sozialministerium offensichtlich besser aufgehoben als beim Umweltministerium.

Der Untersuchungsausschuss befasst sich mit dem wichtigen und heiklen Thema Lebensmittelsicherheit, dem Verbraucherschutz und der Frage, wie die bayerischen Behörden damit umgegangen sind bzw. umgehen. Konkret wird das am Ekelfleischskandal in Deggendorf und am Wildfleischskandal bei der Firma Berger in Passau zu untersuchen sein. Insider sind sich sicher – das haben wir bei der Anhörung zur Lebensmittelsicherheit im Landtag gehört –, dass es sich bei diesen Fällen nur um die Spitze eines Eisbergs handelt. Es stellt sich für uns die Frage, ob das auch auf das Verhalten bayerischer Behörden, die mit Verbraucherschutz befasst sind, zutrifft. Ich hoffe nicht.

Unserer Meinung nach gibt es in diesen beiden Fällen schwere Versäumnisse, die sich schon allein daran festmachen lassen, dass nicht die zuständigen Veterinärbe-

hörden diesen Skandal aufgedeckt haben, sondern das jeweils der Zoll war. Wenn man sieht, dass Staatsanwaltschaft und Zoll im Fall Berger ganz offensichtlich die Zuverlässigkeit der Veterinärbehörden bezweifelten, dann vermute ich: Sie werden ihre Gründe dafür gehabt haben. Dass zumindest im Fall Deggendorf beim K-3-Material eklatante Lücken im Kontrollsystem ans Tageslicht kamen, ist unstrittig. Es gab viele Vorschläge, wie man diese Lücken schließen könnte. Ich nenne als Beispiel nur die Einfärbung von K-3-Material. Bedauerlicherweise wurde bisher – ein gutes halbes Jahr nach Bekanntwerden des Skandals – so gut wie nichts umgesetzt. Dann haben Sie, Herr Minister Schnappauf, als Folge des Berger-Skandals groß angekündigt, in der Veterinärverwaltung werde ein Rotationssystem eingeführt, etwas, was wir sehr begrüßen. Davon hört man jetzt nichts mehr. Offensichtlich haben Sie sich gegen ihre eigenen Veterinäre nicht durchsetzen können. Angeblich soll es nur eine Sparrotation geben.

Es gibt – um es einmal vorsichtig zu formulieren – viele Ungereimtheiten. Lassen Sie mich einige davon anführen:

Erstes Beispiel: Beim Deggendorfer Ekelfleischskandal behaupteten Sie, Herr Minister Schnappauf, von Anfang an, eine Umdeklaration des K-3-Materials habe ausschließlich auf der Straße stattgefunden und nicht im Betrieb in Deggendorf. Deshalb hätte der zuständige Amtsveterinär davon überhaupt nichts bemerken können. Plötzlich wurde dann auch im Betrieb umdeklariert, aber aufgrund eines angeblich doppelten Rechnungssystems konnte der Veterinär wieder nichts bemerken. Das ist Reinwaschung à la Schnappauf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweites Beispiel, der Umgang mit Betrieben, die rechtswidrig K-3-Material gelagert hatten. In zwei Fällen – in der Regel kleine Betriebe – wurde der Laden sofort dichtgemacht, in einem Fall wurde das Kühlhaus desinfiziert und dann ganz normal weiterbetrieben, in einem Fall wurde das Kühlhaus gesperrt, während der Betrieb unter besonderer Kontrolle – was das auch immer heißen mag – weiterproduzieren durfte. In dem einzigen Fall, in dem K-3-Material nicht nur in einem für Lebensmittel zugelassenen Kühlraum, sondern auch zusammen mit Lebensmitteln gelagert wurde, wurde das K-3-Material aus dem Kühlraum entfernt, und dann wurde ganz normal weitergearbeitet. Dreimal dürfen Sie raten, wer der letztere Betrieb war – die Firma Berger in Passau. Dritter Fall: Bei einem kleinen K-3-Händler wurde ein Durchsuchungsbeschluss innerhalb von 24 Stunden vollzogen, bei der Firma Berger nach einem Dreivierteljahr.

Schließlich hoffe ich, dass wir auch die Frage klären können, warum Herr Berger völlig unbeirrt mit seinen Machenschaften weitermachte, obwohl er wusste, dass die Staatsanwaltschaft im Frühjahr 2004 mit der Kopie seiner Festplatte belastendes Material gegen ihn in Händen hielt. Nach der Beschlagnahmung seiner Festplatte hat selbst Max Strauß mit seinen fragwürdigen Geschäften aufgehört, aber die Firma Berger offensichtlich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es stellt sich die Frage: War das bei Berger gnadenlose Selbstüberschätzung oder das Wissen um einflussreiche Freunde?

Sie sehen, dem Untersuchungsausschuss wird es an Arbeit nicht mangeln. Der Untersuchungsausschuss soll aber – das will ich zum Schluss ausdrücklich betonen – nicht in der Aufklärung des Fehlverhaltens der bayerischen Behörden stecken bleiben. Die entscheidende Bedeutung dieses Ausschusses liegt für uns darin, durch das Abstellen dieses Fehlverhaltens einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Verbraucherschutzes im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern zu leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege König.

Alexander König (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach den allgemeinen politischen Ausführungen der Vorredner, insbesondere des Kollegen Müller, darf ich zum eigentlichen Thema zurückkommen, nämlich zu dem Fragenkatalog, den wir heute im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss verabschiedet werden, sowie zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses; das ist das, was auf der Tagesordnung steht.

Herr Kollege Müller, wir haben ein gewisses Verständnis dafür und sehen es mit einer gewissen Heiterkeit, dass Sie die Gelegenheit wahrnehmen, um eine Müllersche Regierungserklärung zum Verbraucherschutz abzugeben. Das eigentliche Thema ist aber die Einsetzung des Untersuchungsausschusses und der Fragenkatalog. Es gab in diesem Zusammenhang genügend, worüber es im Vorfeld zu lächeln gab. Bei der Erstellung des Fragenkatalogs haben sich die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN einen etwas komisch anmutenden Wettlauf sowohl um die besseren Fragen als auch vor allem um die besseren Medientermine geliefert; das hat bereits zu großer Heiterkeit geführt.

Umso mehr haben wir uns gefreut, dass es dann viel einfacher war, als Sie sich endlich einmal auf gewisse Fragen einigen konnten, und mit uns von der CSU-Fraktion klären wollten, welche dieser Fragen zulässig sind und welchen dieser Fragen wir zustimmen können. Wir waren also zusammengesessen, haben uns den von Ihnen zusammengestellten Fragenkatalog angeschaut und müssen dann letztlich diesen Fragenkatalog auf seine rechtliche Zulässigkeit prüfen. Ich betone hier: Ausschließlicher Maßstab dieser Überprüfung, die wir miteinander vorgenommen haben, ist die rechtliche Zulässigkeit der Fragen nach dem Untersuchungsausschussgesetz und nach der Rechtsprechung. Kein Maßstab ist, Herr Kollege Dürr, ob die Fragen sinnvoll erscheinen, ob sie zielführend sein können oder ob sie angemessen sind; auch in diesem Zusammenhang gäbe es einige Anmerkungen zu Ihren Fragen zu machen; denn wenn letztere Kriterien der Maßstab für den Fragenkatalog wären, dann gäbe es diesen so nicht, jedenfalls nicht mit uns, weil er aus unserer Sicht überflüssig ist. Es liegt uns sehr viel an einem wirksamen

Verbraucherschutz, und es liegt uns auch sehr viel an der Aufklärung von Fehlern. Aber die Art und Weise, wie man das tut, sollte auch dem Grunde nach geeignet sein, zu einem Ergebnis zu führen.

Wie Sie wissen, wurden in diesem Hause in einer Vielzahl von Reden und Berichten die mit dem Fleischskandal aufgeworfenen Fragen bereits erörtert. Ich darf Sie daran erinnern, dass im Rahmen von Plenarsitzungen allein 23 Mündliche Anfragen im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Deggendorfer Frost GmbH und um die Berger Wild GmbH gestellt wurden, dass Herr Staatsminister Dr. Schnappauf bereits dreimal – am 19. Oktober 2005, am 30. November 2005 und am 31. Januar 2006 – vor dem Plenum Erklärungen zu dem ganzen Fragenkomplex abgegeben hat, dass im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz Staatssekretär Dr. Bernhard am 8. Dezember einen mündlichen Bericht

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Lauter Ausflüchte!)

mit Aussprache zum schriftlichen Bericht des Staatsministeriums gegeben hat, dass Staatsminister Dr. Schnappauf am 23. Februar 2006 in diesem Ausschuss einen mündlichen Bericht gegeben hat, dass den Landtagsfraktionen zu diesem Bericht vom 23. Februar eine 15 Seiten umfassende Chronologie zu dem Vorgehen um die Firma Berger Wild GmbH in Passau übermittelt wurde, dass eine Antwort zum Fragenkatalog der SPD-Fraktion mit 31 Seiten Umfang übermittelt wurde und dass es einen Abschlussbericht der Sonderkommission „Wild“ gibt, der ebenfalls an die Fraktionen übermittelt wurde.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Darüber hinaus hat das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zum Beschluss des Landtags vom 30.11.2005 betreffend die Stärkung und Kontrolle der Fleischindustrie am 07.02.2006 dem Landtag schriftlich berichtet usw. Ich will Sie nur daran erinnern, dass hier bereits in einer Vielzahl von Sitzungen, Anfragen und Berichten der gesamte Themenkomplex erörtert wurde.

Herr Kollege Müller, deshalb kann es nicht verwundern, dass Sie weniger darüber gesprochen haben, was hier vielleicht zu klären ist, sondern dass Sie hier die aus Ihrer Sicht zutreffenden Ergebnisse, die Sie all diesen Berichten, Anfragen usw. entnommen haben, vorgetragen haben. Insofern haben Sie aus meiner Sicht an dem Thema vorbei gesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nach unserer Überzeugung ist nicht zu erwarten, dass der Untersuchungsausschuss weitere neue Kenntnisse zutage fördern wird.

(Zuruf von der SPD: Woher wissen Sie das?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir daher, dass ich zumindest jenen Kolleginnen und Kol-

legen, die in diesem Untersuchungsausschuss – wahrscheinlich in unzähligen Sitzungen – mitwirken dürfen, an der Stelle schon meine Anerkennung und mein Mitgefühl ausspreche. Zumindest aus der Sicht der CSU-Fraktion könnte man diese Zeit, die sie dort verbringen werden, mit Sicherheit sinnvoller nutzen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Fragenkatalog im Einzelnen: Wir haben bei der juristischen Nachschau, ob die Fragen zulässig sind, die von Ihnen auch dieses Mal wieder in den ersten Entwürfen eingebrachten Unterstellungen, die vorweg genommenen Urteile und Wertungen eliminiert. Wir haben darüber hinaus natürlich prüfen müssen, ob die Fragen, die zumindest aufgrund vager Anhaltspunkte in den Medien oder irgendwo anders einmal aufgetaucht sind, zulässig sind. Wir haben also die zeitliche Rückwirkung einvernehmlich begrenzt auf Fragen betreffend die Zeit bis zum Jahr 1995, jedoch nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil die Regeln zur Aktenaufbewahrung nicht mehr hergeben werden. Wir haben auch Fragen, die ein Schuss ins Blaue sind nach dem Motto, wer sonst noch ein bisschen etwas wissen könnte, streichen müssen, weil sie nicht zulässig sind.

Ich möchte an der Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass eine Frage bezüglich der Behandlung des Themenkomplexes im Bayerischen Kabinett nur insoweit zulässig ist, als gefragt werden darf, ob das Kabinett einen Beschluss gefasst hat, ja oder nein. Dagegen sind Fragen danach, wer da ein bisschen etwas gesagt hat, was da sonst noch gesprochen wurde und was dazu sonst noch beigebracht wurde, unzulässig, weil diese Fragen den Kernbereich der Exekutive betreffen und das Fragerecht dem nicht zugänglich ist.

Ausdrücklich möchte ich auch darauf hinweisen, dass die Frage im Komplex B.I Nummer 14 aus unserer Sicht erheblichen Bedenken unterliegt, zumal hier mehr oder weniger bösartig der Staatsanwaltschaft allgemein unterstellt wird, sie komme ihren Pflichten nicht nach. Ich will hier ausdrücklich darauf hinweisen, dass diese Frage aus unserer Sicht mehr als bedenklich ist. Aber sie ist nun einmal leider zulässig.

Im Ergebnis haben wir jetzt einen aus unserer Sicht zulässigen Fragenkatalog. Wir stimmen diesem Fragenkatalog nur deshalb zu, weil er rechtlich zulässig ist. Im Übrigen gehen wir weiterhin davon aus, dass auch dieser Untersuchungsausschuss leider organisierte Zeitverschwendung sein wird.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine verfahrensleitende Anmerkung: Wir schließen gleich den Tagesordnungspunkt 16 – Untersuchungsausschuss – ab. Dann werden als nächster Punkt der Hochwasserantrag und als letzter die Mittelstandsförderung beraten; damit Sie wissen, wie es weitergeht.

Wir kommen auf Tagesordnungspunkt 16 zurück. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Des-

wegen ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt eine Neufassung des Antrags. Ich verweise insoweit auf Drucksache 15/5513. Wer dieser Neufassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so angenommen.

Nach dem soeben gefassten Beschluss besteht der Untersuchungsausschuss aus insgesamt neun Mitgliedern. Die CSU-Fraktion hat das Vorschlagsrecht für sechs Mitglieder, die SPD-Fraktion für zwei Mitglieder und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN für ein Mitglied. Für jedes Mitglied ist von den jeweils vorschlagsberechtigten Fraktionen ein stellvertretendes Mitglied zu benennen.

Hinsichtlich der von den Fraktionen als Mitglieder bzw. als stellvertretende Mitglieder vorgeschlagenen Kolleginnen und Kollegen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Ich gehe davon aus, dass über die vorgeschlagenen Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder gemeinsam abgestimmt werden soll.

Wird Einzelabstimmung und Vorstellung beantragt? – Nein, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich so abstimmen. Wer mit der Entsendung der in der aufgelegten Übersicht genannten Kolleginnen und Kollegen in den Untersuchungsausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(siehe Anlage)

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags bestellt die Vollversammlung den Vorsitzenden sowie den stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses. Vorsitzender und Stellvertreter müssen jeweils verschiedenen Fraktionen angehören. Das Vorschlagsrecht für den Vorsitzenden steht nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags der CSU-Fraktion zu. Als Vorsitzenden hat die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Thomas Kreuzer vorgeschlagen. Als dessen Stellvertreter wurde von der SPD-Fraktion Herr Kollege Herbert Müller benannt.

Ich gehe davon aus, dass wir auch über diese beiden Vorschläge gemeinsam abstimmen können. – Kein Widerspruch. Wer mit den Vorschlägen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist auch das einstimmig so beschlossen. Damit haben wir Tagesordnungspunkt 16 erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden.

Ich rufe die noch offene Listennummer 19 auf, zu der vonseiten der SPD-Fraktion Einzelberatung beantragt worden ist.

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD)

Vorsorge gegen Hochwasser (Drs. 15/4845)

Ich eröffne die Aussprache. Redezeit pro Fraktion: 15 Minuten. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Werner-Muggendorfer.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Mir ist natürlich klar, dass der Antrag vom Februar die Geschäftsgrundlage nicht mehr ganz hat, die er damals hatte.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wir möchten aber doch die Gelegenheit nutzen, heute das Thema trotzdem anzusprechen und einen Teil der Hochwasserschutzproblematik zu betrachten, weil wir die Sorge haben, dass wir nächstes Jahr vor denselben Problemen stehen werden, was die Ausstattung der Wasserwirtschaftsämter anbelangt.

Im Februar hat uns ein drohendes Hochwasser dazu veranlasst, möglichst viel zu fordern, damit geplante Vorhaben beim Hochwasserschutz verwirklicht werden können. Damals haben in den Wasserwirtschaftsämtern finanzielle Probleme vorgeherrscht; beispielsweise waren Hochwasserschutzmaßnahmen geplant, die Grundstücke gekauft, die Beiträge der Beteiligten klar. Ich erinnere nur an meine Heimatgemeinde, wo die so genannten Begünstigten, also die vom Hochwasser Betroffenen, auch ihren finanziellen Anteil leisten. Es war alles klar, ein Teil jedoch nicht, nämlich die finanzielle Beteiligung des Freistaats.

Einige andere Gemeinden haben uns darauf aufmerksam gemacht, dass Projekte nicht umgesetzt werden können, weil der finanzielle Anteil des Freistaates fehlt. Das war ein Grund, weshalb wir damals gefordert haben, dass alle Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, um den Hochwasserschutz möglichst bald angehen zu können.

Das Problem ist tatsächlich, dass die Wasserwirtschaftsämter Maßnahmen nicht ausschreiben konnten, weil – so wurde es uns dann erklärt – der Haushalt noch nicht beschlossen war und die späte Verabschiedung des Nachtragshaushalts dazu geführt hat, dass in den Wasserwirtschaftsämtern die Maßnahmen nicht ausgeschrieben werden konnten, was dann wieder bedeutet, dass Maßnahmen erst im späten Sommer begonnen werden können und zum Teil nicht in diesem Jahr fertig gestellt werden können.

Ich möchte nicht darüber nachdenken, was passiert, wenn gerade diese betroffenen Gemeinden in diesem Sommer wieder Hochwasser haben, wenn dann wieder überall das Wasser steht und man die Hände über dem Kopf zusammenschlägt. Man hätte das sicher verhindern können, wenn man die Gelder zeitiger zur Verfügung gestellt hätte. Ich denke, dass die Menschen vor Ort kein Verständnis für die Handhabung dieser finanziellen Regelung haben werden.

Einen Aspekt möchte ich noch herausgreifen; das ist die finanzielle Beteiligung der Kommunen. Das ist in letzter Zeit ein starkes Thema und wäre eigentlich ein Thema für sich. Ich will es nur ansprechen. Klar muss auch sein, dass für Gewässer erster Ordnung der Freistaat zuständig ist und niemand anderer, dass der Freistaat eigentlich der Financier der Maßnahmen sein müsste. Aber die Anteile der Beteiligten – „Begünstigten“ heißt es ja so schön, das sind die, die das Hochwasser haben – werden ausgehandelt wie auf dem Basar. Man hat den Eindruck, dass das in jeder Gemeinde anders gehandhabt wird. Ich weiß nicht, wonach es geht. Geht es nach dem Verhandlungsgeschick der Bürgermeister, oder wonach wird gehandelt? Es gibt keine klare Regelung, und das ist etwas, was abgestellt werden muss. Es muss eine klare Regelung geben für die Gemeinden, damit sie wissen, woran sie sind und wie sie ihren Haushalt aufstellen sollen, wenn sie denn ihre finanzielle Beteiligung bringen wollen.

Das Problem ist einfach, dass sich Flüsse nicht an Regierungsgebietsgrenzen oder an Wasserwirtschaftsamtsgrenzen halten. Deshalb kann es auch nicht sein, dass es in jedem Wasserwirtschaftsamt anders gehandhabt wird. Letzte Woche hieß es zum Beispiel bei dem einen Wasserwirtschaftsamt: Bei uns ist der Beteiligtenbeitrag 38 %. Ein paar Kilometer weiter, ein anderes Wasserwirtschaftsamt, da hieß es: 35 %. Ich denke, das kann nicht sein. Das muss ordentlich geregelt werden, und einheitlich wäre es natürlich am besten.

Ein weiterer Punkt unseres Antrags beschäftigt sich mit der Vorsorge, wenn die Katastrophe schon droht. Das sind die Pegelmessstände, die unserer Meinung nach noch verbessert werden müssen. Es müssen wirklich genügend Pegel aufgestellt werden, weil sich die Bevölkerung an irgendetwas orientieren muss. Man muss sehen: Was bedeutet es, wenn der Pegel steigt? Was bedeutet dieser Stand für mich, für meinen Keller, für mein Erdgeschoss? Heuer im Winter war festzustellen, dass Pegel beschädigt waren. Diese muss man wieder in Ordnung bringen, sie instand setzen. Es muss gewährleistet sein, dass die Wasserwirtschaftsämter Gelder haben, um das in Ordnung zu bringen.

Vom Vorwarnsystem Wetterprognose will ich jetzt gar nicht sprechen. Beim letzten Hochwasser war es so, dass es neun verschiedene Wetterprognosen gab und es wirklich am Geschick der Wasserwirtschaftsämter lag, die richtige herauszusuchen und danach Vorsorge zu treffen.

Wir haben in diesem Antrag zwei Aspekte herausgegriffen. Es gibt, wie gesagt, wesentlich mehr. Meine Sorge ist, dass wir nächstes Jahr wieder in derselben Situation sein werden, dass dann, wenn wir den Doppelhaushalt beraten, wieder das Geld bei den Wasserwirtschaftsämtern nicht bereitgestellt werden kann. Darum handeln wir vorbeugend, damit im nächsten Jahr anders gehandelt wird, weil die Wasserwirtschaftsämter eine größere Sicherheit haben, was sie an Geldern zur Verfügung haben.

Ich erkenne die Anstrengungen der Bayerischen Staatsregierung nicht; das muss ich ganz ehrlich sagen. Es wird auf diesem Gebiet sehr viel getan. Allerdings muss ich

auch sagen, dass gerade eine verzögerte Finanzausschüttung und solche Dinge zu viel Verärgerung vor Ort sorgen, wenn Maßnahmen nicht umgesetzt werden können. An dieser Stelle muss ich den Wasserwirtschaftsämtern ein großes Lob aussprechen, weil sie wirklich hervorragende Arbeit leisten. Sie haben es nicht leicht, weil sie lange nicht wussten, was mit ihnen geschieht. Ich denke, die Entscheidung, die Wasserwirtschaftsämter bestehen zu lassen, war auf jeden Fall die richtige.

Leider werden wir uns, fürchte ich, auch in diesem Jahr wieder verstärkt mit dem Thema auseinander setzen müssen. Wir wissen alle, Klimaveränderung, abschmelzende Gletscher usw., weniger Rückhalt in den Bergen und in den Schutzwäldern werden dazu führen, dass wir das Thema immer wieder auf der Tagesordnung haben werden. Deshalb müssen wir jetzt schon darüber nachdenken, dass genügend finanzielle Mittel bereitgestellt werden und dass in diesem Bereich keine Haushaltsperren erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, ich bin jetzt wirklich enttäuscht,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Echt?)

weil ich erwartet habe, dass dann, wenn Sie mit Ihrer Fraktion einen Dringlichkeitsantrag vom 22. Februar heute hochziehen, auch wirklich Neuigkeiten kommen, neue Fragestellungen oder eventuell sogar konstruktive Anregungen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Der Regen kommt!)

Von daher bin ich enttäuscht, weil wir diesen Antrag schon in mehreren Ausschüssen intensiv diskutiert haben: im Umweltausschuss am 9. März, im Innenausschuss am 5. April, im Haushaltsausschuss am 6. April. Wir haben das Ganze noch vor dem Hintergrund diskutiert, dass am 2. Februar in einer gemeinsamen Sitzung des Umweltausschusses und des Innenausschusses der zuständige Umweltminister sehr ausführlich über die Situation des Hochwasserschutzes und des Hochwasserschutzprogramms 2020 berichtet hat. Daran hat sich eine intensive Diskussion angeschlossen,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das nutzt uns jetzt gar nichts!)

in der wir genau die Punkte, die Sie in Ihrem Antrag heute wieder bringen, erläutert, abgestimmt und geklärt haben.

Von daher fehlt mir die Begründung und auch das Verständnis, dass dieser Antrag heute wieder hochgezogen

wird, außer – und dafür hätte ich wirklich Verständnis, auch wenn er dann ins Leere geht – dass Sie aufgrund der derzeit laufenden Hochwasserschutzkonferenzen, die Sie landesweit abhalten,

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Mit großem Erfolg!)

zeigen müssen, dass Sie auch im Landtag den einen oder anderen Antrag stellen, auch wenn er ins Leere geht.

Warum geht er ins Leere, liebe Kolleginnen und Kollegen? Erster Punkt Hochwasserschutzprogramm 2020, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen oder schon gar nicht anerkennen. Meine Damen und Herren, noch nie wurden in einem Jahr, und dies in den nächsten drei Jahren fortlaufend

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Weil der Bund es bezuschusst!)

– ich komme gleich darauf –, so große Beträge in den investiven Hochwasserschutz gesteckt

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist auch gut!)

mit 150 Millionen Euro pro Jahr 2006, 2007, 2008, wie es heute der Fall ist.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch wunderbar!)

Auch dies bitte ich, einmal anzuerkennen

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Habe ich!)

oder zumindest zu akzeptieren, dass dies in den nächsten drei Jahren der Fall ist, meine Damen und Herren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Habe ich gemacht!)

Wenn Sie, Frau Kollegin, jetzt sagen, da sind ja auch Bundesmittel dabei

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Natürlich!)

mit 33 Millionen pro Jahr, also insgesamt 99 Millionen,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Darf man das nicht sagen?)

dann muss ich sagen: Selbstverständlich stimmt dies. Aber ich frage mich, was daran negativ sein soll.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch nicht negativ! Sie vergessen bloß, es zu sagen!)

Sie stellen dies so dar, als wären das sozusagen zweitrangige Mittel, die vom Bund kommen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Erstrangige!)

Wir sind sehr froh,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir auch!)

dass diese zusätzlichen Bundesmittel, die über die Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz als Sondermittel in den nächsten drei Jahren kommen, die Anstrengungen des Freistaates unterstützen und dieses Programm mit 150 Millionen – ich betone es noch einmal: 2006 150 Millionen, 2007 und 2008 der gleiche Betrag – in den Hochwasserschutz geht.

Wie schaut dieser Hochwasserschutz aus? Ich denke, auch dies wurde in den letzten Wochen immer wieder – mündlich und schriftlich – dargestellt und belegt. Es gibt drei Eckpfeiler. Einer davon sind die natürlichen Überschwemmungsflächen, die forciert werden sollen, gerade auch im Bereich Gewässer Dritter Ordnung. Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, ich denke, dies ist schon ein entscheidend wichtiger Punkt. Sie wollten darüber reden, ich nicht.

Deshalb reden wir darüber, dass auch für Gewässer Dritter Ordnung von der Quelle bis zum Ende des Flusslaufes – das ziehen Sie immer wieder in Zweifel, obwohl das alles x-mal dargelegt worden ist –

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das erkenne ich doch an!)

diese Mittel mit eingesetzt werden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja, das ist auch interessant!)

Der zweite Eckpunkt ist der technische Hochwasserschutz mit Poldern, mit Deichen, mit Schutzmauern, mit Hochwasserspeichern. Der dritte Eckpunkt ist die Hochwasservorsorge. Das sind die drei Säulen, die dieses Hochwasserschutzprogramm ausmachen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und dann muss man wissen, was das Wasserwirtschaftsamt an Grenzen gesetzt bekommt!)

Ein weiterer Punkt Ihres Antrags zielt auf die Haushaltssperren. Auch hierzu eine Anmerkung. Aus dem Protokoll vom 9. März – Sie gehören dem Umweltausschuss nicht an – geht klar hervor, dass die Mittelanforderungen, und zwar alle, die für 2005 rechtzeitig eingegangen sind, auch bedient wurden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das liegt an der Beteiligung!)

Auch dies ist Fakt und wurde im Umweltausschuss vom Vertreter des zuständigen Ministeriums dargelegt. Das kann im Protokoll nachgelesen werden. Ich bitte also, das anzuerkennen oder zumindest so anzunehmen und nicht durch x-maliges Nachfragen zu suggerieren, es passiere nichts.

Was die Haushaltssperren angeht, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen, darf ich folgendermaßen zusammenfassen:

Erstens. Die Mittel für das Hochwasserschutzaktionsprogramm, die anteilig von der EU, aus Bundesmitteln, Beteiligtenbeiträgen oder Eigenmitteln der Vorhabensträger kommen, sind grundsätzlich sperrefrei. Sie können nach dem Haushaltsrecht überhaupt nicht mit einer Sperre belegt werden.

Zweitens erinnere ich an die aktuelle Information, dass das Finanzministerium die investiven Landesmittel, die für den Hochwasserschutz für das laufende Jahr 2006 vorgesehen sind, unter vollständiger Freistellung von den Einschränkungen des vorläufigen Haushaltsvollzugs bewilligt hat.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wann?)

– Mit Schreiben vom 30.03., so wie es mir vorliegt, definitiv so geschehen!

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau! Stimmt! – Ludwig Wörner (SPD): Aber Landesmittel gibt es kaum! Es sind nur Bundes- und Europamittel!)

– Das war Ihre Fragestellung im Antrag, Herr Kollege Wörner, nicht die meine. Diese Information bitte ich also so zu akzeptieren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ich frage mich nur, warum die Wasserwirtschaftsämter nicht ausschreiben!)

Ein weiterer Punkt waren Ihre Nachfragen bezüglich der Hochwasservorsorge. Diese Fragen hat Kollege Wörner im Ausschuss mit dem Beispiel Sirenen in Augsburg konkretisiert. Aus dem Bericht der gemeinsamen Ausschusssitzungen geht sehr klar hervor, dass eine ganze Reihe gerade von Hochwasservorsorgemaßnahmen, sei es aus dem Bereich des Umweltministeriums, sei es aus dem Bereich des Innenministeriums, im laufenden Jahr zusätzlich vorgehalten wird. Ich erinnere an das zusätzliche Förderprogramm Sandsackabfüllanlagen, ich erinnere an die Aufstockung der Sandsackreserven, ich erinnere an die Schulung der Einsatzkräfte im Bereich der Führungsgruppe Katastrophenschutz sowie an die verstärkte Vernetzung im Bereich Katastrophenschutz und Wasserwirtschaftsverwaltung. Darüber hinaus erinnere ich an die Checkliste hochwassergefährdeter Gebiete für die Bevölkerung. Diese Punkte sind dargestellt worden.

Ich bitte noch einmal, hier nicht zu suggerieren und wider besseres Wissen zu behaupten, diese Dinge liefen nicht oder es würde nicht wirklich engagiert gearbeitet. Es

wurden noch nie so viele Finanzmittel eingesetzt wie jetzt. Deshalb geht dieser Antrag ins Leere; er ist überflüssig, und die CSU lehnt ihn ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Magerl, anschließend Herr Staatssekretär Dr. Bernhard.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur einige ganz wenige Worte zu dem Antrag. Ihm ist ein Schicksal widerfahren, wie es des Öfteren Dringlichkeitsanträgen in diesem Hohen Hause widerfährt, dass sie verdammt lange brauchen, bis es zur Endabstimmung kommt. Infolgedessen ist auch bei diesem Antrag einiges hinaufgezogen worden. Wir werden uns deshalb bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthalten. Der Hochwasserschutz ist uns sehr wichtig, aber mir fehlen für die jetzt hier geäußerten Befürchtungen der SPD-Fraktion die Belege. Deshalb werden wir uns, wie gesagt, enthalten.

Ich möchte für die Fraktion der GRÜNEN feststellen, dass sich die Wasserwirtschaft in den letzten Jahren deutlich bewegt hat. Es ist einiges geschehen. Wir erkennen die Arbeit an, die die Wasserwirtschaftsämter leisten.

Auch bei der Vorhersage ist einiges verbessert worden; auch das kann man konzedieren. Gerade der Hochwassernachrichtendienst, mit dem man in der Vergangenheit immer Probleme hatte, ist besser geworden. Ich habe angesichts der anschwellenden Flüsse und Bäche in diesem Frühjahr immer wieder nachgesehen, ob sich ein größeres Hochwasser entwickelt, wie es die SPD befürchtet hat. Ich bin überall in ausreichendem Umfang informiert worden.

Wie gesagt, es hat sich einiges bewegt, unter anderem auch aufgrund der Initiativen der Opposition in diesem Hohen Hause. Wir haben ja immer gefordert, dass der Hochwasserschutz verbessert wird. Wir werden auch in Zukunft noch deutlich mehr Mittel bereitstellen müssen, gerade angesichts der neuesten Vorhersage des Max-Planck-Instituts in Hamburg. Dieses Institut hat regionale Vorhersagen gemacht, aus denen klar und deutlich hervorgeht, dass die Winterregen bei uns um 30 % zunehmen werden. In diesen Berichten sind bereits Vorschläge enthalten, dass man beim Hochwasserschutz beim Freibord in etwa 15 % höher gehen muss. Das werden in Zukunft Aufgaben sein, denen wir uns stellen müssen. Aber über den Antrag – tut mir Leid – ist die Zeit etwas hinweggegangen, und deshalb enthalten wir uns der Stimme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung des Kollegen Wörner bekommen. Die will ich vorziehen. Bitte, Herr Kollege.

Ludwig Wörner (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hintersberger hat dafür gesorgt, dass ich noch einiges gera-

derücken muss. Herr Kollege Hintersberger, man sollte durchaus immer deutlich machen, wer welches Geld ausgibt. Vom Freistaat Bayern kommt sehr wenig. Das meiste fließt aus Berlin, aus Brüssel und von den Gemeinden, die über die Abwassergebühren beteiligt werden, und zwar kräftig. Da sollte man nicht so tun, als würde man sein eigenes Geld ausgeben. Es ist übrigens Steuergeld und damit immer Geld von Bürgern. Dort soll das Geld dann auch wieder landen. Deswegen war unser Antrag zu dem Zeitpunkt, zu dem wir ihn stellten, völlig richtig.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben folgende Haushalts-situation: Die Mittel sind entsperrt worden. Nach haushaltsrechtlichen Vorgaben dürfen jetzt die Wasserwirtschaftsämter ausschreiben. Gleichzeitig verlieren wir ein Jahr im Hochwasserschutz; denn wenn jetzt ausgeschrieben wird, kann die Arbeit frühestens im Spätherbst vergeben werden. Sie wissen genauso gut wie ich, dass man im Spätherbst mit Hochwasserschutzmaßnahmen nicht mehr beginnen kann.

Nun will ich noch zwei andere Dinge ansprechen, wie das so in Bayern läuft. Da lässt man Eschenlohe im wahrsten Sinne des Wortes absaufen.

(Henning Kaul (CSU): Fangen Sie doch nicht wieder an, das herauszuholen!)

Und dann fährt der Ministerpräsident hin, verspricht den Eschenlohern Soforthilfe und Sofortmaßnahmen, und als dann die so genannte Hilfe im Gemeinderat landet, stellt sich heraus, dass die Zinsen des Darlehens höher sind als bei einem Bankdarlehen. Also, wenn sie zur Bank gehen würden, bekämen sie ein günstigeres Darlehen, als wenn sie es beim Staat aufnehmen. Das ist die so genannte Hilfe. Eine solche Gemeinde wird dadurch völlig überfordert.

Kolleginnen und Kollegen, da hilft alles Nölen nichts.

(Johannes Hintersberger (CSU): Was heißt hier Nölen?)

Das sind Fakten. Sie können das nachlesen. Da hilft es nichts, wenn man die Fakten schön reden will; das ist so.

Keiner von uns übt an der ausgezeichneten Arbeit der Wasserwirtschaftsämter Kritik – ganz im Gegenteil. Wir standen stets den Wasserwirtschaftsämtern zur Seite, die Sie dank der Huberschen Verwaltungsreform derart dezimieren, dass sie nicht mehr handlungsfähig sind. Die Fachleute werden weniger, und Fachwissen geht verloren. Trotzdem stimmen Sie zu. Aber die Wasserwirtschaftsämter sagen, sie hätten das Problem, das Geld einzusetzen, weil das Fachpersonal nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden sei. Ich meine, das ist etwa so, als würden Sie bei einem Großbrand die Feuerwehr in Urlaub schicken. So benehmen Sie sich. Sie schicken bei einem Großbrand die Feuerwehr in Urlaub.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Hintersberger (CSU))

Das musste man ansprechen, Herr Kollege Hintersberger; denn Sie äußern, dass die Welt in Ordnung sei. Ich glaube, es war notwendig, die Sachlage zu verdeutlichen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Herr Staatssekretär, es tut mir Leid. Ich bremsen Sie noch einmal, Sie sollten in der Reihenfolge nach den Abgeordneten kommen. Herr Kollege Hintersberger hat um das Wort gebeten – Herr Kollege, auch wenn es eine Zwischenintervention ist, gehen Sie bitte ans Rednerpult.

Johannes Hintersberger (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Herrn Kollegen Wörner eine Zwischenfrage stellen. Er möge mir doch konkret die Wasserwirtschaftsämter benennen, die die zugewiesenen Haushaltsmittel nicht verwenden können.

(Henning Kaul (CSU): Die Frage haben wir wiederholt gestellt!)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege Wörner, wollen Sie darauf antworten?

(Ludwig Wörner (SPD): Es gibt einen Brief!)

- Herr Kollege Wörner, so können wir das nicht regeln. Das geht nur über das Mikrofon, nicht auf dem informellen Weg.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ein Offenbarungseid ist das, Herr Kollege Wörner! – Ludwig Wörner (SPD): Es gibt einen Brief!)

Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Bernhard.

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Ich möchte die Sitzung zwar nicht unnötig verlängern, muss aber ein paar Dinge aus Sicht des Ministeriums sagen.

Sie liefern zu dem Dringlichkeitsantrag – hier muss ich Herrn Kollegen Magerl Recht geben – keine Belege. Sie streuen Befürchtungen, die Sie schon vor Monaten gestreut haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die Belege kann ich Ihnen nennen, und Sie kennen sie auch! Das Problem ist jetzt weg, weil das Geld da ist!)

Diese Befürchtungen finden in der Realität keine Fundierung. Wie läuft es im Haushalt ab? – Wir haben leider jetzt auch in Bayern die Situation, dass der Haushalt oder der Nachtragshaushalt nicht mehr zum Ende des Jahres beschlossen wird, sondern im Laufe des nächsten Jahres. Es wäre schön, wenn das in Zukunft wieder anders würde. Die jetzige Situation führt dazu, dass es für die Ausgaben gewisse Restriktionen gibt, wobei das Finanzministerium die Sperren frühzeitig ausgegeben hat. Es muss jedoch immer unter dem Vorbehalt operiert werden, dass der

Landtag letztendlich das Geld zur Verfügung stellt. Das gilt für die bayerischen Haushaltsmittel, für die Bundesmittel, die vermutlich erst im Sommer zur Verfügung stehen werden, und für die EU-Mittel.

Wir wissen, dass es riesigen Druck gibt und dass es eine lange Prioritätenliste gibt, sodass keine Befürchtung bestehen muss, dass das Geld nicht ausgegeben werden könnte. Sie wissen, dass wir jede Menge an Maßnahmen haben. Wir müssen eine Prioritätenliste erstellen. Das ist doch klar. Wir können nicht jeden Antrag befürworten, sondern er muss zu den Prioritäten passen.

Sie haben dankenswerterweise unser Bemühen anerkannt, ein Programm aufzustellen, das wirklich vorbildlich ist. Wenn ich mich recht erinnere, so waren Sie vom Pfingsthochwasser betroffen. Wir haben uns bemüht, das Geld zusammenzuschaukeln. Richtig ist, dass der Bund zahlt. Ich verrate Ihnen aber kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass es nicht einfach war, die Zusage durchzusetzen. Bayern hatte erhebliche Schwierigkeiten, das Geld zusammenzubringen, damit drei Jahre lang 150 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Nun zum Thema „Beteiligung der Kommunen“. Die unterschiedlichen Sätze rühren daher, dass die Situationen unterschiedlich sind. Es wäre also nicht zweckmäßig, einen einheitlichen Satz festzulegen. Zum Beispiel stellt sich bei einer Maßnahme die Frage nach dem überörtlichen oder dem örtlichen Nutzen. Davon hängt die Beteiligung ab. Oder es wird gefragt, welche ökologischen Aspekte eine Maßnahme hat. Schließlich wird Verschiedenes verwickelt – nicht nur der technische Hochwasserschutz, sondern auch ökologische Maßnahmen. Hier stellt sich die Frage, ob damit die Kommunen belastet werden sollen. Diese Angelegenheiten sind in jedem Einzelfall anders zu entscheiden. So läuft das ab.

Mangel an Fachpersonal gibt es nicht. Ich weiß nicht, wer so etwas verbreitet. Ich reise zur Zeit viel durch die Lande. Überall höre ich, dass die Wasserwirtschaftsverwaltung optimal zusammenarbeitet und dass die dringlichen Projekte durchgeführt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich höre keine einzige Klage, dass ein dringliches Projekt nicht bearbeitet wurde. Es gibt einen Fall, dass sich eine Gemeinde über die mangelnde Auszahlung beschwert, obwohl das Projekt noch nicht genehmigt ist. Solche Fälle gibt es auch. Das sind völlig irrealen Klagen.

Für die Hochwasservorwarnung tun wir eine Menge. Sie wissen das. Für die Sanierung von Pegeln haben wir eine erhebliche Summe bereitgestellt. Auch für 2006 gibt es ein Finanzpaket zur Behebung der Schäden, zur Verbesserung der Pegel und für den Hochwasserwarndienst. Auch hier gibt es keine Defizite. Ich sehe keinen Grund dafür, dass das Parlament Ihrem Antrag zustimmen sollte.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrages. Wer hingegen dem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 f auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Förderung der mittelständischen Unternehmen sowie der Freien Berufe (Mittelstandsförderungsgesetz – MfG) (Drs. 15/5475)
– Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Das Wort hat Herr Staatsminister Huber.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei Ihnen, Herr Präsident, und bei den Fraktionen dafür bedanken, dass die Beratung auf heute verlegt werden konnte. Ich musste gestern zu lange geplanten politischen Gesprächen in Berlin sein.

Das Mittelstandsförderungsgesetz hat eine lange und sehr erfolgreiche Geschichte in Bayern. Bayern war 1974 das erste Land, das ein Mittelstandsförderungsgesetz verabschiedet hat. Man hat in Bayern die Bedeutung des Mittelstandes sehr früh erkannt. In den gut 30 Jahren hat das Gesetz wesentlich dazu beigetragen, die Wettbewerbsposition des Mittelstandes in Bayern zu sichern und weiter auszubauen. Ich möchte das anhand von ein paar Zahlen belegen.

Seit 1974 ist die Zahl der mittelständischen Unternehmen in Bayern um 70 % gestiegen. Auf den Mittelstand entfallen jetzt rund drei Viertel der versicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Im Allgemeinen meint man, die großen Unternehmen, die Konzerne, die Global Player wären die wichtigen bei der Bereitstellung von Beschäftigung. Sehr viel bedeutsamer ist der Mittelstand. Das zeigen die Zahlen. Drei Viertel der Arbeitsplätze stellt der Mittelstand. Er hat sich auch in schwierigen Zeiten als sehr beständig und als Job-Maschine erwiesen. Dass Bayern deutlich bessere Wirtschaftsdaten, größeres Wachstum auf dem Arbeitsmarkt, mehr Dynamik und Zukunftsfähigkeit als andere vorweist, ist insbesondere den vielen sehr leistungsfähigen mittelständischen Unternehmen zuzuschreiben. Wir haben seit 1980 beim Mittelstand eine Steigerung der Arbeitsplätze um 20 %. In der Aktuellen Stunde wurde bereits gesagt, dass 84 % der Ausbildungsplätze der Mittelstand bereitstellt.

Nachdem der Mittelstand gut dasteht, liegt die Frage nahe: Brauchen wir überhaupt noch eine Mittelstandsförderung und ein entsprechendes Gesetz? – Deshalb möchte ich zunächst darauf hinweisen, dass der Mittel-

stand gerade in Zeiten des europaweiten und des globalen Wettbewerbs darauf angewiesen ist, faire Wettbewerbsbedingungen zu haben. Das Gesetz hat nicht die Aufgabe, den Mittelstand zu schützen und vor dem Wettbewerb zu bewahren. Das kann es in der Marktwirtschaft nicht geben. Aber der Mittelstand hat größenbedingte Nachteile. Eine wesentliche Zielsetzung des Gesetzes ist es, diese unternehmensgrößen-spezifischen Nachteile auszugleichen.

Das Gesetz hat vor allem die Aufgabe, die Gründung von selbstständigen Existenzen zu fördern. Bayern ist auch ein Gründerland. In einem einzigen Jahr finden bei uns etwa 80 000 Gründungen statt. Es ist notwendig, die Gründer zu begleiten, sie frühzeitig zu beraten und ihnen dafür eine gute Struktur anzubieten. Auch die Vorsorge für die Unternehmensnachfolge ist im Bereich des Mittelstandes immer wichtiger geworden. In den kommenden fünf Jahren stehen etwa 63 000 Unternehmensübergaben an. Viele Mittelständler bereiten sich zu spät oder ungenügend auf den Übergang vor. Das führt mitunter zu erheblichen Problemen, auch für die Beschäftigten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich lege Ihnen heute für die Staatsregierung die Fortschreibung dieses sehr bewährten Mittelstandsförderungsgesetzes vor mit der Zielsetzung, die neuen Herausforderungen in das Gesetz aufzunehmen und damit zum Gegenstand der Wirtschaftspolitik und der Tätigkeit der Behörden zu machen. Dazu gehört vor allem auch – das ist meine Bitte an das Parlament –, dass Rechtsvorschriften mittelstandsfreundlich gestaltet werden. Der Mittelstand kann sich in der Regel keine großen Rechtsabteilungen leisten, um vielleicht detaillierte oder perfektionistische Gesetze auszuführen; deshalb ist er darauf angewiesen, dass der Gesetzgeber immer die Wirkung seines Tuns auf den Mittelstand bedenkt. Wir wollen auch gerade investitions- und beschäftigungshemmende Vorschriften abbauen und die Verwaltungsverfahren insgesamt mittelstandsfreundlich gestalten. Wir wollen dazu beitragen, dass die Grenze zwischen der öffentlichen Tätigkeit und der privatwirtschaftlichen Tätigkeit klar gezogen wird – im Zweifel für die privatwirtschaftliche Aufgabenerfüllung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie wollen das wirklich?)

– Ja, und das ist gut so. Klar ist, dass eine Staatsquote von 48 % in Deutschland bedeutet, dass der Anteil des öffentlichen Sektors zu hoch ist. Sie trägt nicht dazu bei, dass wir die Herausforderungen der globalen Wirtschaft mit der gebotenen Dynamik bewältigen können.

(Beifall bei der CSU)

Vielleicht wäre es ganz gut, wenn auch unser Koalitionspartner in Berlin das berücksichtigen würde. Aber zunächst haben wir in Bayern eine schöne Mehrheit, um das bei uns vernünftig durchzusetzen.

Zu den wichtigsten Fördermaßnahmen gehört die Beratung bei Existenzgründungen, auch durch Gründerzentren. Es hat sich gezeigt, dass Gründer, die gut vorbereitet und beraten waren, zum Beispiel durch die Handwerks-

kammern, die IHKs, beständiger und dem Wettbewerb besser gewachsen waren als diejenigen, die sich ohne entsprechende Vorbereitung in die Selbstständigkeit gewagt haben.

Ein ganz wichtiger Bereich sind Forschung und Entwicklung. Die Innovationsfähigkeit hängt mit Forschung und Entwicklung zusammen, aber insbesondere auch mit der Umsetzung von Forschungserkenntnissen in Produkte und Produktionsverfahren. Mit der in ganz Europa und darüber hinaus hochgeschätzten Clusterpolitik des Freistaates Bayern wollen wir dazu beitragen, dass gerade mittelständische Unternehmen an die Wissenstöpfe herangeführt werden. Gott sei Dank ist Deutschland noch das Land der Erfinder und Entwickler. Etwa 27 % aller Patente, die in Deutschland angemeldet werden, stammen aus Bayern – und das bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 15 %. Unser Nachbarland Baden-Württemberg kommt auf etwa 25 %. Insgesamt kommt damit über die Hälfte aller Patentanmeldungen in ganz Deutschland aus dem starken Süden.

Aber wir wollen natürlich nicht nur in der Patentstatistik gut dastehen, sondern aus den Patenten sollen auch Produkte entstehen. Wir müssen eine Veränderung im Wirtschaften in Deutschland herbeiführen. Entwicklung und Erforschung von Produkten allein bringen es natürlich nicht. Das Land kann nicht von Blaupausen leben. Wir müssen die Wertschöpfungskette wieder schließen: Es kann nicht sein, dass bei uns entwickelt wird, dann im Fernen Osten gebaut und bei uns wieder verkauft wird. Stattdessen müssen wir dafür sorgen, dass die Produktion im eigenen Land wieder vermehrt stattfindet.

(Beifall bei der CSU)

Die ganz großen Unternehmen haben natürlich den Vorteil, dass sie diese Umsetzung in der eigenen Forschungstätigkeit leichter schaffen, während der Mittelstand sich große Forschungsabteilungen nicht leisten kann. Die Clusterpolitik soll dazu beitragen, gerade auch dem Mittelstand diese Chance zu eröffnen.

Ich werde in absehbarer Zeit die Gelegenheit haben – darum bitte ich –, die Clusterpolitik darzustellen. Sie dient vor allem auch dem Mittelstand. Die Großen haben Zugang zu Forschungserkenntnissen; der Mittelstand hat ihn nicht. Hier einen Ausgleich zu schaffen, ist ein wesentliches Ziel unserer Politik.

Gerade der Mittelstand war in der Lage, den Export, also den Anteil des Auslandsmarktes am eigenen Umsatz, deutlich zu erhöhen. 2005 hatten wir bei Industrie und verarbeitendem Gewerbe eine Exportquote von 45 %. Diese wird natürlich in besonderer Weise von den großen Global Playern getragen. Aber der Mittelstand hat bis heute seine Exportquote auf nahezu 30 % ausdehnen können. Der Gang über die Grenze, in andere Märkte hinein, ist für kleine und mittlere Unternehmen natürlich sehr viel schwieriger und risikobehafteter. Deshalb werden wir den Bereich der Außenwirtschaft, die Beteiligung an Messen und Ausstellungen und das entsprechende Beratungssystem weiter ausbauen.

Ich möchte auf das öffentliche Auftragswesen hinweisen, das durch das Mittelstandsförderungsgesetz auch mittelstandsfreundlich gestaltet werden kann, und herausheben, dass die Staatsregierung ihre Politik am Mittelstand orientiert und es als einen Schwerpunkt ihrer Politik ansieht, gerade auch dem Mittelstand in Bayern eine gute Zukunft zu geben. Ich möchte um eine gute Beratung und dann um ein Gesetz bitten, das eine Grundlage für die nächsten Jahre und Jahrzehnte sein kann.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Wir kommen zur Aussprache. Je Fraktion sind fünf Minuten vereinbart. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung des Mittelstandes für die Wirtschaft und für das Leben in Bayern muss ich nicht mehr betonen. Wer sie nicht kennt, hätte in diesem Hause nichts verloren. Beschäftigung und Ausbildung sind in der Hand des Mittelstandes in Bayern in einer guten Hand, und das sollen sie auch bleiben. Das ist, denke ich, unbestritten.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Umso wichtiger ist es, dass wir in Bayern auch wirksame Rahmenbedingungen schaffen. Die Frage muss deshalb sein: Gibt der Gesetzentwurf, den Sie heute hier einbringen, die Antworten auf die zentralen Fragen des Mittelstandes? – Die Beratungen im Ausschuss werden uns Gelegenheit geben, diesen Fragen weiter nachzuspüren. Aber heute ist schon absehbar: Der ganz große Wurf ist Ihnen mit diesem Gesetzentwurf nicht gelungen. Sie bieten dem Mittelstand mit diesem Gesetzentwurf Mittelmaß; das hat der Mittelstand in Bayern nicht verdient.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen wir die prägenden Merkmale, die Herr Staatsminister für den Mittelstand zu Recht herausgestellt hat: Wie innovativ – Sie haben ja von der Innovationskraft des Mittelstandes gesprochen – ist denn dieses Gesetz? – Fast schon treuherzig schreiben Sie in der Begründung: Der Vorläufer ist seit 1974 unverändert. Beim flüchtigen Lesen der 25 Artikel habe ich gestern auf die Schnelle allein 18-mal den Hinweis gefunden: übernimmt unverändert die Regelung des Artikels XY aus dem Mittelstandsförderungsgesetz von 1974. Also, hier scheint sich kein epochaler Wurf anzukündigen, Herr Pschierer, in der Tat.

Wie dynamisch sind Sie denn mit diesem Entwurf? Der Herr Minister hat aufgezeigt, wie nötig es ist, das Feuer weiter anzufachen. Drei Jahre haben Sie gebraucht – nicht Sie, Herr Huber; insofern haben Sie mit dem Erbe Glück gehabt. Aber es hat drei Jahre gedauert, bis Sie den Gesetzentwurf nach ersten großen Ankündigungen – wir haben eine Rede da, in der Herr Wiesheu sagt, er habe jetzt einen Entwurf fertig – heute eingebracht haben. Drei Jahre! Das ist Dynamik in Bayern. Ich gratuliere.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt! – Beifall bei der SPD)

Ein marktfähiges Produkt kennzeichnet den Mittelstand. Was ist denn jetzt von Ihrem Gesetz zu halten?

Die SPD-Landtagsfraktion – ich erinnere an den geschätzten Kollegen Dr. Manfred Scholz – hat bereits im April 2003 einen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes von 1974 eingebracht. Die GRÜNEN – ich denke, Herr Dr. Runge wird darüber reden – haben Gleiches getan.

Sie hätten diese guten Vorlagen aufgreifen können, aber Sie wollten es nicht. Deshalb fehlt Ihnen, verglichen mit dem SPD-Entwurf, ein Punkt, der eine zentrale Schwachstelle der Rahmenbedingungen unseres Mittelstandes beseitigen könnte, nämlich die Frage der Finanzierung. Der Gesetzentwurf der SPD hatte eine Regelung der allgemeinen Finanzierung des Mittelstands vorgesehen. Wir haben insbesondere angeregt, Finanzierungsmöglichkeiten durch eine Mittelstandsfinanzierungsbank oder in enger Abstimmung mit den Geschäftsbanken zu schaffen.

Völlig zu Recht kritisiert die vbw, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, an dem von Ihnen heute eingebrachten Entwurf – Herr Minister, ich denke, Sie kennen die Stellungnahme –, dass Sie nur auf die Eigenkapitalsituation des Mittelstands abstellen, aber nicht insgesamt auf die Verbesserung der Möglichkeiten zur Finanzierung mittelständischer Unternehmen. Wer dem Mittelständler nicht das Geld oder andere Finanzierungsmittel gibt – das ist Fremdkapital –, wird keine Kapazitätsausweitungen erreichen können. Zu Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die Sie jetzt vorsehen, sagen Sie ganz versteckt in der Begründung, es könne auch eine Mitarbeiterkapitalbeteiligung sein, aber die sei nicht in erster Linie gewollt. Wir von der SPD hatten es in unserem Entwurf drin.

Der zentrale Punkt des Artikels 7, den Sie heute umschiffen haben, beinhaltet Ihren Versuch, die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand einzuschränken. Wir bedauern, dass Sie den unfruchtbaren Streit zwischen kommunaler Wirtschaft und Mittelstand hier noch schüren. Aus diesem Grund haben Sie drei Jahre gebraucht, bis Sie diesen Entwurf vorgelegt haben. Sie zeigen sich nicht auf der Höhe der Zeit, Herr Minister. Diese Frontstellung ist Schnee von gestern. Kommunale Wirtschaft und Mittelstand sind Partner vor Ort. Beides ist Wirtschaft vor Ort, ist lokale Wirtschaft, ist Wirtschaft, die nicht globalisiert ist. Das ist die Wirtschaft, die die Beschäftigung und die Arbeitsplätze vor Ort hält.

Wenn Sie diese Frontstellung nicht auflösen, bleibt das Gesetz ein Anachronismus, und Sie vergeben die Chancen, die in dem Miteinander liegen. Auch darüber werden wir reden. Wir werden dann aufzeigen, dass es eine Partnerschaft zwischen kommunaler Wirtschaft und dem örtlichen Mittelstand, Handwerk eingeschlossen, gibt. Wenn wir in diesem Bereich zusammenhalten und zusammenarbeiten, dann wird Bayern davon in der Tat profitieren. Die Ausschussberatungen geben uns Gelegenheit, das und vielleicht auch die Mittelstandsförderung in das Gesetz hineinzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Breitschwert.

Klaus Dieter Breitschwert (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Thema „Mittelstand“ brauche ich keinen Vorspann zu machen. Ich kann das unterstreichen, was Herr Minister Huber über die wirtschaftliche Bedeutung des Mittelstands und zu den Zahlen der Statistik gesagt hat.

Das im Jahr 1974 verabschiedete Gesetz zur bayerischen Mittelstandspolitik hat sich bewährt. Das bedeutet aber nicht, dass es nicht vernünftig fortgeschrieben werden muss. Es muss der heutigen Zeit und den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere des Mittelstandes, angepasst werden. Die Neufassung des Gesetzes soll signalisieren, dass wir die Herausforderungen der mittelständischen Betriebe – die sind, Herr Kollege Pschierer, keinesfalls geringer geworden, wie wir wissen – und der freien Berufe sehen und dem Mittelstand neue Chancen ermöglichen wollen.

Die Eigenkapitalbildung, die von einem Kollegen angesprochen wurde, hat natürlich Bedeutung. Da gibt es Instrumentarien, auch seitens des Freistaates, über die LfA – die nenne ich nur stellvertretend –, aber auch durch andere Dinge. Das bedeutet aber nicht, dass man Situationen nicht noch verbessern kann. Wir stellen in der Tat bei den mittelständischen Betrieben eine eklatante Eigenkapitalschwäche fest.

Ziel unserer neuen Initiative muss es aber auch sein, dem Mittelstand mit der Neufassung die erforderlichen Perspektiven und Freiräume zu sichern. Ein wichtiger Punkt hierzu ist der neu geschaffene Teil „Mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen“ mit folgenden Punkten: Hinwirken auf Mittelstandsfreundlichkeit bei Erlass oder Novellierung mittelstandsrelevanter Rechtsvorschriften, Abbau investitionshemmender Vorschriften und mittelstandsfreundliche Verwaltungsverfahren.

Der Abbau investitionshemmender Vorschriften muss Vorrang haben, damit alles einfacher wird. Die investitions-hemmenden Vorschriften sind vom Herrn Minister ebenso angesprochen worden wie die mittelstandsfreundlichen Verwaltungsverfahren. Diese Dinge gelten – das möchte ich unterstreichen – für alle Ebenen, auch für die Kommunen. Da gibt es gute Beispiele. Dazu kann ich Ihnen einiges sagen. Da kommt es beispielsweise in der Landeshauptstadt vor, dass man auf Baugenehmigungen sechs Monate und mehr warten muss. Anderswo würde man diese Genehmigungen innerhalb von 14 Tagen bekommen. Die Genehmigungspraxis ist eben unterschiedlich.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Vorrang privater Leistungserbringung. Artikel 7, von dem die Rede war, ist hierfür die zentrale Vorschrift. Es gibt sicher unterschiedliche Auffassungen über die Tragweite dieser Regelung im Hinblick auf staatliche Beteiligungen und Privatisierungsbemühungen. Ich würde mir hier im Rahmen der Beratungen – das sage ich deutlich – eine noch klarere Aus-

sage zugunsten des Vorrangs der privaten Beteiligung wünschen. Was die private Hand zu gleichen oder besseren Konditionen ermöglichen kann, soll sie übernehmen und so den öffentlichen Sektor entlasten. Das ist das Ziel unserer Politik. Ich gehe sogar so weit zu sagen, dass in Kombination mit unrentableren Bereichen die öffentliche Hand auch gewinnbringende Aufgaben diesem Vorrang des Privaten unterstellen sollte.

Die mittelständische Privatwirtschaft als Leitbild ist für unsere Gesellschaft effektiver als jede Übernahme von Aufgaben durch die öffentliche Hand. Das gilt auch für die privatwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand. Unsere Mittelstandspolitik muss sich in diesem Bereich noch stärker engagieren.

Diesem Ziel dient natürlich auch die mittelstandsfreundlichere Ausgestaltung des öffentlichen Auftragswesens. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Deswegen möchte ich ihn hier auch ansprechen. Dazu ist noch Folgendes zu sagen: Durch die Teilung der Aufträge in Fach- und Teillöse gibt es erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten. Es muss zu einer Aufwertung des Meistertitels kommen, indem grundsätzlich für Standardleistungen der Meistertitel als Fachkundennachweis akzeptiert wird. Es muss die Unterstützung von Biestern durch Selbsthilfeeinrichtungen der Wirtschaft zugelassen werden. Die Aufsichtsbehörden müssen verpflichtet werden, Bieterbeschwerden zu prüfen und auf die Beachtung der Vergabevorschriften hinzuwirken. Wir werden mit einem solchen Gesetz eine noch stärkere Hinwendung zum bayerischen Mittelstand erreichen.

Dass ein Mittelstandsförderungsgesetz auch einzelne Fördermaßnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit mittelständischer Unternehmen beinhaltet, sehe ich als selbstverständlich an. So sind die Förderung der Aus- und Weiterbildung, die Betriebsberatung – das ist angesprochen worden –, die Existenzgründungsberatung, Gründerzentren und die Sicherung der Unternehmensnachfolge genauso Bestandteile dieses Gesetzes. Hier wird die künftige Entscheidung über den Zehnjahresturnus, wonach der betriebliche Teil des vererbten Vermögens nicht belastet wird, wenn der Betrieb weitergeführt wird, ganz wichtig sein.

Genauso wichtig sind Modelle zur Unternehmenskooperation und zur Technologieberatung und -vermittlung. Dass im Zeitalter der Globalisierung auch die Erschließung – diese betreiben das Wirtschaftsministerium und unsere Behörden – und Sicherung von Auslandsmärkten Mittelstandspolitik sind, will ich nur am Rande erwähnen.

Das neue Mittelstandsförderungsgesetz weist in eine gute Richtung. Gehen wir diesen Weg konsequent und mutig zum Wohle des bayerischen Mittelstands!

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Die nächste Wortmeldung kommt von Kollegen Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Was lange währt, wird endlich gut. Dieser Spruch gilt leider nicht für den jetzt vorgelegten Entwurf eines Mittelstandsförderungsgesetzes. Der jetzige Gesetzentwurf hat zuletzt wohl einen Weichspülgang durchlaufen. Herr Kollege Beyer hat richtigerweise davon gesprochen, dass es sich um ein Mittelmaß handelt, das nicht der Rede wert ist. An manchen Stellen ist der Gesetzentwurf sogar wenig mittelstandsfreundlich.

Kurz etwas zur Genese: Wir haben im März 2002 einen Gesetzentwurf vorgelegt, weil wir der Meinung waren, dass das Gesetz dringend einer Novellierung bedurfte. Wir wollten beispielsweise erreichen, dass die Regelung zur Subsidiarität konkretisiert und damit fassbar wird. Weiter wollten wir, dass aktuelle Problemlagen eingearbeitet werden, also Existenzgründungen, Nachfolge, Betriebsübernahmen, Coaching. Schließlich wollten wir, dass für mehr Transparenz in der Wirtschaftsförderung gesorgt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was waren die Reaktionen von CSU und Staatsregierung? – Sie haben damals gesagt, das brauchten Sie alles nicht, das Mittelstandsförderungsgesetz müsse nicht novelliert werden, das Gesetz sei ein Programmgesetz, kein Fördergesetz.

Nach einer Schamfrist von ungefähr einem Jahr gab es dann einen Gesetzentwurf der Staatsregierung. Und siehe da: Viele Inhalte, die wir ein Jahr zuvor und später auch die SPD vorgetragen hatten, fanden sich erfreulicherweise in diesem Gesetzentwurf wieder.

Da ging man auf Existenzgründungen und auf Nachfolgeregelungen ein. Das Coaching war mit enthalten. Für uns ist das sehr erfreulich und sehr lobenswert gewesen. Herr Kollege Breitschwert, auch ein ganz entscheidender Punkt fand sich in dem Entwurf, der auch unsere Unterstützung gefunden hatte; es war eine Verschärfung der Regelung zur Subsidiarität. Sie war wesentlich radikaler als im bisherigen Gesetz von 1974, und sie war auch wesentlich radikaler, konkreter und fassbarer als im kommunalen Wirtschaftsrecht. Sie enthielt eine drittschützende Wirkung, also eine Klagemöglichkeit bei vorheriger Einschaltung einer Clearingstelle.

Für diesen Gesetzentwurf hat sich die Staatsregierung erst einmal bei den Wirtschaftsverbänden feiern lassen. Sie hat sich dafür beglückwünschen lassen. Alle waren darüber froh, dass ein besseres Gesetz kommt. Was ist dann passiert? – Der Gesetzentwurf ist drei Jahre lang in der Schublade verschwunden. Was waren die Hintergründe? Es gab einen erbitterten Streit zwischen Herrn Beckstein und Herrn Wiesheu wegen der Regelung zur Subsidiarität. Wir wissen alle, dass Herr Wiesheu jetzt bei der Bahn ist. Minister Huber präsentiert einen neuen Gesetzentwurf; da finden sich aber die ganz entscheidenden Formulierungen nicht mehr.

(Zuruf von den GRÜNEN: Der hat halt keine Ahnung davon!)

Dezidiert gibt es keine drittschützende Wirkung mehr bei den Subsidiaritätsvorgaben.

(Henning Kaul (CSU): Nimm es nicht ernst!)

- Er nimmt es vielleicht bei uns nicht ernst. Er nimmt es aber bei den Wirtschaftsverbänden ernst, beim Bauindustrieverband, bei der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft und bei den Innungsverbänden, die alle in den letzten Tagen auf der Matte standen. Wir können es nur so interpretieren: Wirtschaftsminister Huber ist zulasten der Wirtschaft eingeknickt. Bei Beckstein und Wiesheu wollte eben keiner nachgeben, jetzt hat Herr Huber nachgegeben. Das gilt es unserer Meinung nach zu ändern, was wir in den Ausschussberatungen auch anstoßen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Einwand.

Meine Damen und Herren, damit ist die Tagesordnung abgearbeitet. Ich danke Ihnen und wünsche allen ein gutes Wochenende, auch wenn es bei den Abgeordneten in der Regel etwas anders aussieht, als die allgemeinen Erwartungen an ein Wochenende sind. Noch einen guten Tag! Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 12.23 Uhr)

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

zur Prüfung möglicher Versäumnisse und etwaiger unzulässiger Einflussnahmen bei der staatlichen Kontrolle der Firma Deggendorfer Frost GmbH, der Unternehmensgruppe Berger und anderer Fleisch verarbeitender Betriebe in Bayern und zu den Konsequenzen, die sich hieraus zur Verbesserung des Verbraucherschutzes ergeben

Der Landtag setzt gem. Art. 25 der Verfassung des Freistaates Bayern einen Untersuchungsausschuss ein.

Dem Ausschuss gehören neun Mitglieder (CSU: sechs Mitglieder, SPD: 2 Mitglieder, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 1 Mitglied) an.

Als **Mitglieder und stellvertretende Mitglieder** werden bestellt:

Mitglieder:

Stellvertretende Mitglieder:

CSU

Georg Eisenreich
Johannes Hintersberger
Dr. Marcel Huber
Thomas Kreuzer
Christian Meißner
Reinhard Pachner

Günther Babel
Dr. Ingrid Fickler
Gertraud Goderbauer
Christa Götz
Dr. Otto Hünnerkopf
Dr. Bernd Weiß

SPD

Herbert Müller
Ludwig Wörner

Susann Biedefeld
Kathrin Sonnenholzner

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Adi Sprinkart

Ruth Paulig

Zum **Vorsitzenden** wird der Abgeordnete **Thomas Kreuzer**, zum **stellvertretenden Vorsitzenden** der Abgeordnete **Herbert Müller** bestellt.

